

Das Parlament

Berlin, Montag 20. August 2018

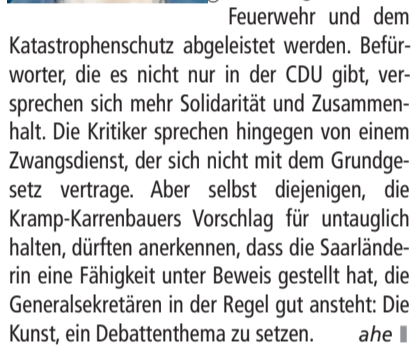
www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 34-35 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Dienstplicht für alle

Annegret Kramp-Karrenbauer Seit sieben Jahren ist die Wehrpflicht nun ausgesetzt, aber die Generalsekretärin der CDU denkt bereits über eine Wiedereinführung nach. Genauer: Über eine Dienstplicht für junge Männer und Frauen, die Kramp-Karrenbauer Anfang des Monats ins Spiel brachte. Ein solcher Dienst könne auch in der Pflege, bei der Feuerweh und dem Katastrophenschutz abgeleistet werden. Befürworter, die es nicht nur in der CDU gibt, versprechen sich mehr Solidarität und Zusammenhalt. Die Kritiker sprechen hingegen von einem Zwangsdienst, der sich nicht mit dem Grundgesetz vertrage. Aber selbst diejenigen, die Kramp-Karrenbauers Vorschlag für untauglich halten, dürften anerkennen, dass die Saarländerin eine Fähigkeit unter Beweis gestellt hat, die Generalsekretären in der Regel gut ansteht: Die Kunst, ein Debattenthema zu setzen. *aha*



ZAHL DER WOCHE

15,36

Milliarden Euro sind laut Regierungsentwurf im Bundeshaushalt 2019 für die militärische Beschaffung vorgesehen. Das ist ein Plus von etwa drei Milliarden Euro gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr und entspricht einer Steigerung von rund 24 Prozent.

ZITAT DER WOCHE

»Der Balkan ist nicht Deutschland.«

Christian Kiesel, Bundeswehr-Oberstleutnant in Prizren, zu der Frage, mit welchen Maßstäben man die Lage im Kosovo messen sollte. Nach 20 Jahren bereitet die Bundeswehr nun ihren Abzug aus dem Kosovo-Einsatz vor.

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Mandate Die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Überblick **Seite 5**
- Gleichberechtigung** Soldatinnen machen in der Truppe Karriere **Seite 7**
- Rüstung** Das Beschaffungswesen ist die derzeit größte Reformbaustelle **Seite 8**
- Interview** Der Wehrbeauftragte über die Personalnöte der Streitkräfte **Seite 9**
- Vorbilder** Seit diesem Jahr gilt ein neuer Traditionserlass für die Bundeswehr **Seite 10**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Orientierung im Gelände

BUNDESWEHR Die Wehrpflicht-Diskussion überlagert die konkreten Probleme der Truppe

Alles nur Sommertheater? Als CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer Anfang August eine Debatte über eine mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht oder gar einer Dienstplicht für alle jungen Frauen und Männer vom Zaun brach, mochte man sich verwundert die Augen reiben. Sieben Jahre nachdem der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) sich gegen viele Widerstände in den beiden Unionsparteien und auch der SPD für eine Aussetzung der Wehrpflicht einsetzte und noch vor Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes im Bundestag im Februar 2011 vorausendend die Einberufung von Wehrpflichtigen stoppte, mehren sich die Stimmen, die laut über deren Reaktivierung nachdenken.

Ganz gleich, ob es nun ein „Sommerloch“-Thema ist, wie FDP-Chef Christian Lindner oder der grüne Verteidigungspolitiker Tobias Lindner übereinstimmend meinten, oder ob Kramp-Karrenbauer im Zuge des geplanten neuen CDU-Grundsatzprogramms den konservativen Markenkern ihrer Partei schärfen will, wie viele Kommentatoren analysierten, so erstaunt doch, dass in der Diskussion sicherheitspolitische Argumente durch gesellschaftspolitische Leitbilder überdeckt werden. Es ist die Rede vom bürgerschaftlichen Engagement, vom Wert eines solchen Dienstes für den Einzelnen und die Gesellschaft. Für sich genommen, sind diese Argumente alle nicht von der Hand zu weisen, überdecken aber die eigentlichen Probleme.

Die Fragen nach Größe, Ausrüstung und Finanzierung der Bundeswehr und ihrer Grundstruktur – Wehrpflicht- oder Freiwilligenarmee – beantworten sich aus ihrem militärischen Auftrag und der sicherheitspolitischen Lage. So wurde die Bundeswehr 1955 gegründet, um einen Beitrag der Bundesrepublik zur konventionellen Verteidigungsfähigkeit der Nato und zur Abschreckung im sich verschärfenden Ost-West-Konflikt zu gewährleisten. Und ein Jahr später wurde die Allgemeine Wehrpflicht nicht eingeführt, um deutschen Männern in der „Schule der Nation“ mehr gesellschaftlichen Gemeinsinn nahe zu bringen, sondern um die Streitkräfte auf den anvisierten Umfang von rund 500.000 Soldaten zu bringen. Entsprechend dieser Anforderungen wurde auch die Wehrdienstdauer mehrfach angepasst. Der Zivildienst wiederum leitete sich aus der Wehrpflicht ab, weil laut Grundgesetz niemand zum Dienst an der Waffen gezwungen darf.

Äußere Sicherheit Politisch und verfassungsrechtlich wurde die Wehrpflicht stets sicherheitspolitisch begründet. „Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet“, mahnte 1995 der damalige Bundespräsident Roman Herzog (CDU) vor Kommandeuren. Immerhin folgerichtig argumentiert der Wehrpflichtbefürworter und CDU-Bundestagsabgeordnete Patrick Sensburg in diesen Tagen, die Wehrpflicht sei angesichts einer unsicheren Weltlage für die Verteidigung des eigenen Landes „unabdingbar“. Fakt ist, dass sich die sicherheitspolitische Lage in Europa seit 2014 durch die Annexion der Krim durch Russland und die Ukraine-Krise verändert hat. Dem hat die Bundesregierung auch im „Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ Rechnung getragen und die Landes- und Bündnisverteidigung wieder als Hauptaufgabe der Streitkräfte benannt. Im Weißbuch 2006 lag diese noch auf den Auslandseinsätzen. Auch die Nato hat auf die gerade in den osteuropäischen Mitgliedstaaten verbreitete Angst vor einer russischen Aggression reagiert und ihre militärische Präsenz dort erhöht. Dass die Landes- und Bündnisverteidigung eine oder die Hauptaufgabe der Bundeswehr ist, ist eigentlich eine Binsenweisheit. Genau so definiert nämlich das Grund-



Soldaten des Panzergrenadierbataillons 401 aus Hagenow in Mecklenburg-Vorpommern während der Gefechtsausbildung

© picture-alliance/dpa

gesetz ihre Aufgabe: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“, heißt es in Artikel 87a. Und weiter: „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ Doch „ausdrücklich“ lässt das Grundgesetz den Einsatz der Truppe nur bei einem „Inneren Notstand“ gemäß Artikel 91 oder im Fall von Naturkatastrophen nach Artikel 35 zu. Die Teilnahme an bewaffneten Auslandseinsätzen außerhalb des Nato-Bündnisgebietes hat das Bundesverfassungsgericht in seinem „Out of area“-Urteil von 1994 aus Artikel 24 abgeleitet, nach dem der Bund „einem System kollektiver Sicherheit“ beitragen konnte.

»Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.«

Artikel 87a Grundgesetz

Doch rechtfertigt die aktuelle Sicherheitslage in Europa eine Rückkehr zur Wehrpflicht? Konkret bezogen auf eine mögliche Bedrohung der Nato-Partner in Osteuropa beteiligt sich die Bundeswehr gemäß der Vereinbarungen im Bündnis derzeit mit „Eurofighter“-Kampfflotten am sogenannten „Air Policing“ im Baltikum und rund 500 Soldaten sowie Kampf- und Schützenpanzern an der „Nato-Battlegroup“ in Litauen. Auch in Estland, Lettland und Polen wurden solche Battlegroups stationiert. Zudem übernimmt Deutschland Anfang 2019 die Führung der sogenannten Nato-Speerspitze. Diese rund 8.000 Soldaten umfassende „Very High Readiness Joint Task Force“ (VJTF; deutsch: Einsatzgruppe mit sehr

hoher Einsatzbereitschaft) soll innerhalb von 48 bis 72 Stunden an jedem Punkt der Nato-Ostflanke einsatzbereit sein. In der Tat tut sich die Bundeswehr schwer, diesen Bündnisverpflichtungen nachzukommen. So musste sich die Panzerlehrbrigade 9 Kampfpanzer, aber auch persönliche Ausrüstung für Soldaten aus anderen Verbänden leihen, um ihre kommende Aufgabe innerhalb der Speerspitze zu erfüllen. Diese Materialprobleme der Truppe sind nicht neu, von der anvisierten Vollausstattung ist die Bundeswehr noch weit entfernt. Zu lösen sind diese Probleme aber nicht durch die Wehrpflicht, sondern durch eine Erhöhung des Beschaffungsetats und eichweiser Beschleunigung der Rüstungsvorhaben. Davon zeigt sich auch der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (Seite 9) überzeugt. Als weiteres Argument wird von den Wehrpflichtbefürwortern der Nachwuchsmangel der Bundeswehr ins Feld geführt. Um ihre Zielmarke von knapp 200.000 Soldaten bis 2024 zu erreichen, fehlen der Truppe derzeit rund 20.000 Zeit- und Berufssoldaten. So argumentiert denn auch der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland, dessen Partei als einzige die Rückkehr zur Wehrpflicht fordert, die Rekrutierungsprobleme der Truppe würden „auf einen Schlag“ gelöst. Richtig ist, dass die Bundeswehr 30 bis 40 Prozent ihrer Zeit- und Berufssoldaten aus den Wehrdienstleistenden rekrutieren konnte. 2016 wurden in Deutschland 607.500 Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren. Sie alle müssten bei Einführung der Wehrpflicht für Männer und Frauen gemustert und befragt werden, ob sie Wehrdienst leisten oder verweigern möchten. Doch der nötige Verwaltungsapparat fehlt, weil er in den vergangenen sieben Jahren abgebaut wurde. Selbst wenn nur 100.000 Männer wehrtauglich und -willig wären, die Strukturen für Unterbringung und Ausbildung fehlen in der Bundeswehr. Von der benötigten Ausrüstung und ihrer Finanzierung ganz zu schweigen. Es müssten Milliardenbeträge aufgebracht werden, um die Reform der Streitkräfte in den vergangenen sieben Jahren in einer Rolle rückwärts den Bedürfnissen einer Wehrpflichtarmee anzupassen. Mit einem Bruchteil dieses Geldes ließe sich die Bundeswehr aber auch zu einen so attraktiven Arbeitgeber umwandeln, dass das Nachwuchsproblem zu lösen ist.

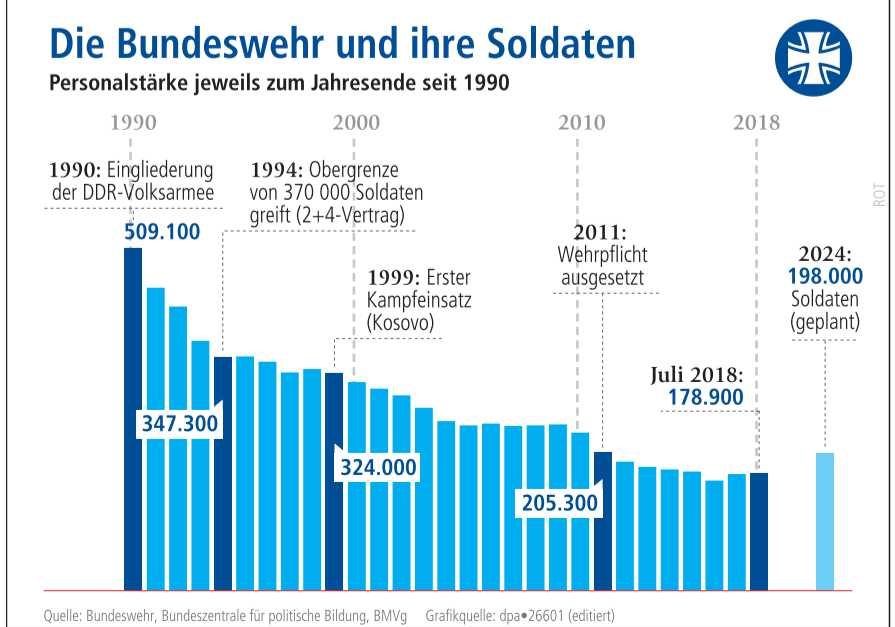
Stationierungskonzept Welche Konsequenzen es hat, wenn sicherheitspolitische Planungen durch Überlegungen anderer Natur überlagert werden, ließ sich am Stationierungskonzept der Bundeswehr beobachten. Um dieses „politisch möglichst geräuschlos umzusetzen“, habe man versucht, die Bundesländer bei der Schließung von Standorten möglichst gleich zu behandeln, dies sei aber mit Blick auf die Belastungen der Soldaten „keine zielführende Herangehensweise“, monierte Anfang 2015 der damalige Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus. „Man hätte versuchen müssen, innerhalb der Verwendungsbereich Cluster zu bilden, um die Zahl der Versetzungen von Soldaten quer durch die Republik zu verkleinern und ihnen damit die Pendelei zwischen Dienst- und Wohnort zu ersparen.“ Doch die Forderung Königshaus nach einer Nachbesserung blieb unerhört. Rekruten lernen in Orientierungsmärschen, einen bestimmten Punkt auf der Karte im Gelände zu erreichen. Eine kluge Verteidigungspolitik wird ähnlich vorgehen: Erst festlegen, welchen Umfang die Streitkräfte benötigen, um ihren Auftrag zu erfüllen und erst dann entscheiden, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Bislang heißt das Ziel rund 200.000 Soldaten. Dafür ist eine Wehrpflichtarmee aber bei weitem nicht nötig. *Alexander Welein*

EDITORIAL

Hohn zum Dank

VON JÖRG BIALLAS

Es lohnt sich, über die Frage nachzudenken, wie junge Menschen sich nach ihrer Schulbildung für die Gesellschaft engagieren könnten. Diese Debatte ist keineswegs ein typisches Sommerloch-Thema. Ob aber in diesem Zusammenhang die Wehrpflicht wieder eingeführt werden sollte, darf mit Fug und Recht kritisch betrachtet werden (siehe auch Gastkommentare auf Seite 2). Was motiviert junge Menschen, der Allgemeinheit, dem Staat zu dienen? Bei den Wenigsten dürfte dahinter die Absicht stehen, der Gesellschaft etwas für entgegenkommene Leistungen zurückzugeben, wie jetzt so vollmundig aus der Politik verlautet. Ob Bundeswehr, Technisches Hilfswerk, Feuerwehr, Kranken- oder Pflegedienst: Im Mittelpunkt des Engagements wird in der Regel die persönliche Karriere stehen. Das ist nicht verwerflich. Wer einen Dienst versieht, soll damit ruhig einen Vorteil erlangen. Das muss keine finanzielle Vergütung sein. Ebenso attraktiv ist es, wenn sich Wartezeiten auf einen Studienplatz verkürzen oder die Qualifikation für eine Lehrstelle verbessert wird. Wo also ein Dienst geleistet wird, dürfte maßgeblich von der individuellen Lebensplanung abhängen. Und vom Image des Arbeitgebers. Da allerdings hat die Bundeswehr deutlich Boden verloren. In der Öffentlichkeit wird die Truppe als schlecht ausgerüstet, unzureichend ausgebildet und zumindest in Teilbereichen nicht einsatzfähig wahrgenommen. Wer sich näher damit auseinandersetzt, wird schnell zu dem Ergebnis kommen: Zumindest so pauschal, wie es gern formuliert wird, ist ein solches Urteil Unfug. Und unfair ist es obendrein. Nicht nur, weil die Bundeswehr nach wie vor hochqualifizierte Ausbildungsangebote in den unterschiedlichsten Bereichen macht. Sondern auch, weil viele Tausend Soldaten täglich im In- und Ausland einen zuverlässigen Dienst zu unser aller Sicherheit absolvieren. Der Dank dafür ist nicht selten Hohn. Das ist nicht hinnehmbar. Die Bundeswehr ist, zumal als Parlamentsarmee, ein diplomatisches Instrument, das im Rahmen internationaler Vereinbarungen bei Bedarf genutzt werden kann. Ist die Truppe nur bedingt einsatzfähig, beschneidet die Politik ihren Handlungsspielraum. Deshalb sollte es keine Frage parteipolitischer Präferenz sein, für ein schlagkräftiges Militär einzutreten.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

BRAUCHEN WIR EINE ALLGEMEINE DIENSTPFLICHT?

Wichtige Erfahrung

PRO



Julia Weigelt
Freie Journalistin,
Hamburg

Das Problem ist die Selbstverständlichkeit – mit der wir zum Arzt gehen, wenn wir krank sind oder frische Luft atmen, wenn wir nach draußen gehen. Dass dies ganz und gar nicht selbstverständlich ist, erkennen viele Menschen erst, wenn sie nach einem Unfall nicht mehr laufen können oder auf Reisen den Smog chinesischer Großstädte einatmen. Für uns als Gesellschaft ist es wichtig, die vielen Dinge wertzuschätzen, die in Deutschland besser klappen als in beinahe allen anderen Ländern der Welt. Eine allgemeine Dienstpflicht ist für junge Leute die beste Gelegenheit, diese Wertschätzung zu kultivieren. In Krankenhäusern, Pflegeheimen oder der Bahnmission kommen sie in Kontakt mit Menschen, denen es gerade nicht so gut geht. In Naturschutzorganisationen können junge Menschen lernen, wie rasant ihre Eltern Ressourcen verbrauchen – und es selber besser machen. Als Rekruten in der Bundeswehr machen sie sich klar, wie fragil der Frieden auf der Welt ist – selbst in Europa. Erfahrungen, die zum Erwachsenwerden dazugehören. Eine allgemeine Dienstpflicht ist vor allen Dingen eine Chance für junge Menschen – und gleichzeitig ein Beitrag für eine Gesellschaft, von der junge Leute schon profitiert haben und noch profitieren werden. Dafür muss das Grundgesetz geändert werden: Denn eine solche Dienstpflicht muss auch für Frauen gelten und nicht, wie bislang vom Grundgesetz festgelegt, nur für Männer. Diese Regelung ist schon lange nicht mehr zeitgemäß. In Auslandseinsätzen auf der ganzen Welt zeigen Soldatinnen, dass sie ein wichtiger Teil der Bundeswehr sind. Es gibt damit keinen Grund, sie von einer allgemeinen Dienstpflicht auszunehmen.

Nicht mit Zwang

CONTRA



Stephan Hebel
Freier Journalist,
Frankfurt am Main

Man kann durchaus für Dinge eintreten, die zunächst unrealistisch erscheinen. Das könnte sogar ruhig öfter vorkommen, denn Visionen sind besser als ihr Ruf. Auf die Sache mit der Wehr- oder Dienstpflicht trifft das allerdings weniger zu. Sie ist nicht nur unrealistisch, weil mit der Wehrpflicht auch die Ungerechtigkeiten, die sie zuletzt mit sich brachte, wieder eingeführt würden. Sondern auch, weil die Idee sich ziemlich heftig am Grundgesetz stößt. Vom Fehlen parlamentarischer Mehrheiten ganz abgesehen. Nein, der Vorschlag widerspricht auch einem zentralen Element, durch das das Engagement für das Große und Ganze erst seinen vollen Wert gewinnt. Das ist die Freiwilligkeit. Wer beklagt, dass zu viele nur an eigene Interessen denken, sollte sich – ob als Politiker oder zum Beispiel als Wirtschaftsführer – vorbildlich verhalten und konsequent am Gemeinwohl orientieren. Das würde womöglich mehr bewirken als gesetzlich verfügter Zwang. Wer in dieser Gesellschaft wenig verdient oder verzweifelt einen Kita-Platz sucht, darf sich schon mal fragen, wie weit die Gemeinwohl-Orientierung bei den Entscheidungsträgern reicht. Die Debatte über Wehr- und Dienstpflicht hat zudem einen faden Beigeschmack: Hier und da stellt sich der Eindruck ein, die allgemeine Pflicht werde zum Dienst an der Gesellschaft ins Feld geführt, obwohl es in Wahrheit vor allem oder ausschließlich darum geht, die Lächer in der Bundeswehr zu stopfen (was kaum gelingen würde) und den konservativen Flügel der Union zu bedienen. Wer eine solidarische Gesellschaft will, sollte dafür werben – und politisch daran arbeiten, statt über Zwang zu reden.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Hellmich, Verteidigungsministerin von der Leyen will, dass die Bundeswehr Bündnisverteidigung und Auslandseinsätze gleichermaßen bewältigen soll. Ist das nicht vermessen angesichts der Dauerkrise um massenweise Ausfälle bei Flugzeugen, Panzern, Hubschraubern, U-Booten und Fregatten?

Mit dem Weißbuch ist eine strategische Konzeption beschrieben, was die Bundesregierung als künftige Aufgaben in der Wehrpolitik sieht. Sie geht von einer veränderten Bedrohungs- und Krisenlage aus. Infolgedessen bekommt neben den Auslandseinsätzen die Bündnisverteidigung ein stärkeres Gewicht – mit Konsequenzen für Ausrüstung, Personal und Material der Bundeswehr. Wir müssen die Fähigkeit bekommen, die Landesverteidigung wieder aufzubauen. In den vergangenen Jahren ist hier systematisch abgebaut worden, dazu gehört auch die Abschaffung der Wehrpflicht.

Das ganze war ja unter dem Aspekt der Auslandseinsätze wie Afghanistan realisiert worden. Es gibt nun die Entscheidung zur Trendwende. Wir wollen bei Materialerhaltung und Personal das Tal der Tränen verlassen und nach dem Abbau nun wieder zum Aufbau von Strukturen zu kommen.

Wie schnell kann das denn erfolgen?

Man braucht Zeit dafür. Was man über viele Jahre abgeschafft und abgebaut hat, kann man nicht in kurzer Zeit wieder aufbauen. Man braucht eine systematische Verankerung im Haushalt und man braucht auch die entsprechenden Produktionsstrukturen. Auch bei der Industrie sind entsprechende Kapazitäten abgebaut worden. Die Koalition hat aber reagiert. Wichtige Vorhaben wie der Aufbau von Verladekapazitäten, die Vollaussattung einer Brigade bis 2023 oder die Modernisierung im Bereich Digitalisierung sind beschlossen worden. All dies muss nun im Haushalt umgesetzt werden.

Verteidigungsministerin von der Leyen streitet sich mit Finanzminister Scholz um mehr Geld. Unterstützen Sie ihre Position?

Es geht um den Haushalt für 2019. Wir haben bei der Nato angemeldet, dass Deutschland bis 2024 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgibt. In der Bundesregierung herrscht Einigkeit, dass man die Fähigkeiten zum Aufwuchs in der Bundeswehr auch haushalterisch umsetzen muss.

Die 1,5 Prozent liegen weit unter dem beschlossenen Nato-Ziel, bis 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung zu kommen. Derzeit liegen wir nur bei 1,24 Prozent. All das sorgt für ständiges Missfallen von US-Präsident Trump, der sagt, Deutschland mache es sich bequem unter dem Schutzschirm der Amerikaner, die mehr als drei Prozent Wehrausgaben haben. Hat er Recht?

Den Anspruch, den die USA als führende Weltmacht auf militärischem Gebiet haben, hat Deutschland als regionale Mittelmacht nicht. Wir müssen unser Grundgesetz beachten, wir sind im Nato-Bündnis verankert und realisieren unsere Sicherheitsinteressen vor allem in Europa. Dies sieht auch der Nato-Generalsekretär so, der Deutschlands Bemühen, für die Sicherheit mehr zu tun, würdigt. Die amerikanische Sichtweise ist unter Präsident Trump eine sehr andere geworden.

Dennoch bleibt Deutschland vom Zwei-Prozent-Ziel weit entfernt.

Ja. Selbst wenn wir heute zwei Prozent Verteidigungsausgaben hätten, könnten wir sie gar nicht administrieren und ausgeben. Wir wollen keine Flugzeugträger kaufen und in Wilhelmshaven an die Pier legen. Wir orientieren uns an dem, was die Bundeswehr braucht und die Bündnisverpflichtungen vorschreiben. Im übrigen hinken die Vergleiche mit den Wehrausgaben. Bei manchen sind bei den zwei Prozent Personalausgaben eingerechnet, bei anderen nicht.

»Das Tal der Tränen verlassen«

WOLFGANG HELLMICH Der Verteidigungsausschuss-Chef will der Bundeswehr das geben, was sie braucht. Der Aufbau von Strukturen nach Jahren des Abbaus benötige aber Zeit



© Deutscher Bundestag/Achim Melde

Die Bundeswehr klagt über Nachwuchsmangel und mangelnde Qualität ihrer neuen Soldaten. War das Aufgeben der Wehrpflicht 2011 durch Verteidigungsminister von Guttenberg nicht ein großer Fehler?

Es war ein konzeptionsloser Husarenritt. Es gab zum Zeitpunkt der Aussetzung keine Konzeption, was man tun will. Und es gab den Zwang, in einem schwierigen Haushalt acht Milliarden Euro einzusparen. Es war aus vielen Gründen ein Fehler. Länder wie Schweden korrigieren dies wieder und führen die Wehrpflicht wieder ein. Mit der Ab-

schaffung der Wehrpflicht haben wir auch die dafür zur Verfügung stehende Infrastruktur abgebaut mit der Folge, dass wir die Wehrpflicht heute nicht wieder aktivieren können.

Nicht nur wegen Trump hat eine europäische Verteidigungsunion Konjunktur: Die Idee gibt es schon seit dem Lissabon-Vertrag von 2009. Aber erst Ende 2017 baute die EU mit Pesco eine eigene europäische Verteidigungsstruktur auf. Warum hat es so lange gedauert?

Man sah die Notwendigkeit nicht. Es gab immer Kräfte, die eine europäische Zusammenarbeit nicht wollten, vor allem die Briten. Sie haben immer nur auf die Nato gesetzt. Mit dem Brexit ist insofern auch eine Bremse weggefallen, was es den anderen EU-Ländern ermöglicht, sich verteidigungspolitisch zusammenzutun.

Die USA sehen in Pesco eine Konkurrenz zum Nato-Bündnis, auch wegen Rüstungsprojekten. Zu Recht?

Nein. Es gibt einen ständigen Abgleich zwischen den Nato-Verteidigungsplanungen und dem, was bei Pesco passiert.

Kann beziehungsweise sollte aus der europäischen Zusammenarbeit eines Tages eine europäische Armee entstehen?

Ob Armee der Europäer oder eine europäische Armee: Das entscheidende ist nicht, dass alle die gleiche Uniform anhaben, sondern dass man zusammenwirken kann und ein gemeinsames Führungsverständnis hat, dass die Kooperation stimmt und dass man gemeinsame Kommunikationssysteme hat. Es ist wie bei der internationalen Militärmusik: Alle haben verschiedene Uniformen, aber alle spielen die selbe Musik.

Bei internationalen und europäischen Militäreinsätzen stellt sich für die Bundeswehr immer die Frage der Legitimation. Sie ist eine Parlamentsarmee, alle Einsätze müssen vom Bundestag beschlossen werden. Ist das nicht ein Handicap bei jeder Art Militär-Zusammenarbeit der Deutschen?

Ich kenne keinen Militäreinsatz, den der Bundestag abgelehnt hat. Eine völkerrechtliche Grundlage brauchen alle europäischen Staaten. Der Verteidigungsausschuss hat die europäischen Kooperationen intensiviert, wir treffen uns regelmäßig mit den Franzosen, wir sind beteiligt an den Runden Tischen der Ausschussvorsitzenden der baltischen Staaten und den Anrainerstaaten der Ostsee. Wir treffen uns regelmäßig mit Niederländern und Österreichern. Überall spielen die Beteiligungsrechte der Parlamente eine Rolle und gibt es Bestrebungen, den Einfluss der Parlamente bei Militäreinsätzen zu stärken.

Frankreich will ein militärisches Kern-Europa und ist für eine Interventionstruppe mit nur wenigen Staaten, um zu mehr Effizienz zu bekommen. Wie stehen Sie zu diesem Projekt von Staatspräsident Macron?

Kurz nach seiner Rede an der Sorbonne haben wir uns in Deutschland gefragt, was Macron eigentlich gemeint hat. Ich habe in Paris nachgefragt. Die Franzosen wollen, dass man in einer gemeinsamen Institution wie der Pesco erstmal ein gemeinsames Lagebild hat, dass man an einer gemeinsamen strategischen Kultur arbeitet, weil sie nicht überall dieselbe ist, und dass wir uns auf den Weg machen, bei diesen „interventions“, wie es im Französischen heißt, voranzukommen. Dahinter verbirgt sich nicht, dass wir eine für Interventionen zur Verfügung stehende Truppe haben. Es geht darum, in der Lage zu sein, sehr kurzfristig nötige Reaktionen besprechen zu können und die nötigen Entscheidungen zu treffen.

Das Gespräch führte Hans Krump.

Wolfgang Hellmich (SPD) ist seit 2012 Bundestagsabgeordneter. Der 60-Jährige aus Nordrhein-Westfalen ist seit Mai 2015 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Berufssoldat: Rüdiger Lucassen

Auf jeden Fall die Landesverteidigung“, bescheidet Rüdiger Lucassen – gefragt, was denn für die Bundeswehr oberste Priorität habe. Das gebe schon das Grundgesetz vor. Und so beklagt der AfD-Abgeordnete denn auch, dass „in den letzten 20 bis 25 Jahren die Auslandseinsätze deutlich überhandgenommen haben“. Die Folge aus seiner Sicht: „Die Bundeswehr wurde überdehnt. Sie ist an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gekommen.“ Auf „marode Strukturen“ verweist er: „Wir haben keine Ersatzteilbevorratung, einen unzureichenden technischen Klarstand bei den Großgeräten und demotiviertes Personal.“

Mit der Bundeswehr kennt sich der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion aus Bad Münstereifel bestens aus. 34 seiner 66 Lebensjahre diente er als Soldat, bis er 2006 als Oberst im Generalstab ausschied. Er will jetzt die Regierung „zum Umstern“ drängen. Dazu zählt für ihn zunächst, dass sich „die Streitkräfte wieder erholen“. Was bedeute: „Weniger Einsätze im Ausland. Nur noch die, die wirklich dem Sicherheitsinteresse Deutschlands dienen.“ Überdies müsse „die Ersatzteilbeschaffung wieder auf eine stabile Grundlage gebracht werden“. Wobei klar sei: „Das kostet Zeit, fünf bis zehn Jahre. Und das kostet viel Geld.“ Nach seiner Rechnung geht das in Richtung der zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt, die im Nato-Vertrag festgeschrieben seien. Konkret bedeute das 70 Milliarden Euro pro Jahr statt der soeben beschlossenen 40 Milliarden mit einer leichten Steigerung bis 2022 auf 43,5 Milliarden Euro.

Rüdiger Lucassen versichert: „Wir stellen die Nato nicht infrage.“ Freilich sei die AfD „sehr dafür, den europäischen Pfeiler innerhalb der Nato zu stärken“. Von der Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand profitierten schließlich am meisten die europäischen Nato-Länder. Dies müsse „natürlich auch dazu führen, dass von ihnen ein größerer Beitrag kommt als bisher“. Dabei dürften aber keine Nebenstrukturen zur Nato aufgebaut werden, wie dies die Bundesregierung auf EU-Ebene betreibt.



»Wir stellen die Nato nicht infrage und sind sehr dafür, den europäischen Pfeiler innerhalb der Nato zu stärken.«

Für Lucassen ist es „auf jeden Fall erforderlich, die Aussetzung der Wehrpflicht wieder rückgängig zu machen“. Er sei sich aber „vollkommen darüber im Klaren, dass sich die gesellschaftlichen Voraussetzungen, nicht zuletzt die demografische Entwicklung, so geändert haben, dass dies nicht mit einem Fingerschnippen geht“. Aber unter der Prämisse Landesverteidigung sei die Wehrpflicht unabdingbar: „Wir brauchen sie auch deswegen, um ein

einsatzfähiges Reservistenkorps vorhalten zu können.“ Gegenwärtig sei die Personalsituation in der Bundeswehr „schon rein quantitativ sehr heikel“. Das Ziel von 198.500 Soldaten sei ja mit einem Fehlbetrag von 20.000 Soldaten noch lange nicht erreicht. Hinzu komme, dass die Personallage „auch qualitativ heikel ist, weil die Motivation in den Streitkräften so schlecht ist, wie sie es noch nie war“. Auf dem politischen Parkett ist er ein Neuling: „Ich war noch nie in der Politik, bevor ich jetzt nach Berlin gekommen bin. Und habe vor meiner Kandidatur auch nie einer Partei angehört.“ Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr führte er eine eigene Unternehmung im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Warum jetzt das Engagement? „Meine Beweggründe muss man eindeutig zurückführen auf die Politik Merkels.“ Er verweist auf den „überstürzten Atomausstieg“, die Aussetzung der Wehrpflicht. Dazu, für ihn „ganz wesentlich“, die „unzulässige und ungeordnete Zulassung der Migration im September 2015, die ja, wie wir aktuell beim drohenden Auseinanderdriften der Koalition erfahren haben, immer noch nicht in den Griff bekommen wurde“. Über die Freizeitgestaltung in Berlin müsse er sich keine Gedanken machen: „Dafür bleibt kein Raum.“ Allenfalls reise ab und zu seine Frau an, um zusammen „unserem Hobby zu frönen – Konzerte und Opern“. Daheim im rheinischen Bad Münstereifel geht es quirliger zu. Die Lucassens haben sich dem Tierschutz verschrieben: Unter anderem sorgen sie für den Transport herrenloser Katzen und Hunde aus Spanien nach Deutschland, haben in Haus und Garten einige Tiere selbst aufgenommen. *Franz Ludwig Averdunk*

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale
für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
17. August 2018

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
64546 Morfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement
für vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert
werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitschrift
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.



Prototyp einer europäischen Armee: Soldatinnen und Soldaten der Deutsch-Französischen Brigade bei einem Appell im südbadischen Müllheim. Das Verbandsabzeichen enthält in stilisierter Form die Flaggen Frankreichs und Deutschlands. © picture-alliance/Winfried Rothermel

In (Un)Sicherheit vereint

EU Eine gemeinsame Armee wird es so schnell nicht geben. Aber um eine stärkere Kooperation kommt Europa nicht herum

Drei Jahre stand Guy Buchsenschmidt als Generalleutnant an der Spitze des europäischen Vorzeigeprojekts Eurocorps. Der multinationale europäische Großverband ist 1993 aus der Deutsch-Französischen Brigade hervorgegangen. Nachdem sich Belgien, Spanien und Luxemburg angeschlossen haben und fünf weitere Länder mitmachen, hat der mittlerweile pensionierte Buchsenschmidt im Hauptquartier in Straßburg erlebt, wie europäische militärische Zusammenarbeit funktionieren kann. Doch wer den Belgier nach einer europäischen Armee fragt, der bekommt eine knappe Antwort: Das sei „Wunschdenken“. Die Unterschiede zwischen den nationalen Armeen seien zu groß, um sie zusammenzulegen. Trotzdem ist der Ruf nach einer europäischen Armee ungebrochen. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker träumt davon genauso wie Antonio Tajani, der Präsident des Europäischen Parlaments. Und auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) plädiert für eine europäische Armee, „lieber gestern als morgen oder übermorgen“.

Frühes Scheitern Bereits in den 1950er Jahren hatte Europa einen Anlauf zu einer europäischen Armee genommen. Der damalige französische Premier René Elyen regte an, die nationalen Streitkräfte zu verschmelzen. Die Europäische Verteidigungsunion sollte die Risiken der deutschen Wiederbewaffnung auffangen und die Einigung Europas vorantreiben. Die Bundesrepublik, Belgien, Niederlande und Luxemburg hatten das Projekt schon ratifiziert, als 1954 das französische Parlament dagegen stimmte. Es wollte die französische Armee nicht einem europäischen Oberkommando unterstellen. Bis heute ist der Begriff Europäische Armee in Frankreich unbeliebt. Politiker sprechen dort lieber von militärischer Kooperation oder einem „Europa der Verteidigung“. Einen besonders schlechten Klang hat die Rede von einer EU-Armee aber in Irland. Die Angst vor einer möglichen Einberufung in eine solche war einer der Gründe, warum eine Mehrheit der Iren 2008 den Lissabon-Vertrag ablehnte. Deutsche Politiker stehen der Idee einer europäischen Armee dagegen recht offen gegenüber. Union und SPD hielten das Konzept vor fünf Jahren explizit im Koalitionsvertrag fest. „Wir streben einen immer engeren Verbund der europäischen Streitkräfte an, der sich zu einer parlamentarisch kontrollierten europäischen Armee weiterentwickeln kann“, hieß es dort. „Wir werden weitere Schritte auf dem Weg zu einer ‚Armee der Europäer‘ unternehmen“, heißt es in der aktuellen Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und SPD. In der FDP gibt es ebenfalls große Sympathien für das Konzept. „Am Ende sollte eine europäische Armee stehen, unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle“, sagt der Vize-Fraktionsvorsitzende Alexander Graf Lambsdorff.

„Bis dahin ist es zwar noch ein langer Weg, das darf uns aber nicht hindern, jetzt die ersten Schritte zu gehen.“ Die Grünen sprechen sich grundsätzlich für eine „Europäische Verteidigungsunion“ aus. Diese müsse aber mit einer Stärkung der Mitspracherechte für das Europäische Parlament einhergehen, heißt es im Parteiprogramm. Bei AfD und Linken herrscht hingegen große Skepsis. Rüdiger Lucassen (AfD) bezeichnet das Ansinnen als „Irrweg“. Die Linke lehnt ein „Europa des Kriegs und der Aufrüstung“ ab. Daniel Keohane vom Zentrum für Sicherheitsstudien der ETH Zürich geht davon aus, dass integrationsfreundliche Politiker wie Juncker „eine Ewigkeit warten werden, ehe eine EU-Armee Realität wird“. Sein Argument: Ohne europäischen Staat könne auch keine europäische Armee existieren. Der französische Rechtsprofessor Jean-Luc Sauron argumentiert ähnlich: „Ich glaube nicht an eine europäische Armee. Um Menschen in den Krieg und in den Tod zu schicken, benötigt man eine legitime Regierung.“ Nicht zuletzt herrschen große Unterschiede zwischen den nationalen Armeen, etwa bei der Beschaffung. Die Staaten verlassen

»Um Menschen in den Krieg zu schicken, benötigt man legitime Regierungen.«
Jean-Luc Sauron, Völkerrechtsexperte

sich gerne auf nationale Hersteller, zu denen sie seit Jahrzehnten eingespielte Lieferbeziehungen pflegen. Die Streitkräfte in Europa beziehen 80 bis 90 Prozent ihres Materials bei heimischen Anbietern, schätzt die EU-Kommission. „Kann man sich ernsthaft vorstellen, dass die italienische Armee Iveco die kalte Schulter zeigen wird?“, fragt der Praktiker Buchsenschmidt mit Blick auf den Fahrzeughersteller, der bisher den italienischen Staat beliefert. „Die Länder lehnen es – verständlicherweise – kategorisch ab, bei einer großen Bandbreite von Themen ihre Souveränität abzugeben“, sagt Buchsenschmidt. So verlaufen militärische Karrieren in den Ländern unterschiedlich, die Bezahlung variiert und ein Staat wie Deutschland legt beim Datenschutz viel höhere Maßstäbe an als andere. Was sich in Europa dagegen klar abzeichnet, ist eine verstärkte Kooperation auf militärischem Gebiet. Dafür gibt es mehrere Gründe: US-Präsident Donald Trump gibt den Europäern unmissverständlich zu verstehen, dass er nicht weiter bereit ist, Europa vorbehaltlos zu beschützen, wenn diese nicht mehr in die Verteidigung investieren. Haushaltsdruck lässt zudem in vie-

len EU-Staaten das Interesse an einer Zusammenarbeit wachsen, in der Hoffnung, dass sich dadurch Mittel effizienter einsetzen lassen. Gleichzeitig ist Europas Nachbarschaft in den vergangenen Jahren deutlich instabiler geworden. Die Europäer werden sich in den kommenden Jahren verstärkt um ihre Sicherheit kümmern müssen. Dazu kommt der Brexit: Mit den Briten verabschiedet sich 2019 ein Land aus der EU, das über eine der stärksten Armeen verfügt. Gleichzeitig haben die Briten eine europäische Kooperation bisher immer wieder blockiert. **Paradigmenwechsel** Die EU-Kommission treibt eine stärkere Zusammenarbeit inzwischen mit Nachdruck voran. Das ist ein Paradigmenwechsel, hatte sie das Terrain doch lange den Mitgliedstaaten überlassen. „In den vergangenen beiden Jahren wurde mehr erreicht als in den 60 Jahren davor“, betonte die Kommission, als sie im Juni 2017 den europäischen Verteidigungsfonds vorstellte. Dabei sollen erstmals europäische Mittel für die Verteidigungsforschung eingesetzt werden. Mit der Initiative will sie darauf reagieren, dass die Entwicklung der kommenden Generation an Rüstungsgütern für einen Staat schlicht zu teuer ist. Außerdem ist der Markt zu zersplittert. So existieren in der Europäischen Union 17 verschiedene Kampfpanzer, in den USA nur einer.

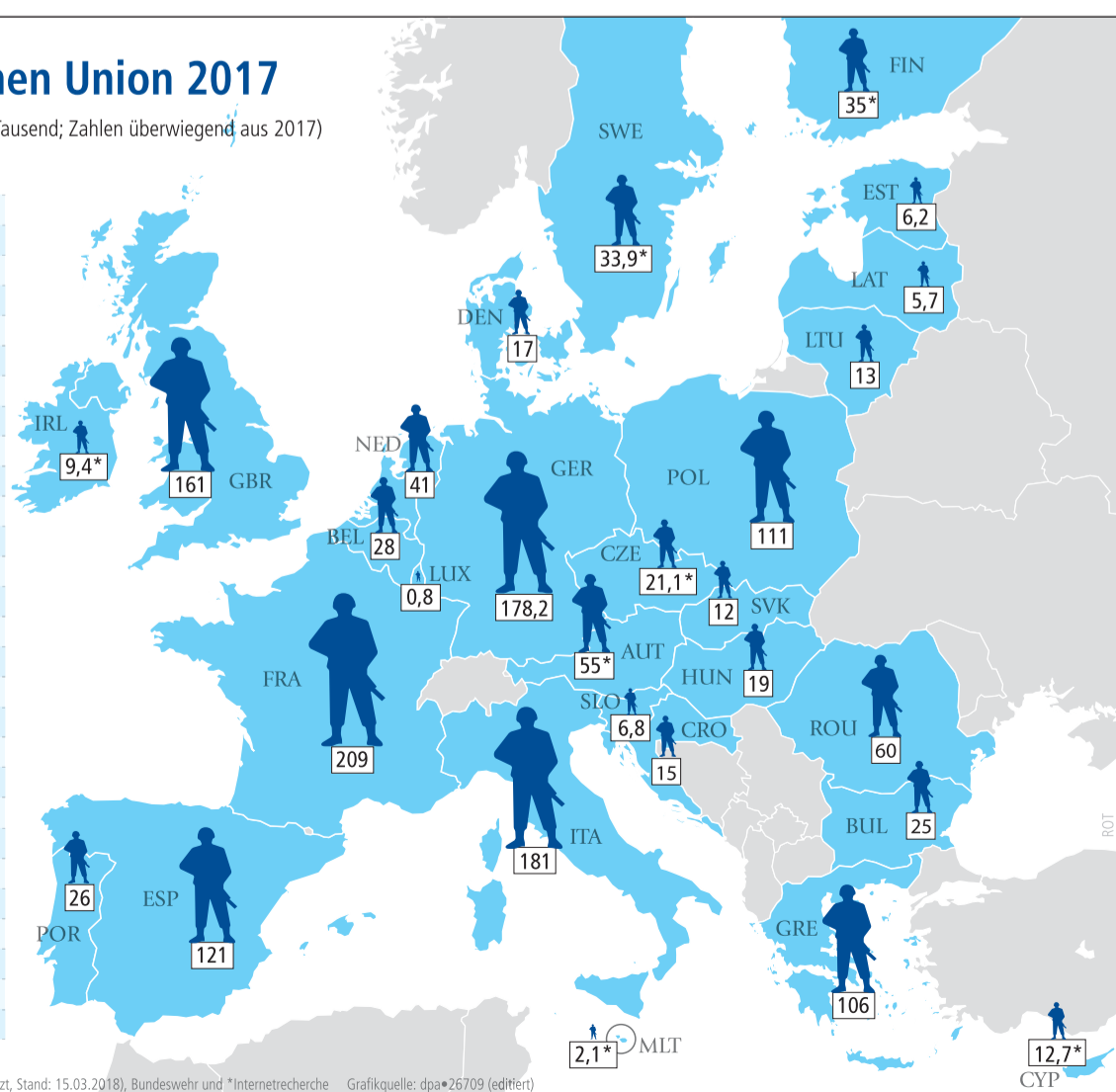
Das EU-Parlament hat gerade beschlossen, in den kommenden beiden Jahren 500 Millionen für den Fonds zur Verfügung zu stellen. Für die Haushaltsperiode 2021 bis 2027 soll der Betrag noch mal deutlich aufgestockt werden – auf insgesamt 13 Milliarden Euro. Allerdings hinkt das Vorhaben, weil es an Kooperationsprojekten fehlt, die die Mitgliedstaaten gemeinsam entwickeln wollen. Sie haben bisher zwar 46 mögliche Projekte angemeldet, gesichert ist davon aber bislang nur die Euro-Drohne, die Deutschland gemeinsam mit Frankreich, Italien und Spanien entwickeln lassen will. Der Haken: Der EU-Fonds übernimmt nur 20 Prozent der Entwicklungskosten, den Rest müssen die Mitgliedstaaten finanzieren. Viele von ihnen haben ihre Wehretats für die kommenden Jahre aber schon verplant. Die Kommission erwägt deshalb, auch bereits angestoßene Vorhaben rückwirkend aus dem Fonds zu finanzieren. Mit der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) existiert bereits seit 2004 eine europäische Institution, die die Beschaffung bündeln und günstiger machen soll. Bisher haben aber vor allem kleinere Staaten auf die gemeinsame Beschaffung gesetzt. Einen sehr weitreichenden Schritt haben 25 EU-Staaten Ende 2017 unternommen, als sie die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) beschlossen. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini sieht

darin die „Grundlage für eine Verteidigungsunion“. Großbritannien und Frankreich hatten PESCO zu Anfang des Jahrtausends ins Leben gerufen, um eine militärische Vorhut zu bilden. Großbritannien wird dem Bündnis wegen des bevorstehenden Brexits nicht angehören. Außer Dänemark und Malta beteiligen sich aber alle Mitgliedstaaten – was Frankreich missfällt. Es hätte gerne ein exklusiveres Bündnis gebildet. Die Bundesregierung wollte dagegen so viele Mitglieder wie möglich in PESCO aufnehmen – und hat sich damit durchgesetzt. Die Mitglieder verpflichten sich, in die Verteidigung zu investieren und mittelfristig 20 Prozent der Verteidigungsausgaben für Rüstung auszugeben. **Europäische Eingreiftruppe** PESCO sah ursprünglich auch den Aufbau einer europäischen Eingreiftruppe vor. Angesichts der schwerfälligen Strukturen – es herrscht das Einstimmigkeitsprinzip – hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hier eine eigene Initiative ergriffen. Ende Juni beschlossen Frankreich, Deutschland, Belgien, die Niederlande, Dänemark, Estland, Spanien, Portugal und Großbritannien eine solche Truppe. Als Macron seinen Plan im November 2017 ankündigte, löste er bei der Nato Befürchtungen aus, die Länder könnten sich aus dem Verteidigungsbündnis zurückziehen. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat mittlerweile eingeräumt, dass sich beides ergänzen könne. Die Initiative Macrons steht bewusst außerhalb von EU-Strukturen, damit Großbritannien sich nach dem Brexit daran beteiligen kann. Den Franzosen war die Beteiligung der Briten wichtig, weil deren Strategie der französischen ähnelt. Außerdem haben die Briten lange Erfahrung mit Auslandseinsätzen. Macron hat die Initiative vor allem gestartet, weil er Verbündete für seine Einsätze in Afrika sucht. Französische Beamte unterstreichen allerdings, dass es nicht so sehr darum gehe, neue Kampftruppen zu bilden, sondern Informationen über potenzielle Krisen in Europas Nachbarschaft auszutauschen und gemeinsam zu reagieren. Den Franzosen ist sehr wohl bewusst, dass nur wenige Länder zu militärischen Einsätzen außerhalb Europas bereit sind. „Die Idee, dass Europäer militärische Einsätze gemeinsam planen und ausführen, scheint so weit weg von der Realität wie zuvor“, argumentiert Nick Witney, erster Direktor der EDA und heute Experte für das European Council on Foreign Relations. Über die französische Initiative sagt er allerdings: „Wenn sie funktioniert, dann könnte sie ein eigenes Momentum entwickeln.“ Silke Wettach

Die Streitkräfte in der Europäischen Union 2017

■ Militärausgaben (in Milliarden US-Dollar) und 👤 Truppenstärke (in Tausend; Zahlen überwiegend aus 2017)

Land	Militärausgaben (in Milliarden US-Dollar)	Truppenstärke (in Tausend)
Belgien	4,458	
Bulgarien	0,871	
Dänemark	3,802	
Deutschland		45,472
Estland	0,538	
Finnland	4,118	
Frankreich		45,927
Griechenland	4,737	
Irland	1,283	
Italien		23,369
Kroatien	0,690	
Lettland	0,529	
Litauen	0,814	
Luxemburg	0,288	
Malta	0,072	
Niederlande		9,765
Österreich	3,104	
Polen		10,337
Portugal	2,824	
Rumänien	3,658	
Schweden	5,154	
Slowakei	1,129	
Slowenien	0,478	
Spanien		12,074
Tschechien	2,249	
Ungarn	1,464	
Ver. Königreich		55,237
Zypern	0,452	



Quelle Militärausgaben: Statistisches Bundesamt, Tradingeconomics Quelle Truppenstärke: Nato (Werte geschätzt, Stand: 15.03.2018), Bundeswehr und *Internetrecherche Grafikquelle: dpa#26709 (ed/ht)

Die Autorin ist Korrespondentin der Wirtschaftswoche in Brüssel.



Nüchterne Betriebsamkeit herrschte im Plenum, die Abgeordneten folgten den Debatten so unaufmerksam, dass Bundestagspräsident Eugen Gersentmeier (CDU) das Auditorium zur Ordnung rufen musste. „Entschuldigen Sie. Meine Damen und Herren, ich bitte doch um etwas mehr Ruhe“, rief er während der fünfständigen Debatte immer wieder. Dabei ging es an diesem 6. März 1956 im Bundestag um eine der wohl bedeutendsten Entscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik: Sollte es nach Ende des Zweiten Weltkrieges wieder eine deutsche Armee geben? Die Alliierten waren lange dagegen gewesen. Mit der Verabschiedung von Wehrverfassung und Soldatengesetz legten die Abgeordneten an jenem Dienstag in Bonn den Grundstein für die Schaffung der Bundeswehr. Sehr zur Erleichterung von Bundeskanzler Konrad Adenauer, seinem Verteidigungsminister Theo Blank (beide CDU) rief er in der Wandelhalle des Bundeshauses zufrieden zu: „Wir können uns gegenseitig gratulieren.“

Das Grundgesetz wurde um mehrere Artikel ergänzt, die zusammen die Wehrverfassung bildeten. Mit ihr zog der Gesetzgeber eine wichtige Lehre aus der jüngsten deutschen Geschichte: War der Reichstag zwischen 1933 und 1945 ein Scheinparlament ohne jeden Einfluss auf die Wehrmacht, sollte die Volksvertretung der Bundesrepublik umfassende Kontrolle über die nationalen Streitkräfte erhalten. Galt die Reichswehr in der Weimarer Republik als „Staat im Staate“, sollte der bundesdeutsche Soldat ein „Staatsbürger in Uniform“ sein. Laut Grundgesetz bestimmt der Bundestag seit 1956 nicht nur über das Budget der Truppe (Artikel 87a Absatz 1). Mit dem Verteidigungsausschuss verfügt er außerdem über ein Gremium von Verfassungsrang (Artikel 45a). Neben den Ausschüssen für Petitionen, Auswärtiges und Europa ist er der vierte, dessen Einsetzung in jeder Legislaturperiode vorgeschrieben ist. Und der einzige, der sich selbst als Untersuchungsausschuss konstituieren kann. Von diesem Recht hat er schon mehrfach Gebrauch gemacht, etwa als er ab 2009 den Luftangriff auf zwei Tanklastwagen bei Kundus (Afghanistan) beleuchtete oder ab 2013 die gescheiterte Serienbeschaffung der Aufklärungsdrohne Euro-Hawk.

Ergänzt wird die parlamentarische Kontrolle durch das 1959 geschaffene Amt des Wehrbeauftragten (siehe Text unten rechts). Er ist oberste Beschwerdestelle für die Soldaten, einmal im Jahr legt er einen Bericht über den inneren Zustand der Bundeswehr vor – oft eine schonungslose Mängelliste über mieses Material, schleppende Reformen und fehlendes Personal.

Umfassende Rechte Um ihrem Auftrag – Kontrollieren und Entscheiden – gerecht zu werden, steht den Abgeordneten ein tipisches Instrumentarium zur Verfügung. So ist die Regierung verpflichtet, sie vor allem im Auswärtigen und im Verteidigungsausschuss über laufende und geplante Einsätze zu unterrichten. Über die Mandate wird im Plenum öffentlich debattiert und zumeist namentlich abgestimmt.

Die Abgeordneten reisen außerdem regelmäßig in die Einsatzgebiete, um sich vor Ort ein Bild der Lage zu machen. Was sonst problemlos möglich ist, wie diese unisono betonen, wurde im Falle der Türkei vor zwei Jahren zum Politikum. Nachdem der Bundestag im Juni 2016 eine Resolution zum Völkermord in Armenien verabschiedet hatte, verweigerte die türkische Regierung Abgeordneten wiederholt die Besucherlaubnis für den Militärstützpunkt in Incirlik. Von dort aus starteten deutsche „Tornados“ zu Aufklärungsflügen gegen die Extremistenmiliz „Islamischer

Die letzte Instanz

BUNDESTAG Die deutschen Soldaten sollen »Staatsbürger in Uniform« sein, ihre Einsätze demokratisch legitimiert und kontrolliert werden. Die Abgeordneten haben dabei eine wichtige Schlüsselfunktion



Zum 60. Jahrestag am 11. November 2015 beging die Bundeswehr ihr höchstes militärisches Zeremoniell, den Großen Zapfenstreich, eigens vor dem Berliner Reichstagsgebäude. In seiner Rede sagte der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), es gebe kein zweites Beispiel weltweit, in dem die Verankerung einer Armee im demokratischen Staat in einer solchen Weise parlamentarisch legitimiert sei.

Staat“ (IS). Nach monatelangem diplomatischen Gezerre sprach der Bundestag im Juni 2017 schließlich ein Mandatwort. Die Soldaten wurden abgezogen, der Stützpunkt nach Jordanien verlegt.

Kritik an Koalition Von der Bundesregierung fühlen die Abgeordneten sich bisweilen übergangen beziehungsweise zu spät oder ungenügend informiert. „Die Medien haben oft von Details Kenntnis, bevor wir das in den Fachausschüssen haben“, sagt etwa Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP). „Das ist ein Unding, dem Einhalt geboten werden muss.“ Alexander Neu, Obmann der Linksfraktion im Verteidigungsausschuss, berichtet, es sei „mittler-

weile eher die Regel als die Ausnahme, dass die Regierung um Fristverzicht bittet, damit die Mandate in zwei statt in drei Sitzungswochen verabschiedet werden“. Dass die Regierungsfaktionen dieser Bitte regelmäßig nachkämen, sei „ein für den Bundestag unwürdiges Verhalten“. Somit sieht Neu einen Teil der Verantwortung auch bei den Parlamentariern: „Die Regierungsfaktionen verstehen sich prioritär als Schutzinstanz für die Regierung und die Bundeswehr, denn als gestaltende und die Exekutive kontrollierende Abgeordnete.“ Rüdiger Lucassen (AfD) sieht das ähnlich. Die Abgeordneten sollten genauer hinschauen, welchem Mandat sie grünes Licht geben, mahnt er. „In mehr als 25 Jahren

hat der Bundestag jeder einzelnen Mandatsverlängerung stets zugestimmt. Statistisch gesehen ist es fraglich, ob er immer gewissenhaft kontrolliert hat.“

»Out-of-Area-Urteil« Den Entscheidungen gingen, vor allem nach der deutschen Wiedervereinigung, oft hitzige Debatten voraus. Der Grund: Zu Beginn der 1990er Jahre wandelte sich die Rolle der Bundeswehr massiv – und die des Bundestages mit. Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg beschloss das Parlament am 30. Juni 1995, deutsche Soldaten in einen bewaffneten Einsatz im Ausland – nach Bosnien-Herzegowina – zu schicken. Im Reichstag warf das völlig neue Fragen auf: Lässt das

Grundgesetz Missionen außerhalb des Nato-Gebiets überhaupt zu? Und wenn ja, muss der Bundestag diese zuvor billigen? Beides bejahte das Bundesverfassungsgericht 1994 in seinem viel beachteten „Out-of-area-Urteil“. Es manifestierte die Abhängigkeit der Truppe von parlamentarischen Entscheidungen und prägte den Begriff „Parlamentsarmee“.

Doch dauerte es zehn Jahre, bis der Bundestag die genauen Modalitäten der Mandatserteilung regelte – das Parlamentsbeteiligungsgesetz (siehe Text unten links) trat erst am 24. März 2005 in Kraft. Zuvor hatten die Abgeordneten ohne Gesetzesgrundlage schon über zahlreiche Einsätze entschieden. Etwa 1998, als sie für den

umstrittenen Einsatz deutscher Kampfflugzeuge im Rahmen der Nato-Mission im Kosovokrieg stimmten, für die kein Mandat der Vereinten Nationen vorlag. Oder im November 2001, als der Bundestag für die Beteiligung an der Anti-Terror-Operation „Enduring Freedom“ in Afghanistan votierte. Kanzler Gerhard Schröder (SPD) verknüpfte diese Abstimmung sogar mit der Vertrauensfrage.

Streit um Reform Die Diskussion um die Parlamentsrechte bei Auslandseinsätzen ist zuletzt erneut aufgeflammt. Weil die Bundeswehr zunehmend in Missionen von Nato und EU sowie in multinationale Einheiten eingebunden ist, fürchten Union und SPD einen Verlust der „Bündnisfähigkeit“, sollte der Bundestag weiter fast jedem Auslandsmandat zustimmen müssen. Die „Rühe-Kommission“ sollte daher prüfen, wie die Parlamentsrechte bei der Mandatierung angepasst werden können. Sie empfahl 2015, bestimmte Einsätze von der Zustimmungspflicht auszunehmen (siehe Text unten links). Ein darauf basierender Gesetzentwurf zur Reform des Parlamentsbeteiligungsgesetzes schaffte es jedoch am Ende der vergangenen Legislaturperiode gar nicht erst ins Plenum. Experten hatten verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet, Teilen von CDU und CSU gingen die Vorschläge nicht weit genug.

CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter bedauert das Scheitern des Projekts. „Eine gelungene Reform wäre ein wichtiger Beitrag dazu gewesen, die Bündnisfähigkeit Deutschlands zu erhöhen und dem Credo, mehr Verantwortung übernehmen zu wollen, mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen.“ Es sei geplant gewesen, die Informationspflichten der Regierung zu verstärken, Einsätze zu evaluieren und jährlich eine sicherheitspolitische Debatte im Bundestag zu führen. „Damit wäre die Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber dem Parlament deutlich erhöht worden“, urteilt er. Mit der Reform hätte die Regierung „ein politisches Signal der Verlässlichkeit an die Verbündeten gesendet“, bedeutet auch der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Nils Schmid. Die Liberale Strack-Zimmermann betont: „Im Lichte der angestrebten Schaffung von EU- und Nato-Einsatzkräften wollen wir den Parlamentsvorbehalt weiter entwickeln, um gemeinsame Einsätze zu erleichtern. Das aber natürlich nur unter voller Berücksichtigung der Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts.“

»Legitimität und Akzeptanz« AfD, Linke und Grüne warnen indes vor einer Aufweitung des Parlamentsvorbehalts. Bei Auslandseinsätzen werde über Leben und Tod entschieden, betont der Linke-Abgeordnete Neu. „Die Mechanismen dürfen daher keineswegs aufgrund fadenscheiniger Bündnisverpflichtungen relativiert werden.“ Viele die parlamentarische Kontrolle weg, fänden sich deutsche Soldaten „in allen Winkeln unserer Erde wieder“, fürchtet der AfD-Abgeordnete Lucassen.

Für Frithjof Schmidt (Bündnis 90/Die Grünen) erhalten Auslandseinsätze ihre Legitimität und Akzeptanz durch die Debatten und Entscheidungen im Bundestag. Wie die Linke drängt seine Fraktion darauf, die Kompetenzen des Parlaments zu stärken statt zu schwächen. So sollten dessen Informationsrechte bei Einsätzen von KSK-Spezialkräften verbessert werden. Doch es scheint beim Status quo zu bleiben, ein neuer Reformanlauf ist nicht in Sicht. Was Nils Schmid nicht schlimm findet. „Es besteht auch unter der gegebenen Rechtslage keine Gefahr für die Erfüllung unserer Bündnisverpflichtungen“, betont der SPD-Abgeordnete. „Deshalb sollten wir auf Grundlage des bestehenden Gesetzes, das sich seit Jahren bewährt hat, weiterarbeiten.“

Johanna Metz ||

Nicht ohne das Parlament

RECHT Das Parlamentsbeteiligungsgesetz regelt die Kompetenzen des Bundestages bei bewaffneten Auslandseinsätzen

Ob Afghanistan, Mali oder Kosovo: Kein deutscher Soldat darf in einen bewaffneten Auslandseinsatz, bevor der Bundestag zugestimmt hat. Diesen Parlamentsvorbehalt regelt seit 2005 das Parlamentsbeteiligungsgesetz, das umsetzt, was das Bundesverfassungsgericht in seinem „Out-of-Area-Urteil“ von 1994 klargestellt hatte.

Laut Gesetz muss die Koalition den Abgeordneten jedes Mandat zur Billigung vorlegen und genaue Informationen dazu liefern. Konkret müssen Einsatzort, Einsatzgebiet, rechtliche Grundlagen, die Zahl der eingesetzten Soldaten und deren militärische Fähigkeiten, die geplante Dauer des Einsatzes und seine voraussichtlichen Kosten aufgeführt werden. In der Praxis werden die Mandate auf maximal zwölf Monate begrenzt. Der Bundestag kann seine Zustimmung aber jederzeit widerrufen und die Beendigung der Mission fordern. Änderungen kann er nicht vornehmen. Soll ein Mandat unverändert verlängert werden, kann das im sogenannten verlein-

fachten Verfahren geschehen. Dann muss sich nicht der gesamte Bundestag, sondern nur noch ein Kreis bestehend aus den Vorsitzenden der Fraktionen und der Ausschüsse für Außen und Verteidigung sowie deren Obleute mit dem Mandat befassen. Gleiches gilt, wenn es sich nicht um Kampfeinsätze, sondern zum Beispiel um humanitäre Hilfseinsätze handelt, und Soldaten ausschließlich zur Selbstverteidigung bewaffnet werden.

Eine Ausnahme vom Parlamentsvorbehalt macht das Parlamentsbeteiligungsgesetz bei „Gefahr in Verzug“ und der „Rettung von Menschen aus besonderen Gefahrenlagen“. In solchen Fällen muss die Regierung die Zustimmung des Parlaments unverzüglich nachträglich einholen. Lehnen die Abgeordneten den Einsatz ab, muss dieser sofort abgebrochen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Passage 2011 bekräftigt, nachdem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Organklage eingereicht hatte. Anlass war der Einsatz bewaffneter Bundeswehrsoldaten im Februar desselben Jahres im Osten Libyens.

Eine Ausnahme gilt bei Gefahr in Verzug und der Rettung von Menschenleben.

Die Soldaten hatten binnen Stunden 132 Europäer – darunter 22 Deutsche – aus dem Bürgerkriegsland evakuiert, ohne den Bundestag vorab zu informieren. Die Richter entschieden: Der Einsatz war durch das Parlamentsbeteiligungsgesetz gedeckt. Die Zustimmung der Abgeordneten müsse die Bundesregierung nachträglich nicht mehr einholen, da die Mission nach kürzester Zeit abgeschlossen war. Wohl aber müsse sie den Bundestag unverzüglich schriftlich über die Entscheidungsgrundlagen und den Einsatzverlauf unterrichten.

Angesichts der zunehmenden Integration der Bundeswehr in Bündnisse wie Nato und EU sowie in multinationale Verbände haben Sicherheitsexperten in den vergangenen Jahren diskutiert, ob der Parlamentsvorbehalt bei Auslandsmissionen der Bundeswehr noch zeitgemäß ist und das Parlamentsbeteiligungsgesetz reformiert werden muss. Lähmt das Einspruchsrecht der Abgeordneten die Einsatzfähigkeit der deutschen Streitkräfte? Beschädigt es gar den Ruf der Bundesrepublik bei den Bündnispartnern?

Die eigens vom Bundestag eingesetzte „Kommission zur Überprüfung und Sicherung des Parlamentsrechts bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“ – wegen ihres Vorsitzenden Volker Rühe (CDU) kurz auch „Rühe-Kommission“ genannt – entschied: Nein, das Parlament habe bisher keinen Auslandseinsatz verhindert. In ihrem im Juni 2015 vorgelegten Abschlussbericht (18/5000) empfahl sie daher, den Parlamentsvorbehalt grundsätzlich zu wahren. Doch sollte gesetzlich geregelt werden, bei welchen Einsatztypen eine Zustimmung des Bundestages künftig nicht mehr erforderlich sein soll. Genannt wurden Erkundungsmissionen und Ausbildungsmissionen, aber die Entsendung von Offizieren in internationale Stäbe, sofern diese außerhalb von Kampfgebieten eingesetzt würden.

Gescheiterte Novelle CDU/CSU und SPD legten im Januar 2016 einen darauf basierenden Gesetzentwurf (18/7360) vor, der auch die Informations- und Kontrollrechte des Bundestages stärken sollte. Die Unionsfraktion zog ihre Zustimmung dazu jedoch überraschend zurück, da es nicht gelungen sei, die Befugnisse der Regierung auszuweiten, wie eine Sprecherin der Fraktion erklärte.

joH ||

Anwalt der Truppe

WEHRBEAUFTRAGTER Aufgaben und Herausforderungen

In beinahe jedem Gespräch mit Soldaten höre er Klagen über die Bundeswehr und die Innere Führung, schreibt der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels in seinem Jahresbericht 2017. Das klingt anstrengend, doch es ist Teil seines Auftrags: den Schutz der Grund- und Menschenrechte in der Bundeswehr zu gewährleisten (siehe auch Interview auf Seite 9).

Seit 1956 ist der Wehrbeauftragte ein Hilfsorgan des Bundestages. Er soll laut Artikel 45b des Grundgesetzes den Bundestag dabei unterstützen, die parlamentarische Kontrolle über die Bundeswehr zu wahren. 1959 nahm der Parteilose Helmuth von Grolman als erstes dieses Amt auf. Aktuell gibt es mit dem ehemaligen SPD-Abgeordneten Bartels den zwölften Wehrbeauftragten. Von 1995 bis 2000 war mit Claire Marienfeld-Czesla die bisher einzige Frau im Amt.

Der Wehrbeauftragte wird für fünf Jahre mit absoluter Mehrheit vom Bundestag gewählt. Seine Aufgaben und Befugnisse regelt, zusätzlich zum Grundgesetz-Artikel, das Wehrbeauftragten-Gesetz. Danach steht ihm ein umfangreiches Recht auf Auskunft gegenüber der Verteidigungsministerin zu. Auch kann er unangemeldet alle Dienststellen der Bundeswehr besuchen. Er handelt aus eigener Verantwortung he-

raus oder im Auftrag der Soldaten. Doch auch auf Weisung des Bundestages oder des Verteidigungsausschusses muss er Vorgehens prüfen.

Öffentlich in Erscheinung tritt er vor allem mit seinem Jahresbericht. Im Zentrum steht dabei die Innensicht: 2.528 persönliche Eingaben hat der Wehrbeauftragte im vergangenen Jahr von Soldaten, deren Familienangehörigen, Reservisten oder anderen Personen erhalten. Er ist somit auch der „Kummerkasten“ der Soldaten – und vor allem ihr Ombudsmann. Auf direktem Weg können alle, vom Wehrdienstleistenden bis zum hochrangigen Offizier, ihre Anliegen mitteilen.

Alltägliche Probleme Öffentlich diskutiert werden dabei vor allem die extremen Fälle wie überzogene Härte oder menschenunwürdige Rituale. Auf Wunsch muss der Wehrbeauftragte mit diesen Informationen vertraulich umgehen. Fälle von sexueller Belästigung oder von vermutetem Rechtsextremismus muss er jedoch melden.

Oft sind es aber ganz alltägliche Probleme, gegen die der Wehrbeauftragte im Namen der Truppe kämpft: die langsame Verwaltung, Schimmel in Kasernen und schlechtes Essen.

Michelle Trimborn ||





Ein Ausbilder der Bundeswehr und malische Soldaten bei einer Übung im Rahmen der europäischen Trainingsmission EUTM Mali.

© picture-alliance/dpa

Von Pristina bis Bamako

MANDATE Die Bundeswehr ist an elf bewaffneten Auslandseinsätzen mit derzeit rund 3.500 Soldaten beteiligt

Die Bedenken sind erheblich und machen auch vor den die Regierung tragenden Parteien CDU, CSU und SPD nicht halt: Als der Bundestag im Dezember 2015 erstmals beschloss, die Bundeswehr als Teil einer internationalen Koalition gegen den „Islamischen Staat“ in Syrien einzusetzen, gab es Zweifel, ob es für diesen Einsatz völker- und verfassungsrechtlich eine tragfähige Grundlage geben könnte. Vor allem Vertreter von Grünen und Linken monierten damals, dass die Bundeswehr ohne klares UN-Mandat in einer „Koalition der Willigen“ agieren sollte. Die Kriterien, nach denen deutsche Streitkräfte außerhalb des Nato-Bündnisgebietes eingesetzt werden können, hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 12. Juli 1994 formuliert. Demnach kann sich Deutschland gemäß Artikel 24 des Grundgesetzes Systemen kollektiver Sicherheit anschließen und sich daraus ergebende Pflichten wie militärische Einsätze „out of area“, also außerhalb der eigenen Landes- und Bündnisgrenzen übernehmen. Das heißt, dass die Bundeswehreinsätze zwingend in einen multilateralen Handlungsrahmen eingebunden sein müssen, also unter einem Mandat der Vereinten Nationen, der EU oder im Rahmen der Nato.

Das Urteil fiel damals in eine Zeit des Umbruchs: Das gerade wiedervereinigte und viel mit sich selbst beschäftigte Deutschland brauchte einige Zeit, um sich darauf einzustellen, dass sich die globale Sicherheitslage in Europa und der Welt massiv verändert hatten und Partner und Verbündete nun einen größeren Beitrag der Deutschen zu bewaffneten Friedensmissionen einforderten. Das Ende des Kalten Krieges in Europa wurde zu einer Zäsur für die Truppe, die sich fortan in ihrem Auftrag und mehr und mehr auch im Selbstverständnis von einer Verteidigungs- zu einer Einsatzarmee gewandelt hat.

Personaleinsatz Heute befinden sich knapp 3.500 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in insgesamt elf bewaffneten Auslandseinsätzen, für die ein Bundestagsbeschluss vorliegen muss, die meisten von ihnen in Afghanistan, Mali, Syrien/Irak und im Kosovo. Seit Anfang der 1990er Jahre war die Truppe an mehr als 50 Auslandseinsätzen beteiligt. 108 Soldaten und eine Soldatin kamen dabei ums Leben, mehr als die Hälfte von ihnen in Afghanistan. Nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums verursachten die Auslandseinsätze bis August 2017 Zusatzausgaben von

fast 21 Milliarden Euro. Der höchste Personaleinsatz wurde im Juni 2002 mit mehr als 10.000 ins Ausland entsandten Soldaten erreicht. Schon der erste einschneidende Einsatz war heftig umstritten: Als die Bundeswehr 1999 an Nato-Operation „Allied Force“ gegen Jugoslawien im Rahmen des Kosovokrieges teilnahm, geriet die damals frisch gewählte rot-grüne Bundesregierung rasch in Erklärungsnot. Sie konnte letztlich nur mit dem Rechtfertigungskonstrukt einer „humanitären Intervention“ argumentieren, mit der Warnung nämlich, dass ohne dieses militärische Eingreifen ein Völkermord an den Kosovo-Albanern zu befürchten sei. Der damalige Außenminister Joschka Fischer (Grüne) sprach gar von einem „neuen Auschwitz“. Kritiker aber haben die Begründung einer „humanitären Intervention“ nicht geteilt und die Nato-Intervention völkerrechtswidrigen Angriffskrieg bewertet. Im Gegensatz zur KFOR-Mission zur Stabilisierung des Kosovo, an der die Bundeswehr seit 1999 teilnimmt, hat kein UN-Mandat für einen bewaffneten Einsatz vorgelegen. Neben Kampfeinsätzen wie anfangs im Kosovo und Afghanistan stehen heute Überwachungseinsätze wie die Einsätze im Mittelmeer (Sea Guardian, UNIFIL vor der Küste Libanons, Atalanta am Horn

von Afrika) und zunehmend Ausbildungsmissionen wie in Mali und Irak im Mittelpunkt. Unter dem Stichwort „Ertüchtigung“ sollen regionale Akteure in die Lage versetzt werden, selbst für Sicherheit zu sorgen. Die Institutionen von Staaten sowie Organisationen, die als Stabilitätsanker in unsicheren Weltregionen dienen können, sollen ausgebildet und befähigt werden, ein sichereres Umfeld zu schaffen. Allerdings birgt diese sogenannte Ertüchtigungsinitiative auch Risiken, erst recht, wenn mit ihr Rüstungsexporte in Krisengebiete verbunden sind: So wurde der Bundesregierung im Falle des der EUTM-Somalia-Mission vorgeworfen, dass überhaupt nicht klar sei, wem die durch Bundeswehrfachkräfte ausgebildeten somalischen Soldaten im Anschluss eigentlich dienen, wenn die somalische Armee nicht einmal in der Lage ist, den Sold zu bezahlen. Und im Falle der Ausbildung und Ausrüstung der kurdischen Peschmerga im Irak im Kampf gegen den „Islamistischen Staat“ warnten Kritiker, dass man mit dem bewährten Grundsatz breche, keine Waffen in Spannungs- und Krisengebiete zu liefern und damit letztlich womöglich Konfliktparteien ertüchtige, Streitigkeiten militärisch und auf eigene Faust zu lösen.

Für die Bundeswehr bedeutete der Wandel von der Verteidigungs- zur Einsatzarmee viel mehr als „nur“ die Umstellung von Ausbildung und Ausrüstung. Für die Soldaten sind mit Blick auf Auslandsentsendungen über die Jahre neben dem Parlamentsbeteiligungsgesetz (siehe Beitrag Seite 4 unten) eine Reihe von Gesetzen geschaffen oder angepasst worden. Soldaten, die beim Auslandseinsatz verletzt worden sind, im Todesfall auch Hinterbliebenen, stehen nach dem Soldatenversorgungsgesetz und dem Einsatzversorgungsgesetz staatliche Leistungen zu. Nach dem Einsatz-Weiterverwendungsgesetz haben Soldaten außerdem Anspruch auf eine Schutzzeit, in der sie wieder versetzt noch aus der Bundeswehr entlassen werden dürfen. Bei schweren Beeinträchtigungen gibt es außerdem einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung bei der Bundeswehr oder im öffentlichen Dienst. Auch die Einsatzfahrer der Rückkehrer rückte mit den Jahren immer mehr in den Vordergrund und führte schließlich zu der Frage, welcher Platz und welche Anerkennung ihnen als „Veteranen“ zuzuerkennen sei. Der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) lieferte 2013 eine Beschreibung: Veteran oder Veteranin sei, „wer ehrenhaft aus dem aktiven Dienst in der Bundeswehr ausgeschieden ist und als

Angehöriger der Bundeswehr im Ausland an mindestens einem Einsatz oder einer besonderen Verwendung im Rahmen von humanitären, friedenserhaltenden oder friedensschaffenden Maßnahmen teilgenommen hat“. Seit Anfang der 1990er Jahre waren mehrere Hunderttausende Soldatinnen und Soldaten an Auslandseinsätzen beteiligt.

Gedenken Um der Gefallenen zu gedenken, bestehen in den Einsatzländern Ehrenmale der Bundeswehr, deren Teilstreitkräfte außerdem Koblenz, Laboe und Fürstentum Ehrenmale pflegen. Beim Einsatzführungs-kommando der Bundeswehr in Geltao bei Potsdam gibt es zudem den Wald der Erinnerung vor allem als Ort privater Erinnerung für Angehörige von gefallenen Bundeswehrosoldaten. Und in Berlin wurde 2009 ein zentrales Ehrenmal eingeweiht, das der über 3.200 Angehörigen der Bundeswehr gedenkt, die seit Gründung 1955 im Dienst ihr Leben verloren haben.

Alexander Heinrich II



Auslandseinsätze der Bundeswehr

Nr.	Mission Name	Missionstyp	Auftrag	Kontingent
1.	MINURSO	UN-Mission	Einsatz Mission der Vereinten Nationen in der Westsahara, Bundeswehr seit 2013 beteiligt, kein Bundestagsmandat, da unbewaffneter Einsatz	Derzeit drei Soldaten, die Mandatsobergrenze liegt bei 20 Soldaten.
2.	SEA GUARDIAN	EU-Mission	Einsatz Seit 2016 Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Nato-Operation im Mittelmeer	Derzeit sind 210 Soldaten im Einsatz, die Mandatsobergrenze liegt bei 650 Soldaten.
3.	STRATAIRMEDEVAC	UN-Mission	Einsatz Verwundetenlufttransport aus den Einsatzgebieten im Ausland, kein Mandat nötig	Die Bundeswehr hält für diesen Einsatz 42 Soldaten bereit.
4.	MINUSMA	UN-Mission	Einsatz Beteiligung an der VN-Stabilisierungsmission in Mali seit 2013	Es können bis zu 1.100 Soldaten eingesetzt werden, derzeit sind 881 Soldaten entsendet.
5.	EUTM MALI	EU-Mission	Einsatz Beteiligung an der EU-geführten Ausbildungsmission seit 2013	Derzeit sind 143 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz, die Mandatsobergrenze liegt bei 350.
6.	UNMISS	UN-Mission	Einsatz Beteiligung an der Friedensmission im Südsudan seit 2007	Derzeit sind 14 Soldaten entsendet, eingesetzt werden können bis zu 50 Soldaten.
7.	UNAMID	UN-Mission	Einsatz Beteiligung an der Hybrid-Mission der VN und der Afrikanischen Union in Darfur im Sudan seit 2007	Derzeit sind acht Soldaten im Süden des Landes stationiert, die Mandatsobergrenze liegt bei 50 Soldaten.
8.	KFOR	NATO-Mission	Einsatz Beteiligung an der Nato-Sicherheitsstruppe Kosovo	Derzeit sind 362 Soldaten im Einsatz, die Mandatsobergrenze liegt bei 800 Soldaten.
9.	RESOLUTE SUPPORT	NATO-Mission	Auftrag Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte, taktischer Lufttransport, Verwundetenlufttransport	Mit derzeit 1.141 Soldaten der personell umfangreichste Bundeswehreinsatz: Entsendet werden können bis zu 1.300 Soldaten.
10.	UNIFIL	UN-Mission	Einsatz Beteiligung der Mission der Vereinten Nationen im Libanon seit 2006	Im Einsatz sind gegenwärtig 115 Soldatinnen und Soldaten, das Mandat sieht die Entsendung von bis zu 300 vor.
11.	ATALANTA	EU-Mission	Einsatz Beteiligung an der EU-Mission an der Küste Somalias seit 2008	Derzeit sind 21 Soldaten im Einsatz, entsendet werden können bis zu 600 Soldaten.
12.	OPERATION SOPHIA	EU-Mission	Einsatz Beteiligung an der EU-NAVFOR MED-Operation im Mittelmeer seit 2015	Gegenwärtig sind 99 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz, die Mandatsobergrenze liegt bei 950.
13.	ANTI-IS-EINSATZ	UN-Mission	Einsatz Beteiligung an der Bekämpfung des IS-Terrors und zur Stabilisierung Iraks seit 2015	Auftrag Aufklärung, Tankflugzeuge, See- und Luftraumüberwachung und Beteiligung an AWACS-Flügen der Nato, Führungsausbildung der irakischen Streitkräfte
14.	AGÄISCHES MEER	EU-Mission	Einsatz Im Rahmen des ständigen Nato-Marineverbands in der Ägäis, kein Bundestagsmandat nötig, da kein Einsatz, sondern eine Verwendung vorliegt	Lagebilderstellung für die griechische und türkische Küstenwache, Verhinderung von Schleppernetzwerken
15.	UNSMIL	UN-Mission	Einsatz Unterstützungsmission der UN in Libyen	Die Bundeswehr besetzt seit März 2018 den Dienstposten des „Senior Military Advisor“ (SMA) des UN-Sondergesandten mit einem Offizier im Rang eines Generalmajors für die Dauer eines Jahres.

Quelle: Bundeswehr und Bundesregierung Grafik: Stephan Roters



Ziel Osteuropa: US-Streitkräfte starten auf der Autobahn 2 bei Bielefeld zu ihrer langen Fahrt nach Polen.

© picture-alliance/Friso Gentsch/dpa

Auf dem Weg nach Osten

BÜNDNISVERTEIDIGUNG Großmanöver gehören wieder zum Straßenbild. Risiko des »eingefrorenen« Ukraine-Konflikts

Amerikanische Militärfahrzeuge, die auf deutschen Straßen in Konvois unterwegs nach Osten sind: Dieses ungewohnte Bild bot sich Autofahrern im vergangenen Juni in zahlreichen Bundesländern. Ein Teil der Kolonnen, die 3.000 Mann starke „Ironhorse-Brigade“, war in Antwerpen auf dem Seeweg eingetroffen und durchquerte nun Deutschland, um in Polen die „Dagger-Brigade“ nach ihrem neunmonatigen Einsatz abzulösen. Ihr Marschziel hätte sie auch einfacher und schneller erreichen können, wäre man statt in einem belgischen direkt in einem polnischen Hafen an Land gegangen. Man zog es jedoch vor, die Ablösung in Form der Verlegung „Atlantic Resolve“ vorzunehmen, in der trainiert wird, wie in einem Ernstfall amerikanische Verstärkungskräfte möglichst schnell an Konfliktschauplätze im Osten Europas herangeführt werden können. Weitere amerikanische Truppen hatten sich im gleichen Zeitraum von Standorten in Süddeutschland nach Osten aufgemacht, um in Polen und den baltischen Staaten an der Nato-Größübung „Saber Strike“ teilzunehmen.

»Mit der Annexion der Krim hatte Russland die rote Linie überschritten.«

Wieder Großmanöver Ein Vierteljahrhundert lang hatte man in Europa geglaubt, dass Manöver dieser Art und Größenordnung der Geschichte angehören würden. Der Kommunismus in Ostmittel- und Osteuropa war überwunden. Der Warschauer Pakt hatte sich aufgelöst. Die Sowjetunion war zerfallen. Die Nato wuchs um immer neue Mitglieder bis hin zu ehemaligen Sowjetrepubliken. Sie sah sich in der neuen Rolle des Garanten einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung. In deutscher Lesart hieß dies, dass man nur noch von Freunden und Partnern umgeben sei. Die verteidigungspolitischen Grundlagenpapiere dieser Jahre leugneten zwar keineswegs, dass Szenarien der Landes- und Bündnisverteidigung prinzipiell nicht ausgeschlossen werden könnten. Man stufte sie jedoch als höchst unwahrscheinlich ein. Guten Gewissens ließ sich der Schwerpunkt der Streitkräfteplanung bei schrumpfenden Budgets und Personalstärken auf Auslandseinsätze wie in Afghanistan, am Horn von Afrika oder auf dem westlichen Balkan legen.

Die soeben in Kraft getretene „Konzeption der Bundeswehr“ spricht eine andere Sprache. Landes- und Bündnisverteidigung haben wieder einen zentralen Stellenwert. Damit gibt das Grundlagendokument für

die Planung der deutschen Streitkräfte allerdings keine gänzlich neue Richtung vor. Es fixiert bloß, was bereits seit vier Jahren mehr und mehr die militärische Praxis ausmacht. Auf dem Gipfel von Wales hatten die Nato-Mitglieder im September 2014 ihre Schlussfolgerungen aus der Ukraine-Krise gezogen und sich zu einer neuen Strategie gegenüber Russland durchgerungen. Seither steht das Ziel im Vordergrund, die militärischen Fähigkeiten des Bündnisses so zu stärken, dass die Beistandsverpflichtung gemäß Artikel V des Nato-Vertrages jedem potentiellen Aggressor als glaubwürdig erscheinen muss und ihn daher von Feindseligkeiten abschreckt. Der Kurswechsel war die Konsequenz einer Entfremdung zwischen Russland und der Nato, die sich seit mehreren Jahren abzeichnete. Bereits der harsche Auftritt von Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar

2007 konnte als Indiz dafür aufgefasst werden, dass an eine vertrauensvolle Partnerschaft mit Moskau nicht länger zu denken war. Der Einmarsch Russlands in Georgien im Jahr darauf bestätigte dies auf dramatische Weise. Das Vorgehen gegen die Ukraine weitere sechs Jahre später konnte daher nicht überraschen, auch wenn mit der Entschlossenheit Moskaus, die Eskalation so weit zu treiben, nicht unbedingt zu rechnen war.

Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim und der in zynischer Offenheit betriebenen Unterstützung von separatistischen Bürgerkriegsmilizen im Osten und Südosten der Ukraine wurde eine rote Linie überschritten. Der Nato blieb keine andere Wahl, als die alte Abschreckungslogik des Kalten Krieges erneut zu bemühen.

Bereits die Einmütigkeit, die das Bündnis hierbei an den Tag legte, dürfte das Kalkül des Kremls durchkreuzt haben, schien es doch auch zahlreichen Kritikern im Westen zu einem bloß noch zu unverbindlichen Resolutionen fähigen Papiertiger verkommen. Doch auch die Nato-Mitglieder, die weit außerhalb der Reichweite möglicher russischer Aggressionen liegen, ließen es nicht an Solidarität mit jenen mangeln, die solche befürchten müssen. Insbesondere die baltische Staaten leben als ehemalige Sowjetrepubliken (und auch Bestandteil des einstigen Zarenreiches) unter dem Damoklesschwert, dass Russland ihnen gegenüber Sonderrechte im Sinne der Doktrin des „nahes Auslandes“ beanspruchen könnte – zumal in Estland und Lettland auch noch eine starke russischsprachige Minorität mit teilweise eingeschränkten Bürgerrechten lebt, zu deren Schutz sich Moskau berufen fühlen könnte. Das Gros der Maßnahmen, die der 2014 beschlossene und auf dem Warschauer Gipfel von 2016 verfeinerte und ergänzte „Readiness Action Plan“ der Nato vorsieht, verfolgt daher das Ziel, die Verteidigung des Balti-

kums und darüber hinaus Polens als eine Aufgabe des gesamten Bündnisses deutlich zu machen. Für die betroffenen Staaten war und ist es dabei wichtig, dass gerade die USA Verantwortung übernehmen. Unter der Präsidentschaft Barack Obamas war der Eindruck entstanden, dass ihr Interesse an Europa nachlasse und sie sich stattdessen Ostasien zuwenden würden. Obamas Nachfolger Donald Trump ließ durch irrtümliche Bemerkungen die Befürchtung aufkommen, die Amerikaner würden die Nato insgesamt in Frage stellen und sich möglicherweise aus der transatlantischen Solidarität verabschieden. Dazu ist es allerdings nicht gekommen. Die US-Streitkräfte sind eine tragende Säule des verstärkten Engagements der Nato im Osten des Bündnisgebietes.

Deutscher Beitrag Auch die Bundeswehr leistet hier einen zentralen Beitrag, der sie an die Grenze ihrer heutigen Möglichkeiten führt. Im Rahmen der auf dem Warschauer Gipfel im Juli 2016 beschlossenen

Initiative „Enhanced Forward Presence“ setzt die Nato vier multinationale Kampfgruppen in einer Stärke von jeweils knapp über 1.000 Soldatinnen und Soldaten in Estland, Lettland, Litauen und Polen ein. Die „Nato-Battlegroup Lithuania“ wird durch Deutschland geführt; die Bundeswehr stellt nahezu die Hälfte ihres Personals. Verstärkt hat die Bundeswehr auch ihre Beteiligung am Multinationalen Korps Nordost, das im polnischen Stettin stationiert ist und die Aufgabe eines Hauptquartiers für Landoperationen an der Nordostflanke des Bündnisses übernehmen kann. Ab September sind Eurofighter der Luftwaffe von der estnischen Basis Ämari aus erneut an der Luftraumüberwachung im Baltikum beteiligt. Die Deutsche Marine wird ab 2019 in Rostock ein Baltic Maritime Component Command (Marinekommando Ostsee) aufbauen, das in der Mitte des nächsten Jahrzehnts einsatzbereit und zur Führung von Seeoperationen der Nato (und der EU) befähigt sein soll. In Ulm

entsteht zur Zeit unter Federführung der Streitkräftebasis ein „Joint Support and Enabling Command“ der Nato, das Truppenverlegungen koordinieren und Übungen gestalten soll. Eine besonders anspruchsvolle Aufgabe übernimmt das Heer bereits zur Jahreswende mit der Verantwortung für die Landkomponente der „Nato-Speerspitze“. Diese „Very High Readiness Joint Task Force“ (VJTF) hat als brigadähnlicher Großverband eine Personalstärke von etwa 8.000 Soldatinnen und Soldaten; knapp die Hälfte stellt die Bundeswehr. Die Anforderung an die Bereitschaft ist hoch. Die VJTF soll im Bedarfsfall innerhalb von 48 bis 72 Stunden an jedem Ort sein, an dem sie benötigt wird. Problematisch ist noch die materielle Ausstattung der deutschen Truppenteile. Das Heer muss Ausrüstung aus anderen Bereichen abziehen, um die VJTF-Kräfte vollständig auszurüsten. Dieser Engpass soll aber bis 2023 überwunden sein. Voraussetzung dafür ist, dass der Verteidigungshaushalt tatsächlich, wie geplant,

weiter steigt. Diese „Trendwende Finanzen“ beschränkt sich nicht auf Deutschland. Nahezu alle Nato-Partner geben mehr Geld für ihre Streitkräfte aus, auch wenn sie von dem von Donald Trump eingeforderten Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Verteidigung zu investieren, weit entfernt sind (und bleiben). Die Größenordnung von drei und mehr Prozent, die vor 1989 üblich war, steht sowieso nicht zur Debatte. Von einem neuen „Kalten Krieg“ zu sprechen, ist aber nicht bloß unter diesem Gesichtspunkt fragwürdig. Das heutige Russland ist nicht die Sowjetunion, und einen Warschauer Pakt gibt es auch nicht mehr. Wir haben es aber in der Ukraine mit einem weiteren „frozen conflict“ zu tun, einem eingefrorenen Konflikt, für den eine Lösung nicht in Sicht ist. Dies ist zwar kein neuer „Kalter Krieg“, aber problematisch genug.

Peter Boßdorf

Der Autor ist Fachjournalist für Sicherheitspolitik.

Nur gefragt als Helfer in der Not

BUNDESWEHR IM INNERN Vor dem Einsatz militärischer Mittel in der Bundesrepublik stehen hohe Hürden

Seit dem 4. August hat das italienische Heer einen neuen Einsatzauftrag: 3.000 Soldatinnen und Soldaten sollen im Rahmen der Operation „Strade Sicure“ vor allem in der Nähe touristischer Attraktionen Posten beziehen, um Kriminelle abzuschrecken. Schwer bewaffnete Militärs, die Objekte bewachen oder durch Straßen patrouillieren, sind auch in anderen europäischen Ländern alle andere als ungewöhnlich. Ob ihr Einsatz tatsächlich einen operativen Wert hat, ist umstritten. Der psychologische Effekt steht hingegen außer Frage. Die Bürger scheinen die Militärpräsenz mehrheitlich als Signal zu begrüßen, dass die Regierung vor keinem Mittel zurückschreckt, um dem Rechtsstaat Geltung zu verschaffen.

Politisch nicht gewollt Ein vergleichbarer Einsatz der Bundeswehr im Innern ist politisch nicht gewollt und würde von der Bevölkerung vielleicht auch eher mit Befremden zur Kenntnis genommen werden. Vor allem aber stünden ihm rechtliche Schranken entgegen. Die Diskussion über den Beitrag der Bundeswehr zur inneren Sicherheit ist daher vor allem eine juristische. Die Frage, wie in ganzheitlicher Betrachtung ein optimaler Schutz der Bevölkerung gewährleistet werden kann, tritt hinter Debatten zurück, wie unsere Verfassung in dieser Hinsicht korrekt auszulegen ist. Das Grundgesetz definiert die Verteidigung gegen äußere Bedrohungen als die eigentliche Aufgabe deutscher Streitkräfte. Zu anderen Zwecken dürfen sie nur eingesetzt werden, wenn die Verfassung dies ausdrücklich zulässt. Jenseits des vom Deutschen Bundestag zu erklärenden Verteidigungs- oder Spannungsfalls, hier kämen der Bundeswehr zur Abwehr eines äußeren

Aggressors selbstredend auch Aufgaben im Innern zu, lassen sich drei Szenarien unterscheiden. Das weitreichendste Szenario ist der innere Notstand. Das Grundgesetz (Artikel 87a, Absatz 4) erlaubt einen Einsatz der Bundeswehr auch mit genuin militärischen Mitteln, wenn der Bestand der demokratischen Grundordnung durch bewaffnete Aufständische bedroht ist und polizeiliche Kräfte nicht ausreichen, um der Lage Herr zu werden. Unter der ähnlichen Voraussetzung, dass zivile Kräfte alleine eine erfolgreiche Krisenbewältigung nicht gewährleisten können, darf die Bundeswehr gemäß Artikel 35, Absatz 2 des Grundgesetzes zudem bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, hierbei kann es sich auch um einen terroristischen

Anschlag handeln, Aufgaben übernehmen. Sie handelt dabei nicht in eigener Regie, sondern im Auftrag und im Rahmen der Gesamtverantwortung einer zivilen Behörde. In der Vergangenheit wurde das Grundgesetz so ausgelegt, dass ein derartiger Einsatz nicht mit (militärischen) Waffen erfolgen dürfe.

Gericht schwenkt um Hier ist das Bundesverfassungsgericht 2012 mit einer seiner seltenen Plenarentscheidungen (alle Richter entscheiden und nicht nur ein Senat) umgeschwenkt. Das Grundgesetz, so die heute herrschende Meinung, lasse diese Frage offen. Allerdings sei ein bewaffneter Einsatz nur als ultima ratio bei „Ereignissen von katastrophischen Dimensionen“ legitim.

Gibt es zur Praktikabilität dieser Versuche, Ausnahmesituationen rechtlich zu normieren, abseits der 2017 ausgerichteten „Gemeinsamen Terrorismusabwehr-Exercise“ (GETEX) von Polizei und Bundeswehr noch keine Erfahrungswerte, so ist die Amtshilfe, die die Streitkräfte gemäß Artikel 35 Absatz 1 des Grundgesetzes leisten, nahezu alltägliche Praxis. Hoheitliche Aufgaben sind ihr hierbei nicht übertragen. Ihre Unterstützung beschränkt sich auf technische und personelle Hilfestellung. In jüngster Zeit hat die Bundeswehr in diesem Rahmen etwa Länder und Kommunen in der Flüchtlingshilfe unterstützt. Besonders gefragt ist die Bundeswehr, wo es nicht allein personelle Engpässe zu überbrücken gilt, sondern sie auch Fähigkeit beisteuern kann, über die zivile Behörden nicht oder bloß eingeschränkt verfügen. Solche kann sie etwa bei der Abwehr atomarer, biologischer und chemischer Bedrohungen, der Aufklärung, der Kampfmittelbeseitigung und der Sicherung des Luftraums einbringen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde lange darüber diskutiert, wie zu verfahren wäre, wenn Terroristen ein Zivilflugzeug kapern und etwa auf ein voll besetztes Fußballstadion steuern wollen. Das 2005 in Kraft getretene Luftsicherheitsgesetz formulierte darauf die Antwort. Ein zentraler Punkt der ursprünglichen Fassung des Gesetzes war jedoch nach Meinung des Bundesverfassungsgerichtes nicht mit dem Grundgesetz vereinbar: Sofern sich nicht allein Terroristen an Bord der gekaperten Maschine befinden, darf diese nicht abgeschossen, sondern lediglich abgedrängt werden.

pbo



Bundeswehr-Straßenkontrollen wie hier in Sarajevo (Bosnien-Herzegowina) sind im Inland kaum möglich.

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Auf den ersten Blick ist unklar, was den blauen Bordparka der Marine, der hier in Dresden in einer Vitrine im Militärgeschichtlichen Museum gezeigt wird, museal bedeutsam macht. Schließlich tragen viele Soldatinnen und Soldaten genauso einen, ohne dass das Kleidungsstück in einem Glaskasten landet und mit einer Hinweistafel versehen wird. Doch der in der Elbstadt ausgestellte Parka ist Teil einer besonderen Geschichte, die von einem tiefgreifenden Wandel der Bundeswehr erzählt: der Öffnung der deutschen Armee für Frauen.

Getragen hat den Parka Ende März 2016 Korvettenkapitän Inka von Puttkamer. Die Soldatin übergab damals in Kiel das Kommando über den Minenjäger „Homburg“ an Kapitänleutnant Anna Prehn. Während Prehn bei der Kommandoübergabe im klassischen Dienstanzug antrat, trug von Puttkamer den bequemeren Parka. Denn die scheidende Kommandantin war schwanger. Die Kommandoübergabe von Frau zu Frau war eine Premiere für die Marine. Für von Puttkamer nicht die erste: Im Juni 2013 hatten sie und Kapitänleutnant Helena Linder-Jeß als erste Frauen überhaupt das Kommando über Boote der Marine übernommen. Von Puttkamers eigentlich unscheinbarer Parka fügt sich so in ein sehr modernes Bild einer Armee, in der Frauen ganz selbstverständlich nicht nur führen, sondern – Stichwort: Vereinbarkeit – auch Familien gründen können. Für die Bundeswehr sind die Laufbahnen von Frauen wie von Puttkamer, Linder-Jeß oder Prehn Meilensteine auf dem Weg zur Gleichberechtigung und Ausdruck einer neuen Normalität. Dahinter stehen enorme Integrationsanstrengungen in den vergangenen Jahren – und auch künftig wird wohl noch viel Einsatz erforderlich sein.

Warum die Integration von Frauen in die Männerbastion Armee schwierig ist, das lässt sich in der sehenswerten Dresdener Ausstellung „Gewalt und Geschlecht: Männlicher Krieg – Weiblicher Frieden?“ erkunden, die weit über das Soldatentum hinausgeht und historisch-kulturelle Zusammenhänge zwischen Macht, Geschlecht und Gewalt auslotet. Frauen galten etwa lange schlicht als Gegenstück zum männlichen Krieger und weder körperlich noch vom Naturell her als für das Handwerk des Tötens geschaffen. Die Vorstellung einer mit Waffe dienenden Frau löste Abwehrreaktionen aus: Noch 1975 führte der CSU-Abgeordnete und spätere Wehrbeauftragte Alfred Biehle im Bundestag das sexistische und von der Wehrmachtspropaganda geprägte Feindbild des „Flintenweibes“ östlicher Prägung argumentativ ins Feld, um vor einer Öffnung der Truppe zu warnen.

Die stand damals allerdings gar nicht zur Debatte. Durften Frauen seit Mitte der 1970er Jahre im Sanitätsdienst dienen und seit 1991 in allen Laufbahnen des Sanitäts- und Militärsanitätsdienstes Karriere machen, stehen ihnen erst seit 2001 alle Laufbahnen und der Dienst an der Waffe offen. Deutschland war damit Nato-weit ein Nachzügler – und freiwillig geschah es auch nicht. Tanja Kreil, deren Bewerbung 1996 als Soldatin abgelehnt worden war, erkämpfte sich den Zugang zur Truppe gerichtlich. Der Europäische Gerichtshof entschied vier Jahre später, dass der im Artikel 12a Grundgesetz normierte Ausschluss von Frauen vom Dienst an der Waffe – und damit aus fast allen Teilen der Bundeswehr – gegen das gemeinschaftsrechtliche Gebot der beruflichen Gleichstellung verstoße. Die deutsche Politik fügte sich: Im Januar 2001 zogen die ersten 244 Frauen zum freiwilligen Dienst in die Kasernen ein, Kreil selbst hatte da schon ihre Bewerbung zurückgezogen.

Inzwischen dienen 21.310 Frauen in der Bundeswehr, das entspricht einem Anteil von rund 11,9 Prozent. Damit verfehlt die Truppe bisher die selbstgesteckten Ziele: Weder im Sanitätsdienst (rund 40,2 statt 50 Prozent) noch in den übrigen Truppenteilen (8 statt 15 Prozent) sind die Quoten erreicht, wie auch der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (SPD) in seinem jüngsten Bericht (19/700) festhält. In Frankreich, Kanada und die USA liegt der Frauenanteil bei mehr als 15 Prozent.

Integrationsprobleme Die Bundeswehr war eine zutiefst männliche Organisation, Institutionen, Normen und Vorstellungswelten entsprechend geprägt. Dass die Integration von Frauen nicht ohne Probleme ablaufen konnte, ist aus der Perspektive der Geschlechter- und Organisationsforschung zu erwarten gewesen und wenig verwunderlich. Die Soziologin Orna Sasson-Levy hatte 2003 in einer Arbeit über Frauen in der israelischen Armee beispielsweise festgestellt, dass Soldatinnen dort vor allem versuchten, sich dem männlichen Habitus anzupassen, wenn sie in vormalig männlich-konnotierte Positionen rückten. Zwar gilt in Israel seit 1949 eine allgemeine Wehrpflicht, die Einsatzmöglichkeiten für Frauen waren aber über Jahrzehnte eingeschränkt. Mit der Anpassung, so beobachtete es Sasson-Levy, ginge zudem einher, dass sich die Soldatinnen von klassischen Vorstellungen von Weiblichkeit abgrenzten und erlebte sexuelle Belästigung trivialisierten. Bezogen auf die Bundeswehr stellte eine Studie des Zentrums für Militärgeschichte

Die Kriegerinnen

GLEICHBERECHTIGUNG Soldatinnen machen inzwischen Karriere, doch Vorbehalte in der Truppe bleiben bestehen



Bis 2001 wurden Frauen vom Dienst an der Waffe ausgeschlossen. Inzwischen dienen sie in allen Truppenteilen. Hier zu sehen ist eine Soldatin der Teileinheit 900 des Jägerbataillons 1 aus Hammelburg bei einer Übung.

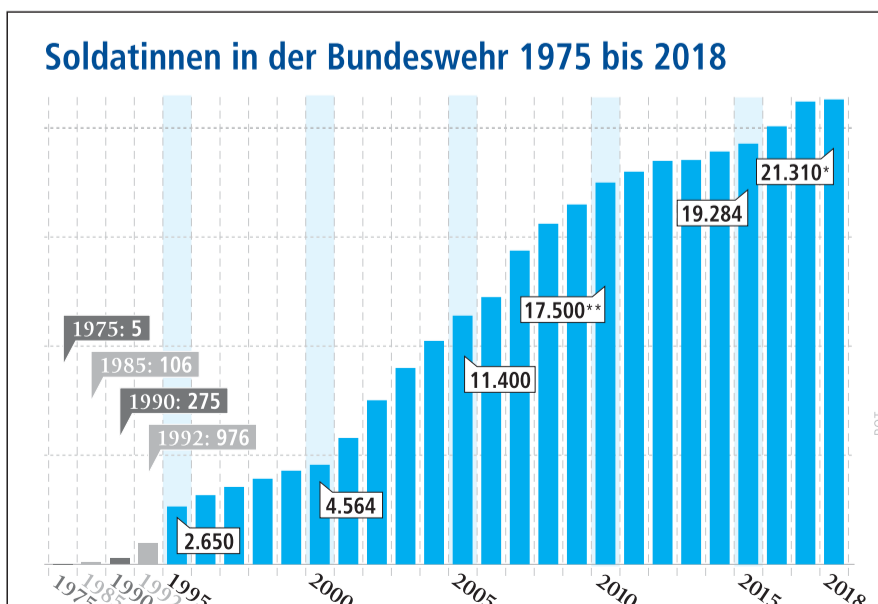
und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), die zuletzt 2014 erschien und auf Daten einer Befragung von 2011 basierte, ebenfalls fest, dass Soldatinnen mehrheitlich auf „eine Strategie der Anpassung an die dominante (männliche) Organisationskultur“ setzten, Sicht- und Verhaltensweisen der dominanten Gruppe übernahmen und sich von der eigenen Gruppe abgrenzten. Die Ergebnisse der Befragung zeigten zudem ein „Bemühen um Normalisierung“ auf Seiten der Soldatinnen. So sank im Vergleich zu einer Befragung von 2005 der Anteil der Frauen, der angab, dass sie selbst beziehungsweise Frauen im Allgemeinen wegen ihres Frau-Seins aufgezo-

Inzwischen dienen 21.310 Frauen in der Bundeswehr, das ist ein Anteil von rund 11,9 Prozent.

gen wurden. Auch dass Frauen mehr Unterstützung erhielten oder in der Einheit von Männern besser behandelt werden, gaben Soldatinnen 2011 weniger an als 2005. „Integrationsbereitschaft und der Leistungswille“ der Soldatinnen seien weiterhin hoch, stellte die Studie fest. Kritischer sah es bei den Soldaten aus: Ihnen attestierte die Studie ein „überaus sensibles Gerechtigkeitsempfinden“ sowie eine „Eintrübung“ des Integrationsklimas gegenüber 2005. So befanden sich beispielsweise rund sechs von zehn Männern, dass Frauen bessere Karrierechancen hätten. Knapp die Hälfte der Soldaten nahm zudem an, dass von Frauen weniger erwartet wird und sie zu positiv beurteilt werden. Ganz allgemein glaubten 57 Prozent, dass die Integration der Frauen die Bundeswehr zum Schlechteren verändert hat. Dem stimmten nur sechs Prozent der Soldatinnen zu.

Belästigung Auch sexuelle Belästigung ist in der Bundeswehr für Frauen ein erhebliches Problem. In der ZMSBw-Studie gaben 55 Prozent der befragten Soldatinnen und Soldaten an, eine Form sexueller Belästigung erfahren zu haben. Fast jede zweite Frau hatte mindestens einmal Belästigung in Form von Witzen oder Sprüchen sexuellen Inhalts erlebt. Fast jede vierte befragte Soldatin gab an, mindestens einmal unerwünscht und sexuell bestimmt körperlich berührt worden zu sein, bei den Männern waren es drei Prozent. Als Betroffene einer sexuellen Nötigung beziehungsweise einer Vergewaltigung gaben sich drei Prozent der

Frauen zu erkennen. Übergriffe dieser Art gaben auch Männer an, allerdings in geringerem Umfang. Die Belästigungen und Übergriffe gingen laut Studie überwiegend, aber nicht nur von Soldaten aus. Im jüngsten Wehrbericht wird neben 70 Hinweisen in Eingaben ein sprunghafter Anstieg der „Meldepflichtigen Ereignisse“ in diesem Bereich verzeichnet: 167 Soldaten sowie fünf Soldatinnen wurden sexuelle Belästigungen innerhalb der Truppe vorgeworfen, in 19 Fällen handelte es sich um Vergewaltigungen und entsprechende Versuche. Ob es sich dabei tatsächlich um eine starke Zunahme der Ereignisse oder eine „erhöhte Sensibilisierung“ handelt, lasse sich nur schwer sagen. Und es könnte auch nur die Spitze vom Eisberg sein: „Betroffene tun sich aus Sorge, berufliche oder persönliche Nachteile zu erleiden, nach wie vor schwer damit, Belästigungen anzuzeigen“, schreibt der Wehrbeauftragte. Um Frauen innerhalb der Truppe zu stärken, fordert Bartels unter anderem in seinem Wehrbericht, Soldatinnen und ihre Werdegänge stärker sichtbar zu machen. In eine ähnliche, wenngleich symbolträchtigere Richtung ging jüngst auch ein Vorschlag von Verteidigungsstaatssekretär Peter Tauber (CDU) in der Wochenzeitung „Die Zeit“. Er schlug vor, eine Kaserne nach der Soldatin Friederike Krüger (1789-1848) zu benennen. Es wäre eine Premiere. Krüger kämpfte zwischen 1813 und 1815 in den sogenannten Freiheitskriegen gegen das napoleonische Frankreich, wurde mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse dekoriert und zum Unteroffizier befördert. Ihre Militärkarriere begann sie allerdings zunächst als Mann unter dem Namen August Lübeck verkleidet. Ihre Tarnung flog auf, Kameraden und Vorgesetzte deckten sie, bis es ihr König Friedrich Wilhelm III. offiziell erlaubte, weiterzukämpfen. Nach der Niederlage Frankreichs schied Krüger aus dem Dienst aus – und stellte die traditionelle Geschlechterordnung wieder her: Sie heiratete einen preußischen Unteroffizier und gebar mehrere Kinder – quasi auf Befehl, hatte ihr der König anlässlich der Vermählung geschrieben, sie solle sich „als Ehefrau ebenso rühmlich wie im Militärdienst verhalten“. *Sören Christian Reimer*



Nachwuchsjagd auf Youtube

REKRUTIERUNG Die Truppe bemüht sich um Bewerber

„Wir. Dienen. Deutschland.“ Dieser große Schriftzug und drei Bundeswehrangehörige begrüßen jeden, der den sogenannten Showroom der Bundeswehr nahe der Berliner Friedrichstraße betritt. Was man sonst eher von Modeunternehmen kennt, hat seit 2014 auch die deutsche Armee, um sich zwischen Drogerie und Schuhgeschäft der Laufkundschaft zu präsentieren. Denn: Zum Wir, das Deutschland bei der Bundeswehr dienen will, zählen sich zu wenige. Aktuell sind etwa 21.000 militärische Dienstposten nicht besetzt. Auch beim zivilen Personal der Bundeswehr fehlt Nachwuchs: Knapp 10.000 der etwa 68.000 Stellen waren im vergangenen Jahr frei. Besonders schlecht sieht es dort aus, wo hohe körperliche Anforderungen oder spezielles Fachwissen gefordert sind. So mangelt es an Kampfschwimmern genauso wie an IT-Fachkräften. Der Geo-Informationsdienst war zuletzt nicht einmal zur Hälfte besetzt. Dabei will die Bundeswehr wachsen: 2017 gab es etwa 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten, bis 2024 sollen es 198.000 sein. Um Bewerber zu finden, geht die Bundeswehr dahin, wo die Menschen sind: auf Messen, an Schulen, in Berufsinformationszentren. Oder eben an den Bahnhof Friedrichstraße.

Auf Youtube Im Showroom herrscht nicht Tarnfarbengrün, sondern dunkles Blau vor. Uniformen und Marschgepäck sind zwar ausgestellt, die Ausrüstung der Soldaten, die hier von Erfahrungen berichten und Nachwuchs beraten, besteht aber vor allem aus Karriere-Broschüren und einer Kaffeekanne. Statt hochqualifizierter Quereinsteiger lässt sich zumindest an diesem Nachmittag ein Schüler beraten. Einsatz für den Kaffee in der Sitzcke. Wie ein Leben bei der Bundeswehr aussehen könnte, flimmert über einen Bildschirm an der Wand: Der Rekrut Baunach ist einer von zwölf Menschen, welche die Bundeswehr für die Webvideo-Serie „Die Rekruten“ drei Monate lang bei der Grundausbildung an einer Marinetechnikschule begleitet hat. Mit den Youtube-Videos will die Bundeswehr mit Klischees und Vorurteilen aufräumen – und bei den 17- bis 25-Jährigen um neue Rekruten werben. Im November 2016 ging die Serie online. 40 Prozent mehr Zugriffe auf ihr Karriereportal, 25 Prozent mehr Anrufe bei der Karrierehotline und schließlich 21 Prozent mehr Bewerbungen meldete die Bundeswehr für die Zeit der Ausstrahlung. Es folgte die Webserie „Mali“, die Soldaten rund um ihren Auslandseinsatz begleitete. Denn auch fehlende Informationen über Auslandseinsätze, heißt es aus dem Verteidigungsministerium, seien Grund für die Zurückhaltung, sich zu bewerben.

Unumstritten ist diese Form der Werbung allerdings nicht. Insbesondere Die Linke kritisiert, dass damit vor allem Minderjährige angesprochen würden. Tatsächlich waren 2017 2.218 Rekruten bei Dienstantritt noch nicht volljährig, 221 mehr als 2016. Vor ihrer Volljährigkeit dürfen die Jugendlichen nur an der Waffe ausgebildet werden, aber keinen Dienst machen. Dass die Bundeswehr in Sachen Personal neue Wege geht, zeigt sich nicht nur an

Youtube-Videos. Unter dem Stichwort „Trendwende Personal“ will sie sich für künftige Aufgaben wappnen. Statt starrer personellen Obergrenzen soll es einen „atmenden Personalkörper“ geben, also regelmäßige Bedarfsanpassungen. Doch seit der Abschaffung der Wehrpflicht 2011 ist die Personalgewinnung schwieriger. Die Begeisterung für den freiwilligen Wehrdienst nimmt ab. Nur 13.200 Menschen bewarben sich im vergangenen Jahr, 2013 waren es noch 19.000. Doch Soldat auf Zeit wollen stetig mehr werden. Ein Verdienst der neuen Personalstrategie? Maßnahmen wie Verpflichtungsprämien sollen die Menschen an die Bundeswehr binden. Auch Dienst an abgelegenen Orten soll weichen, damit die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie Quereinsteiger anzieht, aber auch Wiedereinsteiger, also Ehemalige. Die Altersgrenze von 40 Jahren wurde gelockert. Körperliche und geistige Anforderungen werde aber nicht gelockert, um das Personalproblem zu lösen, betont etwa der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (SPD): „Vielmehr werden neuerdings differenziertere Untersuchungen und dem Anforderungsprofil des jeweiligen Dienstpostens angepasste Bewertungen der Bewerber vorgenommen“, heißt es in seinem Jahresbericht 2017.

Mit Videos will die Bundeswehr mit Klischees und Vorurteilen aufräumen.


Erfreuliche Entwicklung Ohnehin klingt die Personalsituation aus Sicht der Bundeswehr weniger angespannt. Den 21.000 fehlenden Soldaten stehen aktuell 35.700 Soldaten in Ausbildung gegenüber. Selbst die Situation in der IT – erst im April 2017 hat das Bundeswehrkommando Cyber- und Informationsraum (CIR) den Dienst aufgenommen – entwickelt sich laut Aussage einer Bundeswehrensprecherin positiv: Rund 80 Prozent der militärischen und zivilen Dienstposten im IT-Bereich seien besetzt, die Entwicklung sei „erfreulich“.

Im Showroom wird die Suche dennoch fortgesetzt. „Wie zieht du eine Firewall um ein Feldlager?“, werden hier die ITler der Zukunft gefragt. Flyer werben fast ausschließlich für die Ausbildung zum IT-System-Elektroniker oder für die Laufbahn als Offizier und IT-Student. Betont wird, was anderswo mangelt: kleine Lerngruppen, günstiger Wohnraum, 1.800 Euro Gehalt als Student. Dafür verpflichtet man sich für 13 Jahre mit Versetzungsbereitschaft und möglicher Teilnahme an Auslandseinsätzen. Andere Broschüren locken den Nachwuchs mit Spiel und Spaß: IT-Camps zum Kennenlernen der Bundeswehr beim Aufbau eines Netzwerks und Spielen des Armeestrategiespiels „Command & Conquer“. Es klingt wie eine LAN-Party bei der Truppe, Übernachtung in der Kaserne inklusive.

Ob das IT-Camp für Nachwuchs sorgt oder der Showroom gut ausgebildete Laufkundschaft zum Militär bringt, kann die Bundeswehr nicht sagen: Wie viele sich nach Informationsgesprächen bewerben, wird nicht erfasst. Doch die Hoffnung, auch hier an der Trendwende Personal mitzuwirken, scheint groß: Das Karriereberatungsbüro, an das Interessenten vermittelt werden, befindet sich jedenfalls nur wenige Schritte entfernt. *Michelle Trimborn*

Anzeige

Die Probleme der Parteiendemokratie



Der Parteienstreit
Probleme und Reformen der Parteiendemokratie


Von Prof. Dr. Lars Holtkamp
2018, 130 S., brosch., 29,- €
ISBN 978-3-8487-4699-6
eISBN 978-3-8452-8929-8
nomos-shop.de/35022

Die Parteiendemokratie ist in guter Verfassung, wenn man der Parteienforschung glauben will. In diesem Buch wird demgegenüber nachgewiesen, dass die Parteien kaum noch ihre Funktionen erfüllen und zentrale demokratische Prinzipien ausgehöhlt werden. Es wird die Frage gestellt, ob dagegen direkt-demokratische Reformen helfen?

Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

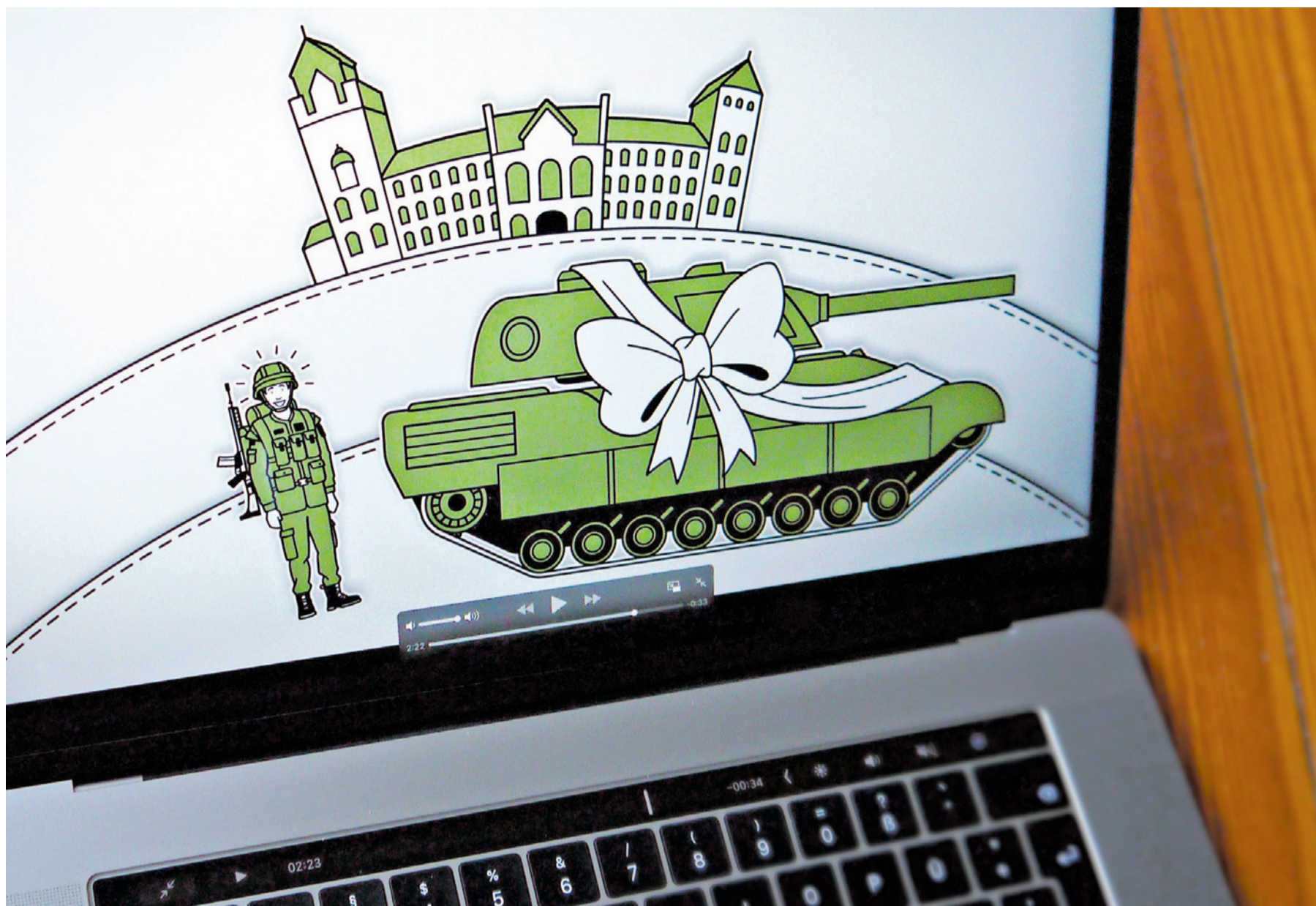
Nomos



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

Mehr als Mängel

BESCHAFFUNG Das Rüstungsmanagement soll effizienter und transparenter werden



Ein Video auf der Homepage des Verteidigungsministeriums erklärt, wie Rüstungsbeschaffung funktionieren soll. Theorie und Praxis klaffen jedoch weit auseinander. © Stephan Roters

Das Verteidigungsministerium ist in der Zukunft der Rüstungsbeschaffung angekommen. Zumindest auf seiner Homepage. Dort findet sich ein Comic-Video, stilistisch irgendwo zwischen Kindernachrichtensendung und Energy-Drink-Werbung. Es zeigt, wie aus dem Wunsch des jungen Soldaten Niko nach einem neuen Panzer ein hochmodernes Waffensystem wird, geradlinig und wohlgeordnet, erklärt in drei Minuten. Am Ende erscheint ein Panzer mit einer dicken Schleife neben dem Soldaten. „Niko ist zufrieden“, wirbt der Sprecher vollmundig am Ende. Seine Kameradinnen und Kameraden seien für die kommenden Aufgaben „gut gerüstet.“ Soweit die Theorie. In der Praxis sähe es wohl eher so aus, dass Nikos Sohn den Panzer in Empfang nehmen würde – für den Fall, dass eine ausreichende Zahl in seinem Bataillon verfügbar wäre. Das Gerät, das vielleicht seinen Vater zufrieden gestellt hätte, würde ihm schon wieder veraltet vorkommen. Es wäre viel teurer als geplant geworden und würde unter Kinderkrankheiten leiden.

Mangelhaft Kaum eine Woche vergeht, in der nicht neue Hiobsbotschaften aus der Bundeswehr in die Öffentlichkeit gelangen. Betroffen sind Hauptwaffensysteme aller Teilstreitkräfte, bis hin zur persönlichen Ausrüstung der Soldaten. Fast jede Meldung müsste in einer tadellos funktionierenden Armee die Alarmglocken schrillen lassen: Wenn, wie Ende 2017, kein deutsches U-Boot mehr seetauglich ist. Wenn zwischenzeitlich keiner der 14 neuen A400 M Militärtransporter mehr abheben kann. Wenn nur noch 40 Prozent der Fregatten und Kampfpanzer einsatzfähig

sind. Wenn es in rauen Mengen an Winterkleidung und Nachtsichtgeräten für Soldaten fehlt. Wenn neue Rüstungsprojekte sich schon wieder zu verzögern drohen – oder ein Schlag ins Wasser werden. So wie zuletzt beim Eurofighter. Mitte Juli machte Deutschlands modernstes Kampfflugzeug wieder einmal von sich reden: 13 Jahre nach seiner Einführung sollte er 2018 endlich auch als Jagdbomber einsetzbar sein. Doch dann stellte sich heraus, dass die mit viel Geld und Aufwand eigens für ihn entwickelten Bomben und Raketen nicht parallel an dem Flugzeug montiert werden können. Statt für einen Gegner könnten sie für den Piloten selbst gefährlich werden. Das Kampfflugzeug ist ohnehin ein Sorgenkind der Bundeswehr. Ursprünglich in den 1980er Jahren als „Jäger 90“ für den Luft-Luftkampf entwickelt, durchlief er Jahrzehnte der Entwicklung, in denen immer neue Anforderungen an ihn gestellt wurden. Mit mehr als 15 Milliarden Euro Gesamtkosten ist er inzwischen viermal teurer als geplant. Und in seiner Einsatzfähigkeit dennoch deutlich eingeschränkt.

Trendwende Die Krise im Beschaffungswesen der Bundeswehr ist chronisch. Das weiß auch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU). Bereits kurz nach ihrem Amtsantritt, 2014, beauftragte sie externe Gutachter damit, den Ist-Zustand zu analysieren. Sie zeichneten ein desaströses Bild. Von der Leyen reagierte, wie sie es bei allen Großbaustellen der Bundeswehr bislang tat. Sie rief eine Trendwende aus. Die

von ihrem Ministerium ausgearbeitete „Agenda Rüstung“ soll den Weg zu einem modernen Beschaffungswesen weisen. So, wie es in dem Comic-Video zu sehen ist. Mit ihr soll die Bundeswehr rüstungspolitisch wieder auf einen klaren Kurs zusteuern. Das Rüstungsmanagement soll effizienter werden. Über den Fortgang bei großen Projekten berichtet das Verteidigungsministerium inzwischen ungefähr alle sechs Monate dem Parlament. So detailliert wie nie zuvor. Fähigkeitslücken sollen verschwinden, Mängel an der Einsatzbereitschaft beheben und zudem Strategien für zukünftige Technologien und Projekte entwickelt werden.

Alle sechs Monate wird dem Parlament über den Fortgang der Großprojekte berichtet.

Das Verteidigungsministerium zeigt sich mit den Fortschritten in den drei Jahren der Agenda zufrieden. „Wesentliche Ziele wurden erreicht“, heißt es in der Internetpräsentation des Ministeriums. Der Dialog zwischen Ministerium und Industrie sei neu strukturiert, die Erwartungen an die Industrie „klar artikuliert“ worden. Zudem wurde das Vertragsmanagement modernisiert und ein „einheitliches Risikomanagement“ eingeführt. „Wichtige Rüstungs-Großprojekte unterliegen somit in jeder Phase einer kontinuierlichen fachlichen Kontrolle.“ Dechiffriert man die unternehmerisch-ministerielle Sprache, bleibt dies übrig: Es werden inzwischen wieder vernünftige Gespräche mit den richtigen Leuten geführt. Auftragnehmern sagt die Bundeswehr klar, was sie will. Und die eigenen Fachleute kontrollieren kontinuierlich, ob sie es auch bekommen werden.

Aufgeräumt, wie sie es sich zum Ziel gesetzt hat, hat Ursula von der Leyen mit Hilfe dieser Fortschritte im Beschaffungswesen noch nicht. Offenbar hat ihr Ministerium bislang noch alle Hände voll damit zu tun, dass die Probleme bei den Rüstungsprojekten nicht noch weiterwachsen. Bei der Vorstellung des jüngsten Rüstungsberichts im März dieses Jahres hob das Verteidigungsministerium hervor, dass sich der teils dramatische Zeitverzug bei wichtigen Rüstungsvorhaben im Schnitt „nur“ um zwei weitere Monate verschlimmert habe. Zudem seien in der abgelaufenen Legislaturperiode 31 Milliarden Euro für Beschaffungen geplant und beschlossen worden. Das sei ein „substanzieller Schritt nach vorn.“

»Von der Leyen muss sich bei neuen Großprojekten noch beweisen«

Tobias Lindner, Bündnis 90/Die Grünen

Bewährungsprobe Die Einschätzung des Ministeriums wird nicht überall geteilt. „Die Materiallage bleibt dramatisch schlecht, an manchen Stellen ist sie noch schlechter geworden“, resümierte der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hans-Peter Bartels (SPD) schon Wochen vorher bei der Vorstellung seines jüngsten Jahresberichts. Die Kritik von Fachpolitikern der Opposition ist noch deutlicher. „Von der Leyen hat sicher für mehr Transparenz gesorgt“, sagt Tobias Lindner, verordnungspolitischer Sprecher der Grünen. „Aber bislang hat sie noch nicht den Beweis erbracht, dass sie es bei neuen Großprojekten besser macht.“ Ob die Beschaffungsorganisation inzwischen tatsächlich besser aufgestellt sei, werde sich erst beim Mehrzweckkampfschiff 180 und dem Flugabwehraketensystem Meads zei-

gen. Bei den laufenden Projekten jedenfalls sei davon noch nichts zu sehen.

Von der Leyen verweist in ihren Reden inzwischen regelmäßig auf den Spar- und Verkleinerungskurs sowie die etlichen Reformen der letzten 25 Jahre. Die Tatsache soll erklären, warum die Situation auf den Kasernenhöfen noch nicht so rosig ist wie in dem Comicvideo auf der Ministeriums-Homepage. Dabei weiß sie, dass eine erfolgreiche Reform des Beschaffungsvorhabens nicht nur an Transparenz und neuen Organisationsstrukturen hängt. Es geht um Geld, viel Geld. 130 Milliarden Euro, so beziffert ihr Haus, wären bis 2030 nötig, um die Bundeswehr wieder voll einsatzfähig zu bekommen – und zu modernisieren. Eine Summe, die ihr Finanzminister Olaf Scholz (SPD) bislang nicht zugestimmt hat. Die Widerstände in seiner Partei dagegen sind groß, außer unter ihren Verteidigungspolitikern. Auch ist unsicher, ob das Geld sich überhaupt sinnvoll verwenden ließe. Die rüstungsindustrielle Basis ist europaweit zusammengeschmolzen. Kurzfristige Abhilfe ist kaum in Sicht. Womit wir zu den Panzern zurückkehren. Spätestens seit Russlands Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine 2014 ist in der Nato die Verteidigung der Nato-Ostflanke wieder in den Fokus gerückt. Das russische Heer verfügt mit dem T-90 und mehr noch künftig mit dem T-14 Armata über Kampfpanzer, denen die Bundeswehr nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hat. Der 40 Jahre alte Leopard 2, einer der besten Kampfpanzer der Welt, ist am Ende seiner Entwicklungsmöglichkei-

ten angelangt. Egal ob automatisches Ladesystem, adäquate Panzerung oder moderne Informationstechnik mit hohem Datenaustausch – es fehlt an allem. Überlegungen zu einem Nachfolgesystem laufen seit sechs Jahren. Öffentlich geworden sind bis heute weder Fähigkeiten noch Profile eines solchen Panzers – oder eines anderen Systems.

Zusammenarbeit Erschwerend kommt hinzu, dass ein neuer Panzer ebenso wie viele andere neue Projekte multinational entwickelt und beschafft werden sollen. Das wird sich auch durch die Agenda Rüstung nicht ändern und führt angesichts von Sonderwünschen und umfangreichen Abstimmungsabläufen zu immensen Zeitverlusten. Nicht ohne Grund deutet der jüngste Rüstungsbericht des Verteidigungsministeriums an, dass sich dieses Phänomen bei neuen internationalen Beschaffungsvorhaben wiederholen könne. Wie stark sich am Ende der von Verteidigungsministerin von der Leyen ausgerufenen Trendwende das Beschaffungswesen der Bundeswehr tatsächlich verbessert hat, ist heute noch völlig offen. Das wissen offenbar auch die Öffentlichkeitsarbeiter des Verteidigungsministeriums. Unter dem Comic-Video steht ein Hinweis. Der Beitrag richte sich nicht an Insider der Rüstungsbeschaffung, sondern an die allgemeine interessierte Öffentlichkeit. Der hier gezeigte Prozess sei „stark verkürzt“ und „nur schematisch dargestellt“. Man hätte auch eine andere Zuschreibung wählen können: „Idealtypisch“ zum Beispiel. Oder „beschönigend.“

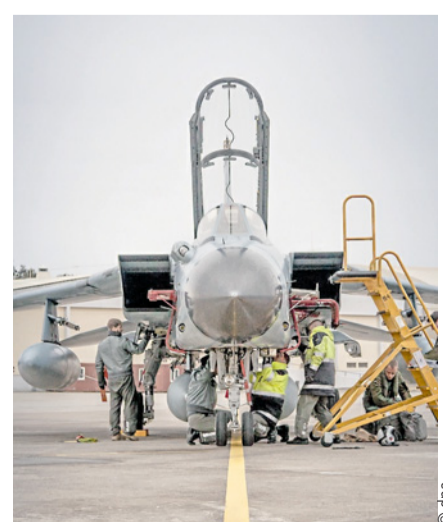
Der Autor ist politischer Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Konzept der Abschreckung

ATOMWAFFEN Kleiner Ort mit großer Bedeutung. US-Atombomben in Büchel gelagert

Die kleine Gemeinde Büchel in Rheinland-Pfalz hat rund 1.200 Einwohner und wirbt mit „Natur pur“. Ein Dorf in der Eifel mit ländlichem Umfeld und wenig Industrie. Wichtigster Arbeitgeber ist mit rund 2.000 Mitarbeitern die Bundeswehr mit ihrem Taktischen Luftwaffengeschwader 33. Ungeachtet seiner beschaulichen Lage ist der Fliegerhorst alles andere als provinziell, denn er steht für die sogenannte nukleare Teilhabe der Nato, also das Konzept der Abschreckung mit Hilfe taktischer Atomwaffen. Anders ausgedrückt: In Büchel lagern derzeit die einzigen Atombomben auf deutschem Boden, bereitgestellt und kontrolliert von den Vereinigten Staaten, alles streng geheim und offiziell nicht bestätigt. Es ist dennoch ein offenes Geheimnis, dass in den Bunkern von Büchel US-Atombomben vom Typ B61 lagern, vermutlich 20 Stück.

Nur drei der 29 Nato-Mitglieder verfügen über eigene Atomsprengköpfe. Neben den USA sind das Großbritannien und Frankreich. Die nukleare Teilhabe sieht vor, dass die USA ihren Verbündeten Atombomben



Ein Jagdbomber vom Typ „Tornado“

© dpa

zur Verfügung stellen, die Partner unterhalten dafür die Trägersysteme, in Büchel sind das „Tornado“-Kampfflugs vom Typ IDS (Interdiction Strike). Neben Deutschland sind auch Belgien, die Niederlande, Italien und die Türkei in diese Zwei-Schlüssel-Vereinbarung eingebunden. Die Nutzung der US-Atomwaffen setzt immer die Zustimmung des Präsidenten der USA voraus, die notwendigen Codes sind streng geheim.

Nachdem die USA schon einige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges die ersten Atomwaffen in Westdeutschland stationierten, billigte der Bundestag am 25. März 1958 die Anschaffung der für Atomwaffen nötigen Trägersysteme. In der äußerst hitzigen und langwierigen Debatte bezeichnete der SPD-Abgeordnete Karl Mommer den damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) als „bundesdeutsche Atomkanone“ und handelte sich dafür einen Ordnungsruf ein. Im Weißbuch der Bundeswehr von 2016 heißt es, Deutschland bleibe über die nukleare Teilhabe in die Nuklearpolitik und die diesbezüglichen Planungen der Nato eingebunden. Nach einer wissenschaftlichen Expertise des Bundestages von 2017 steht die nukleare Teilhabe nicht im Widerspruch zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen aus dem „Atomwaffensperrvertrag“, der 1970 in Kraft trat, und dem „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ von 1990. Die US-Atomwaffen in Büchel sollen in den nächsten Jahren modernisiert werden. Dem Vernehmen nach ist ab 2020 die Stationierung von 20 Atombomben des Typs B61-12 vorgesehen. Bei der neuen Generation von Bomben handelt es sich um lenkbare Präzisionswaffen. Wie die Bundesregierung Ende 2017 mitteilte, werden verschiedene Optionen für neue Trägerflugzeuge geprüft für die Zeit, wenn das Waffensystem „Tornado“ außer Dienst gestellt wird, darunter der „Eurofighter“. pk

FÜNF FRAGEN ZUR: NUKLEAREN TEILHABE DER NATO



Christine Buchholz (Die Linke) ist seit 2009 Mitglied im Bundestag und seither dort im Verteidigungsausschuss aktiv.

»Das Versteckspiel muss ein Ende haben.«

Frau Buchholz, welchen Wert hat die nukleare Teilhabe innerhalb der Nato?

Die nukleare Teilhabe bedeutet, dass im Ernstfall deutsche Bomber amerikanische Atombomben über Osteuropa abwerfen. Die Bundesregierung gibt vor, damit Einfluss auf ihren Einsatz nehmen zu wollen. Doch ein mögliches deutsches Veto gegen den Einsatz der zwanzig Bomben in Büchel würde einen nuklearen Angriff nicht verhindern. Denn die US-Streitkräfte verfügen über Tausende Atomwaffen auf U-Booten und an anderen europäischen Standorten. Das Teilhabemodell liefert lediglich den Vorwand, in Deutschland Atomwaffen zu lagern. Das macht die Bevölkerung zum Angriffsziel in einem Atomkrieg. Die Linke fordert deshalb den Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe und den Abzug der US-Atombomben.

Inwiefern widerspricht die Lagerung von US-Nuklearwaffen auf deutschem Ge-

biet dem offiziellen Verzicht auf Kernwaffen?

Es ist widersprüchlich, auf eigene Atombomben zu verzichten, aber die Bomben anderer Staaten zu lagern und im Ernstfall zu transportieren. Den Betroffenen dürfte es egal sein, ob deutsche oder amerikanische Bomber die todbringende Fracht abwerfen. Im Übrigen wird die Bundeswehr so in die Lage versetzt, bei einer Veränderung der internationalen Lage selbst in kürzester Zeit eine Atomstreitmacht aufzubauen. Die Bundesregierung hält sich die Option dafür offen. Deshalb blockiert sie auch internationale Bemühungen zur nuklearen Abrüstung.

Was wissen die parlamentarischen Verteidigungsexperten über die hier und in anderen Nato-Staaten gelagerten US-Atomsprengköpfe und verwendeten Trägersysteme? Offiziell gibt es in Deutschland gar keine Atombomben. Die Parlamentarier werden im Unklaren darüber gelassen. Als ich

in Büchel war, wurde mir gezeigt, wo die Bomben an den „Tornados“ angebracht werden. Doch die Existenz der Bomben wurde weder bestätigt noch dementiert. Das Versteckspiel muss ein Ende haben.

Inwiefern wird der Verteidigungsausschuss des Bundestages über die geplante Modernisierung der US-Atomwaffen in Büchel informiert?

Der Ausschuss wird aus den genannten Gründen auch darüber nicht informiert. Denn dies hieße ja, die Existenz der Bomben zu bestätigen.

Warum wird aus der Lagerung der US-Atomwaffen so ein Geheimnis gemacht?

Die regierenden Parteien gehen offenbar davon aus, dass Atombomben so unpopulär sind, dass dies größeren Widerstand in der Bevölkerung hervorrufen könnte. Tatsächlich brauchen wir diesen Widerstand.

Das Gespräch führte Claus Peter Kosfeld. ||



»Nichts geht schnell«

HANS-PETER BARTELS Der Wehrbeauftragte fordert eine Beschleunigung der Beschaffung von Ausrüstung. Eine Rückkehr zur Wehrpflicht hält er für nicht praktikabel

Herr Bartels, die Bundeswehr will künftig um Schulabbrecher und EU-Ausländer werben. Ist die Personalsituation der Truppe so verzweifelt?

Die Personalsituation ist ohne Zweifel schwierig. Schon für ihre heutige Sollstruktur hat die Bundeswehr zu wenig Personal, und sie soll ja auch noch ein bisschen größer werden, auf knapp 200.000 Soldatinnen und Soldaten wachsen. Angesichts der Tatsache, dass die Jahrgänge kleiner werden, die Wirtschaft händierend Fachkräfte sucht und die Landespolizeien ihre Personalbestände ebenfalls erhöhen wollen, wird das selbst mit dem kleinen Aufwuchs also eine sportliche Aufgabe.

Wie viele Soldaten fehlen der Bundeswehr aktuell?

In meinem Jahresbericht für das vergangene Jahr steht die Zahl der unbesetzten Dienstposten für Unteroffiziere und Offiziere: Das sind 21.000. Viele hat das überrascht, aber dieses Problem gibt es schon länger, es ist ein strukturelles. Tatsächlich nützt es nichts, Soldaten formal auf Dienstposten zu setzen, wenn sie vorher erst noch ein Jahr ausgebildet werden müssen. Dann ist der Dienstposten zwar blockiert, aber eigentlich nicht besetzt. Man bräuhete stattdessen mehr sogenannte Schülerstellen.

In welchen Bereichen der Truppe ist der Personalmangel am größten?

Vor allem bei den Spezialisten. Dauerbrenner sind die Riesenlücken bei Rettungssanitätern, Kampfschwimmern oder Kampfmittelbeseitigern. Manche Probleme sind allerdings auch hausgemacht: Wenn man eine neue Verwendungsreihe wie zum Beispiel die Kampffretter der Luftwaffe schafft, dann stehen die bei der Personalgewinnung in Konkurrenz zu anderen infanteristischen Spezialverwendungen. Die Bundeswehr muss aufpassen, dass sie nicht zu viele zu spezielle Verwendungen ausplant, sonst wird sie am Ende in jeder einzelnen mit Personalmangel kämpfen. Besser wäre eine mehrrollenfähige Ausbildung in weniger Verwendungsreihen.

Wenn vor allem Spezialisten fehlen, wie soll dann das Werben um Nachwuchs selbst ohne Hauptschulabschluss helfen? Das ist ja nichts Neues. Auch in den Zeiten der Wehrpflicht kamen junge Männer ohne Schulabschluss. Und wer sich als Zeitsoldat verpflichtete, konnte seinen Schulabschluss bei der Bundeswehr nachholen. So ist das auch heute. Hier geht es aber wohl auch nur um kleine Zahlen.

Wie groß ist die Chance, dass die Bundeswehr einen Soldaten zum Hauptschulabschluss führt, wenn er den in der Schulzeit nicht geschafft hat?

Groß. Ganz allgemein gilt: Die Bundeswehr ist eine wunderbar vielfältige Bildungseinrichtung. Es gibt keinen Arbeitgeber in Deutschland, der so viele unterschiedliche Ausbildungen anbietet, vom Führerschein bis zur Promotion in Rake-

tenwissenschaft. Die Bundeswehr kann jedem ein Angebot machen, auch demjenigen, der erstmal die Schule ohne Abschluss verlassen hat.

Wenn die Ausbildungsmöglichkeiten bei der Bundeswehr so gut sind, wie erklärt sich dann der Mangel an Nachwuchs? Ist das nur ein Vermittlungsproblem in der Öffentlichkeit?

Nein, das liegt in erster Linie am sturzgeburtartigen Wegfall der Wehrpflicht und am wachsenden Konkurrenzkampf mit zivilen Arbeitgebern bei gleichzeitig kleiner werdenden Jahrgängen.

„Das Gebot der Stunde lautet, den Dienst in der Bundeswehr so attraktiv wie möglich zu machen. Stichworte: gute Ausrüstung, Vereinbarkeit von Dienst und Familie, Pendlerfreundlichkeit.“

Hans-Peter Bartels

Wäre also die Rückkehr zur Wehrpflicht eine Lösung? In der CDU ist darüber eine Diskussion entbrannt in Form einer allgemeinen Dienstpflicht.

Eine neue Wehrpflichtarmee müsste ganz anders strukturiert sein als die Bundeswehr von heute. Wenn man eine Sollstärke von 198.000 Soldaten anstrebt, was macht man dann mit 250.000 tauglich gemusterten kurz dienenden Wehrpflichtigen jedes Jahr? Die Idee eines Dienstes für die Gesellschaft ist zwar prinzipiell sympathisch, aber als Pflicht stößt sie verfassungsrechtlich an Grenzen. Bislang war ein Zwangsdienst ausschließlich zum Zweck der Verteidigung erlaubt. Der zivile Ersatzdienst wurde daraus abgeleitet. Praktikabel wäre heute allenfalls eine Auswahlwehrpflicht, wie sie bereits im Jahr 2000 von der Weizsäcker-Kommission vorgeschlagen wurde, und wie sie nun in Schweden eingeführt wird. Das heißt, jeder Wehrpflichtige wird gemustert und dann befragt, ob er den Wehrdienst leisten möchte. Von den Tauglichen und Willigen werden dann so viele gezogen, wie der Personalbedarf der Streitkräfte erfordert. Heute die alte allgemeine Wehrpflicht wieder zu reaktivieren, wäre enorm aufwändig! Dafür gibt es keine militärischen Strukturen mehr, keine Ausbilder, keine Ausrüstung und keine Unterkünfte. Mal ganz abgesehen von den veränderten Aufgaben.

Die Möglichkeit eines freiwilligen Wehrdienstes existiert ja in der Bundeswehr. Wäre durch eine solche Auswahlwehrpflicht eine höhere Rekrutierungsquote zu erwarten?



Hans-Peter Bartels, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

© picture-alliance/Ulrich Baumgarten

Im Prinzip, glaube ich, ja. Es macht einen Unterschied, ob man auf dem freien Markt werben und rekrutieren muss, oder ob ein ganzer Jahrgang von Wehrpflichtigen nach der Musterung vor die Entscheidung gestellt wird, ob man Dienst leisten will oder nicht. Aber das ist Theorie. Und ich empfinde das nicht für heute. Das Gebot der Stunde lautet, den Dienst in der Bundeswehr so attraktiv wie möglich zu machen. Stichworte: gute Ausrüstung, Vereinbarkeit von Dienst und Familie, Pendlerfreundlichkeit.

Und wie sieht es mit dem Dienst von EU-Ausländern in der Bundeswehr aus? Ist es nicht problematisch, ohne die entsprechende Staatsangehörigkeit in einer Armee zu dienen?

Rechtlich ist das kein großes Problem. Schon heute gibt es in 15 Landespolizeien und in der Bundespolizei die Möglichkeit für EU-Bürger, deutsche Beamte zu werden. Das entspricht dem europäischen Geist und den europäischen Verträgen. Allerdings sollte man sich beim Militär in Europa nicht gegenseitig das Personal

abspenstig machen, wenn etwa in einem anderen Land noch die Wehrpflicht besteht.

Wenn die Bundeswehr die avisierte Sollstärke nicht erreicht, wäre es dann nicht vernünftiger, sie zu reduzieren, um auch alle Dienstposten besetzen und die Truppe auch ausreichend finanzieren und ausrüsten zu können?

Personal und Material sollte man nicht gegeneinander ausspielen. Auch eine um sieben Prozent vergrößerte Truppe muss zu einhundert Prozent ausgerüstet sein. Mit der Verdopplung der Aufgaben seit 2014 kommt die Bundeswehr auf ihrem jetzigen Stand längst nicht mehr zurecht. Bis 1990 hieß die Aufgabe nur Landes- und Bündnisverteidigung. Nach 1990 gab es eigentlich nur noch Auslandseinsätze außerhalb des Bündnisgebietes, „out of area“. Und seit 2014 soll die Bundeswehr nun diese beiden Aufgaben gleichzeitig leisten. Deshalb wird man um ein Auffüllen der hohlen Strukturen bei Personal und Material nicht herumkommen. Die Einsatzbereitschaft ist der Maßstab.

Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr leidet stark unter der Beschaffung von Waffensystemen, die seit vielen Jahren verspätet und teurer als geplant geliefert werden und auch nicht immer den Anforderungen entsprechen. Lässt sich die Politik von der Rüstungsindustrie an der Nase herumführen?

Im Beschaffungswesen hat sich ein Absicherungsgedanken entwickelt, das alles lähmt. Auch Einfaches wird kompliziert gemacht. Nichts geht schnell. Rüstung ist ein elementarer Bestandteil von Verteidigungspolitik. Wir brauchen in Deutschland und Europa eine funktionstüchtige wehrtechnische Basis. Und wir brauchen ein leistungsfähiges Beschaffungsmanagement. Es gab in der Vergangenheit schon den einen oder anderen Reformansatz, aber ich sehe noch keine wirkliche Verbesserung. Im Koalitionsvertrag hat man sich zu Vereinfachung und Beschleunigung bekannt, das muss jetzt operationalisiert werden. Wenn einhundert gebrauchte Kampfpanzer für die Bundeswehr nachgerüstet werden sollen, dann darf das nicht sieben Jahre dauern.

ZUR PERSON

Nach Abitur und Wehrdienst studierte der 1961 in Düsseldorf geborene Hans-Peter Bartels Politische Wissenschaften, Soziologie und Volkskunde und promovierte. Nach Tätigkeiten als Redakteur der „Kieler Rundschau“ und in der Staatskanzlei Schleswig-Holsteins zog er 1998 erstmals für die SPD im Wahlkreis Kiel in den Bundestag ein und übernahm 2014 den Vorsitz im Verteidigungsausschuss. Seit Mai 2015 ist er Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. Hans-Peter Bartels ist verheiratet und Vater einer Tochter.

Man müsste es sich aber auch nicht gefallen lassen, wenn sich die Zulieferung wie im Fall des A400M verzögert, weil Airbus Mitarbeiter von dem Projekt abzog, um den A380 zu produzieren. Müssten in solchen Fällen dann nicht auch Konsequenzen gezogen werden?

Man hat sich sogar gefallen lassen, dass Airbus den ausgehandelten Vertrag Jahre später wieder aufgeschnürt und mehr Geld gefordert hat. Die Frage in einer solchen Situation heißt dann aber auch: Welche Alternativen gibt es? Will man stattdessen in den USA kaufen? Oder in der Ukraine? In Frankreich wurde übrigens der A400M deutlich früher geflogen als bei uns. Das liegt wohl auch an unterschiedlichen Abnahmeverfahren. Wenn man aber schon ein gemeinsames europäisches Rüstungsvorhaben auf den Weg bringt, sollte man sich auch auf ein gemeinsames Abnahmeverfahren einigen.

Deutschland hat sich in der Nato verpflichtet, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben. Dies würde derzeit Ausgaben von mehr als 65 Milliarden Euro bedeuten. Ist dies realistisch oder überhaupt notwendig?

Der Konsens in der Koalition, bis 2024 rund 1,5 Prozent zu erreichen, scheint mir realistisch. Damit können nach meiner Wahrnehmung viele Probleme der Bundeswehr gelöst werden. Dass man jetzt sehr schnell noch sehr viel mehr Geld ausgeben könnte, halte ich für unwahrscheinlich. Entscheidend ist ja nicht der gesamte Verteidigungset von derzeit 38,5 Milliarden Euro, sind nicht die fünf Milliarden für Pensionen oder die drei Milliarden für Mieten – die bleiben stabil, sondern entscheidend ist der militärische Beschaffungsanteil. Der liegt heute bei sechs Milliarden Euro und muss nun deutlich – vielleicht auf zehn, zwölf oder 14 Milliarden Euro – erhöht werden, um die Lücken bei Waffensystemen und moderner Ausrüstung zu schließen. Dafür braucht man dann eine entsprechend leistungsfähige Bürokratie, die Beschaffungsvorhaben in dieser Größenordnung auch bewältigen kann. Während des Kalten Krieges, etwa 1984, hatten wir eine BIP-Quote von 3,3 Prozent, derzeit liegen wir mit 1,2 Prozent bei ungefähr einem Drittel davon. Das ist definitiv zu wenig. Uns steht aber heute auch nicht mehr der Warschauer Pakt gegenüber. Für die militärischen Fähigkeiten, die Deutschland im Dezember 2017 der Nato für das kommende Jahrzehnt gemeldet hat, werden nun Verteidigungsausgaben in Höhe von mindestens 1,5 Prozent unseres BIP sicher dauerhaft benötigt.

Das Interview führte Alexander Weinlein.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



1955 stellte die Bundeswehr ihre neuen Uniformen vor, die sich von denen der Wehrmacht deutlich unterschieden. Darüber hinaus blieb die „richtige“ Abgrenzung zur Wehrmacht über Jahrzehnte ein kontroverses Thema.

© picture-alliance/dpa

Die eigene Geschichte im Blick

VERGANGENHEIT 2017 wurde der Traditionserlass der Bundeswehr reformiert. Das war längst überfällig

Seit März 2018 verfügt die Bundeswehr über einen neuen „Traditionserlass“. Er ist kein eigenständiges Dokument, sondern Bestandteil der Bundeswehrvorschrift „Innere Führung – Selbstverständnis und Führungskultur der Bundeswehr“. Aus diesem Grund verwundert es, dass ein nebensächliches Dokument wie der „Traditionserlass“ ein solches öffentliches Interesse hervorruft. Die „Innere Führung“ dagegen ist die innovative und moderne Organisations- und Führungsphilosophie der Bundeswehr, die bereits seit dem Aufbau der Bundeswehr im Jahr 1955 eine wichtige Grundlage für ihre Integration in die parlamentarisch-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik ist. Unter anderem sind die soldatische Ordnung, das Wertegerüst, die ethischen Grundlagen des Soldatenberufes, die historische Herleitung und der „Traditionserlass“ Teil der „Inneren Führung“. Im neuen Erlass ist die „Innere Führung“ ausdrücklich in den Traditionsbestand aufgenommen worden. Die öffentliche Aufmerksamkeit begründet sich damit, wie die Bundeswehr mit der schweren Last der deutschen Geschichte umgeht. Der erste „Traditionserlass“ stammt aus dem Jahr 1965. Die Bundeswehr benötigte damals dringend Richtlinien zum Umgang mit der Wehrmacht im Nationalsozialismus

und ihrem historischen Erbe. Im zweiten Erlass von 1982 wurde die Tradition der Bundeswehr wertgebunden angelegt und zog eine Trennlinie zum „Dritten Reich“. Dieser Erlass galt bis März 2018 und konnte weder die Deutsche Einheit, die Wandlung der Bundeswehr zur Armee der Einheit und im Auslandseinsatz noch die immer ausgeprägter werdende internationale Vernetzung oder auch die Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht berücksichtigen. Die Vorfälle am französischen Bundeswehrstandort in Illkirch-Graffenstaden änderten dann schlagartig vieles. Dort wurde im Mai 2017 ein rechtsextremer Bundeswehr-Offizier, der ein Doppelleben als syrischer Flüchtling führte, wegen des Verdachts festgenommen, einen terroristischen Anschlag vorbereitet zu haben. Zudem sorgte der Umgang mit Wehrmachtssoldaten in dieser Kaserne für eine breite Debatte über das Verhältnis der Bundeswehr zur Geschichte der Wehrmacht. Diese Vorfälle veranlassten und beschleunigten zwar die Überarbeitung des „Traditionserlasses“. Sie sind aber nicht als Ursache für die bis dahin bereits dringende Notwendigkeit zu werten. Vielmehr ist es aufgrund der vielschichtigen Veränderungen seit 1982 unbedingt erforderlich geworden, das Dokument an die Gegenwart anzupassen. Es musste daher ein Traditionsverständnis der Bundeswehr formuliert werden, das aus der Geschichte die Traditionspflege der Gegenwart regelt und in die Zukunft weist. Denn Tradition ist im Verständnis der Bundeswehr eine wertbezogene Auswahl aus der Geschichte. Sie ist eben nicht die Geschichte der Bundeswehr oder ihrer Vorgängerstreitkräfte.

Sinnstiftende Auswahl Das neue Dokument „Die Tradition der Bundeswehr. Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege“ richtet sich erstmals an alle Angehörigen der Bundeswehr, also Soldaten, Beamte und Arbeitnehmer. Dieses Traditionsverständnis gilt seither für alle zivilen und militärischen Organisationsbereiche und öffnet ausdrücklich die gesamte Militärgeschichte für eine sinn- und traditionsstiftende Auswahl. Die bisherige Verengung auf drei „Traditionslinien“ wie den Widerstand gegen das NS-Regime, die Heeresreformen während der napoleonischen Befreiungskriege oder die eigene Geschichte der Bundeswehr ist damit endgültig selbst Geschichte. Zentraler Bezugspunkt der Tradition ist nun die eigene Geschichte der Bundeswehr. Dies ist schlüssig, weil diese Geschichte inzwischen einen reichhaltigen Fundus für eine traditions- und sinnstiftende Auswahl von Ereignissen, Persönlichkeiten, Symbolen oder Zeremonien bietet. Konsequenz ist weiter-

hin, dass Ausschlüsse klar und unmissverständlich formuliert sind. Vorherige deutsche Streitkräfte wie die Reichswehr, das Kontingentheer mit der kaiserlichen Marine sowie die Wehrmacht und Nationale Volksarmee als Hauptwaffenträger in Diktaturen stiften als Institution keine Tradition für die Bundeswehr. Eine Gleichstellung zwischen der Wehrmacht und der Nationalen Volksarmee der DDR wird aber nicht vorgenommen. Was für die Institution gilt, erstreckt sich aber nicht zwangsläufig auf ausgewählte Persönlichkeiten. Personen können durchaus Tradition stiften, wenn sie persönlich schuldig geworden sind und in der Gesamtbewertung eine herausragende Einzelheit oder das Eintreten für Recht und Freiheit historisch nachgewiesen werden kann. Dies trifft beispielsweise für den ehemaligen Generalfeldmarschall der Wehrmacht Erwin Rommel zu, der zwar verbotenermaßen Befehle Adolf Hitlers nicht befolgte, dessen Rolle im Widerstand gegen das NS-Regime aber umstritten bleibt. Aber reicht militärisch-handwerkliche Exzellenz alleine aus? Im Fall des ehemaligen Oberst der Luftwaffe der Wehrmacht Helmut Lent sind vorbildliche militärische Qualitäten und die Konfession zur Bekennenden Kirche belegbar. Sowohl Rommel als auch Lent waren soldatische Profiteure im NS-System. Der gravierende Unter-

schied ist jedoch, dass eine herausragende Tat wie bei Rommel im Fall von Lent eben nicht zu konstatieren ist. Der neue „Traditionserlass“ enthält für solche Fälle nachvollziehbare Vorgaben. Zudem leitet er systematisch ab, was Tradition ist, warum die Bundeswehr eine Tradition benötigt und weshalb es keine ungebrochene deutsche Militärtradition gibt. Im Hinblick auf die vor allem auch öffentlich geführte Diskussion zu bestehenden Kasernennamen oder anderen Benennungen legt er erst-

mals fest, dass diese dem neuen Erlass entsprechen müssen. Deshalb werden alle Traditionsnamen in der Bundeswehr derzeit überprüft und müssen neu bewertet werden. Einige noch bestehende Namensgebungen werden dann wohl korrigiert werden müssen, wenn deren sinnstiftende Funktion heute nicht mehr klar erkennbar ist. Selbst wenn eine bestehende Benennung bereits so alt wie die Bundeswehr selbst ist, trägt dies als alleinige Begründung erst recht nicht. Insgesamt beschreibt der neue Erlass keine fundamentale Neuausrichtung der Tradition der Bundeswehr. Er vollzieht auch keinen Schnitt im Sinne, dass er alles vor 1955 von vornherein ausklammert. Das Gegenteil ist der Fall, denn er hebt die bisher starke Auslegung auf wenige Traditionslinien auf und öffnet den Traditionskanon der Bundeswehr für die gesamte deutsche Militärgeschichte – und damit auch für die Zeit vor der Gültigkeit des Grundgesetzes. Die Angehörigen der Bundeswehr erhalten somit mehr Entscheidungsfreiheit und Handlungssicherheit. In der Zukunft wird sich zeigen, ob diese Freiheiten im täglichen Dienst in der Bundeswehr genutzt werden, um die Traditionspflege mit Leben zu füllen.

Rudolf J. Schlaffer II



Die Rommel-Kaserne im westfälischen Ahaus darf ihren Namen behalten.

Der Autor ist Historiker und publiziert zur Militärgeschichte.

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Medienpreis Parlament 2019

Seit 1993 vergibt der Deutsche Bundestag den Medienpreis. Mit der Auszeichnung werden hervorragende, in einem Print- oder Online-Medium oder in Rundfunk oder Fernsehen erschienene, publizistische Arbeiten gewürdigt, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen. Der Medienpreis Parlament ist mit 5.000 Euro dotiert und wird vom Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehen. Der eingereichte Beitrag muss zwischen dem 1. Oktober 2017 und dem 30. September 2018 erschienen sein. Einsendeschluss ist der 5. Oktober 2018. Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Benennungen durch Dritte berücksichtigt. Dem Bewerbungsschreiben sind drei Exemplare der zur Auszeichnung vorgeschlagenen Arbeit, ein Lebenslauf der Autorin bzw. des Autors sowie die unterschriebene Einverständniserklärung zur Verarbeitung personenbezogener Daten (abrufbar unter www.bundestag.de/medienpreis) beizufügen.

Eine unabhängige Fachjury aus sieben renommierten Journalistinnen und Journalisten entscheidet über die Vergabe des Preises.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Medienpreis Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-38630, Fax: +49 30 227-36464
E-Mail: medienpreis@bundestag.de
Internet: www.bundestag.de/medienpreis



Im Auftrag der Deutschen

PARLAMENTSARMEE Das Verhältnis zwischen der Gesellschaft und »ihrer« Armee gestaltet sich nach wie vor schwierig

2005 sagte Bundespräsident Horst Köhler den viel zitierten Satz: „Die Deutschen vertrauen der Bundeswehr, mit Recht, aber ein wirkliches Interesse an ihr oder gar Stolz auf sie sind eher selten.“ An dieser Zustandsbeschreibung hat sich bis heute nicht viel verändert. Denn der Wunsch und das Bemühen der Gesellschaft, den außen- und sicherheitspolitischen Wandel zu verstehen, seien nach wie vor gering, sagt der Militärforscher Wilfried von Bredow. Vor Aussetzung der Wehrpflicht galt die Bundeswehr als stärker in der Gesellschaft verankerte Armee. Berührungspunkte gab es über Freunde, Vereine und Familie und auch auf der Straße traf man noch häufiger auf die olivgrünen Uniformen. „Aber auch schon vor Aussetzung der Wehrpflicht gab es keine kontinuierliche kritische Begleitung durch die Öffentlichkeit“, betont von Bredow. „stattdessen kamen sporadisch heftige Auseinandersetzungen und Skandalberichte vor und auch in der Wissenschaft galt die Bundeswehr lange als nicht so wichtiges Thema.“ Das hat sich inzwi-

schon geändert, doch die unmittelbaren Begegnungen im Lebensumfeld hätten abgenommen. Die Wahrnehmung der Bundeswehr über Medien und Negativ-Schlagzeilen zu Ausrüstungsmängeln, rechtsextremen Vorkommnissen und Übergriffen ist somit gestiegen.

Ansehen der Truppe Trotzdem misst die deutsche Bevölkerung ihrer Armee keine negative Bedeutung bei. Florens Mayer vom Meinungsforschungsinstitut dimap spricht eher von einem geteilten Echo: „Rund jeder Zweite spricht der Bundeswehr sein Vertrauen aus. Das ist keine Spitzenposition unter den rechtsstaatlichen Institutionen, aber die EU-Institutionen schneiden beispielsweise noch schlechter ab.“ In den vergangenen 20 Jahren ging das Vertrauen der Deutschen in die Streitkräfte leicht zurück: „Ende der 1990er Jahre sprachen noch sechs von zehn Befragten der Bundeswehr ihr Vertrauen aus, heute sind es nur noch fünf“, sagt Mayer. Die Trennungslinie verlaufe dabei entlang des Parteienspektrums: So schenken Anhänger von CDU und CSU der Bundeswehr großes Vertrauen, Anhänger der Linken dagegen kaum. „Die Einstellung der Deutschen zum Militär wird als Kultur der Zurückhaltung beschrieben“, sagt Mayer. Während der Ein-

satz von Sanitätern und von Transportflugzeugen noch gutgeheißen werde, gehe der Rückhalt in der Bevölkerung bei Kampfeinsätzen deutscher Soldaten rapide zurück, sagt der Meinungsforscher. Das belegen sowohl die Zahlen aus dem Kosovo- als auch dem Afghanistan-Einsatz. Militärforscher von Bredow ordnet dies als problematische Tendenz ein: „Wenn die Haltung der Öffentlichkeit salopp gesagt darauf hinausläuft, dass die Bundeswehr prima ist, solange sie nicht tut, wofür sie auch da ist, dann ist das etwas schief.“ Die Gründe für die gesellschaftliche Zurückhaltung liegen in der Geschichte: „Nach dem Krieg negativierte das Reeducation-Programm der Alliierten den Militarismus und bewirkte gemeinsam mit dem Trauma der Niederlage Einstellungsänderungen“, erklärt die Marburger Ethnologin Marion Näser-Lather. So sei die Bevölkerung durch die 1968er-Revolution, den Ost-West-Konflikt und die Friedensbewegung polarisiert gewesen. Und dies setzte sich fort, so von Bredow: „Auch die öffentlichen Debatten nach 1990 waren lang gekennzeichnet von einer Stimmung eines ‚Eigentlich-besser-doch-nicht‘.“ Der von Köhler geprägte Begriff des „wohlwollenden Desinteresses“ der Bevölkerung gehe einher mit der verringerten Sichtbarkeit der Bundeswehr in der Fläche und da-

mit im Alltag: „Das Desinteresse geht so weit, dass man gar nicht genau weiß, was eine Parlamentsarmee ist“, kritisiert von Bredow das Defizit an politischer Bildung. Aber auch die politischen Entscheidungsträger selbst verfügten über immer weniger eigene Erfahrungen mit der Bundeswehr. Für Ethnologin Näser-Lather, die die Bundeswehr mittels teilnehmender Beobachtung und als Reserveoffizierin von innen kennenlernte, ist diese nicht in dem Maße in der Gesellschaft verankert, wie es in anderen Ländern der Fall ist. „Einige Soldaten berichten nicht nur vom freundlichen Desinteresse, sondern auch von Ablehnung und Anfeindungen, etwa wenn sie Uniformen tragen“, erzählt sie. Das Ansehen der Bundeswehr sei aber auch regional unterschiedlich: So würden Soldaten in eher von traditionellen Einstellungen geprägten Landesteilen und in ländlichen Gegenden mehr Anerkennung erfahren. Die patriotische Verehrung von Veteranen wie in den USA sei in Deutschland aber weder realistisch noch wünschenswert, so Näser-Lather. „Trotzdem sollte der Ruf nach Anerkennung der Soldaten nicht ungehört verhallen. Ihre Erlebnisse und Erfahrungen müssen wahr- und ernstgenommen werden.“ Nur so könne das Gefühl der Eingebundenheit in die Gesellschaft zurückkehren – auf beiden Seiten.

Lisa Brüßler

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Stets zu Diensten

IM PORTRÄT Vier Soldaten erzählen von ihrer Bundeswehr-Laufbahn



Oberfeldarzt Helke Zielonka

»Im Prinzip führe ich ein Angestelltenleben«

DER LOGISTIKER Sebastian Quandt lebt bei der Bundeswehr seinen beruflichen Traum: Der 34 Jahre alte Stabsunteroffizier beschäftigt sich mit Panzern und der Technik dahinter. Zugegebenermaßen tut er das inzwischen eher indirekt; Quandt arbeitet im Landeskommando Sachsen-Anhalt in Magdeburg in der Logistik. Er sorgt dafür, dass immer genug Ersatzteile da sind, deren Qualität und Preis stimmen. Weil er dafür auf stabile Kundenbeziehungen angewiesen ist, setzt er sich häufig ins Auto und stattet Dienstleistern, Zulieferern und solchen, die es noch werden wollen, Besuche ab. Aber angefangen hat alles mit dem Schrauben am Panzer. »Für mich war schon in der Schule klar, dass ich zur Bundeswehr will«, erzählt der kräftige, kantige Mann. Nach der Grundausbildung, damals noch als Wehrpflichtiger, ergab sich für ihn die Chance, seinen Ausbildungsberuf als Kfz-Mechatroniker mit einer Laufbahn bei der Bundeswehr zu verbinden: Quandt begann in der Instandhaltung und reparierte Panzer. In Burg bei Magdeburg und in Afghanistan, wo er vier Monate lang stationiert war.

In seiner jetzigen Position steigt Quandt jeden Morgen in seinem Heimatort ins Auto und fährt eine halbe Stunde in die Magdeburger Kaserne in der Innenstadt. Mit seinem fünfköpfigen Team arbeitet er Aufträge ab, die bei der Bundeswehr Befehle heißen und »längst nicht mehr per Anschreiben gegeben werden«. Mittags besuchen die Kollegen die Polizei-Kantine auf der anderen Straßenseite oder gehen in eines der Cafés und Restaurants im Szenekiez, der direkt hinter dem Schlagbaum beginnt. Die Uniform lässt er dabei an. »Damit habe ich kein Problem«, sagt er. Quandt ficht keine Kämpfe, nicht gegen sich und nicht gegen andere.

»Im Prinzip führe ich ein ganz normales Angestelltenleben«, sagt er. Ihm gefällt die Sicherheit seines Arbeitsplatzes, verbunden mit Weiterbildungsmöglichkeiten und einem Gehalt, das über dem des freien Marktes liegt. Für Quandt zählt auch die Heimatnähe: Er betreibt aktiv Huskysport, ein Hobby, das Zeit und Verlässlichkeit braucht.

Was er mit den Hunden macht, wenn er im Einsatz Dienst leistet? »Da unterstützen mich meine Familie und Freunde«, erzählt er. Denn wenn der nächste Einsatz kommt, wird Quandt fahren. Auch wenn er in der Logistik arbeitet, fühlt er sich in erster Linie als Soldat. Er weiß um die Belastungen eines solchen Einsatzes, denn auch er wurde nach den Monaten in Afghanistan psychologisch betreut. Doch wenn der Arbeitgeber befiehlt, wird der Stabsunteroffizier Folge leisten – das unterscheidet die Bundeswehr dann doch von zivilen Arbeitgebern wie herkömmlichen Unternehmen. **pez**



Stabsunteroffizier Sebastian Quandt

»Es ist eine Pflicht, bei Einsätzen mitzumachen«

DIE ÄRZTIN Immer nur Stallwache halten, während die Kollegen im Feld ihren Mann stehen, das ist nicht im Sinne von Helke Zielonka gewesen. »Wir sind eine Einsatzarmee«, sagt die promovierte Sportärztin und Allgemeinmedizinerin. »Da sehe ich es als Pflicht, mitzumachen.« Seit 1999 leitet Zielonka als Oberfeldarzt das Sanitätsversorgungszentrum der Bundeswehr bei Potsdam. Sie trägt die Verantwortung für die truppenärztliche und truppenzahnärztliche Versorgung von 1.300 Soldaten. Als Ärztin hat sie in Führungspositionen an Einsätzen in Bosnien und Herzegowina, im Kosovo und mehrmals in Afghanistan teilgenommen – freiwillig. Als das Lager in Kundus angegriffen wurde, konnte sie vor der Nachrichtensperre noch ein Lebenszeichen absetzen – ihren Sohn, der ohnehin unter den mit Gefahren verbundenen Abwesenheiten der Mutter litt, hat das beim Lesen der Nachrichten aufrecht gehalten. »Ohne das Wissen, dass es mir gut geht, hätte er die Schlagzeilen wohl nicht ohne Weiteres verkraftet.« Zielonka kam als Seiteneinsteigerin zur Bundeswehr. Zu DDR-Zeiten hatte sie als zivile Ärztin Leistungssportler im Armeesportclub Potsdam betreut und wurde von der Bundeswehr übernommen. 1992 entschied sie sich, Soldatin zu werden. Zwar habe sie da neu angefangen, aber Dokortitel, Berufserfahrung und gute Leistungen hätten ihr schnell Achtung verschafft. »Da hat man gemerkt, dass ich als Ärztin kein Frischling war.« Benachteiligt habe sie sich weder als Frau noch als aus dem Osten stammend je gefühlt. »In Uniform sind alle gleich.« Ihrer Ansicht nach ist die Bundeswehr der einzige Ort, an dem es innerhalb kurzer Zeit gelang, die Unterschiede zwischen Ost und West relativ schnell anzugleichen.

Aus einer Verpflichtung auf vier Jahre wurde 2003 eine Entscheidung für eine Karriere als Berufssoldatin; damals beinhaltete ihre Stelle regelmäßige Besuche auf Truppenübungsplätzen und Rettungseinsätze, außerdem konnte sie bei der Personalauswahl mitreden. Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht bekommt Zielonka neue Mitarbeiter zugeleitet; ein Umstand, den sie genauso kritisch sieht wie den generellen Wandel in der Außendarstellung der Bundeswehr. Es bestehe das Risiko, dass soldatische Tugenden wie Kameradschaft, Teamgeist und Pflichtbewusstsein verloren gingen, wenn die Bundeswehr wie ein herkömmlicher Arbeitsplatz wahrgenommen werde. Beim Nachwuchs vermisse die ruhig und zugleich bestimmt auftretende Frau häufig Fähigkeiten »im grünen Bereich«, also in der Einsatzbereitschaft – genauso wie ihr diese Feldeinsätze derzeit fehlen. Im nächsten Jahr geht die 62-Jährige in Pension, dann will sie sich neuen Herausforderungen stellen; die Pläne und ein Grobkonzept, wie sie diese umsetzen möchte, stehen bereits. **pez**



Oberst Hartmuth Nell

»Auslandseinsätze sind prägend in der Karriere«

DER PERSONALMANAGER Ohne Kommunikation mit Fingerspitzengefühl läuft in der »Eins« von Oberst Hartmuth Nell gar nichts: Die »Eins« ist die Personalabteilung im Einsatzführungskommando in Potsdam, die Nell leitet. Von hier aus muss er den Überblick über die personelle Einsatzbereitschaft in allen Kontingenten von Heer, Luftwaffe und Marine haben. Aber auch die Verantwortung für das Personal im Kommando, etwa 1000 Soldaten, gehört dazu.

Als er 1981 in der Ostpfalz sein Abitur ablegte, sprach nicht gerade viel für eine Bundeswehr-Karriere: Aus einem liberalen Elternhaus stammend hatte der Vater nicht gedient. Nell wuchs in der 1968er-Zeit auf: »Ein Großteil meines Jahrgangs ging eher zu Friedensdemonstrationen«, erinnert er sich. Trotzdem wollte er immer Offizier werden: »In der Schule hatte ich mich viel mit dem NS-Unrechtsregime beschäftigt und fand, dass die Bundesrepublik es verdient, sich für sie einzusetzen.« Nach Grundausbildung und Offizierslehrgang studierte er bei der Bundeswehr Pädagogik. Das hilft ihm noch heute bei seinen Aufgaben: »Personalwesen bedeutet, dass man immer bei jedem Einzelnen schauen muss, was man machen kann.« Dafür benötigt er gute Kommunikation – ob als Kompaniechef in den Niederlanden, während konzeptioneller Phasen im Verteidigungsministerium oder als Kommandeur an einem Nato-Stützpunkt. Immer dabei war die Familie. »Neun oder zehn Umzüge haben meine Frau und die zwei Kinder mitgemacht«, sagt Nell, »aber sie ziehen auch gerne um.«

Versetzen, beurteilen, belobigen, tadeln, Beschwerden bearbeiten – das alles gehört zu seinem Alltag. Auch im Auslandseinsatz: »2007, während meines ersten Einsatzes in Afghanistan, hatte ich als dienstältester deutscher Offizier die Disziplinarbefugnis im Internationalen Stab. Da hab ich zum ersten Mal richtig Einsatzluft gerochen«, erinnert er sich. »Die Auslandseinsätze sind schon die prägenden Momente in der Karriere.« Besonders sein Einsatz für die UN im Südsudan: »Ich musste 200 Stabsoffiziere koordinieren, die aus 50 verschiedenen Ländern kamen. Das war eine echte Herausforderung.« Danach ging es für den 56-Jährigen nach Potsdam – dieses Mal ohne die Familie. Die besucht er am Wochenende im gemeinsamen Haus bei Bonn. Für Dienstaufsichtstreffen muss er weiter regelmäßig in die Einsatzgebiete. Das ist oft Routine, wenn Vakanzen überwacht, die Personalverlegung organisiert oder die Betreuungssituation evaluiert werden muss. Auf manche Situationen könne man aber nicht vorbereitet sein. Etwa wenn gute Freunde beerdigt werden oder eine Todesnachricht an die Familie überbracht werden muss: »Als Personalchef muss man damit umgehen können«, sagt er, »trotzdem gibt es Situationen, die schlaflose Nächte bereiten.« **Lisa Brüßler**

»Es waren nicht immer einfache Zeiten«

DER ÖFFENTLICHKEITSARBEITER Wenn Thomas Poloczek vor das Mikrofon tritt oder einen Presetermin im Landeskommando Sachsen-Anhalt vorbereitet, weiß er, wovon er spricht: Seit 35 Jahren steht der Oberstleutnant in Diensten der Bundeswehr, in unterschiedlichen Funktionen, in verschiedenen Regionen Deutschlands, in internationalen Einsätzen.

Der gebürtige Hannoveraner wollte ursprünglich bei der Bundeswehr seinen Traum vom Fliegen verwirklichen. Dafür hat es wegen der medizinischen Tests nicht ganz gereicht, aber dann zur Heeresflugabwehr. Es folgte eine klassische Bundeswehr-Laufbahn: Poloczek kletterte die Dienststränge nach oben bis zum Stabsoffizier, war früh und wiederkehrend in der Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt, als Personalverantwortlicher, als Ausbilder im Pressebereich und für die Organisation eines Jugendcamps bei der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover. Dieser Einsatz hat den 54-Jährigen besonders begeistert: Zwei Jahre lang koordinierte Poloczek Begegnungen zwischen Jugendlichen aus aller Welt in dem durch die Bundeswehr organisierten Camp.

Neben zwei Einsätzen in Afghanistan wechselte er häufig die Standorte, von Baden-Württemberg bis Brandenburg. »Das war für meine Frau nicht immer einfach, vor allem in der Zeit, als wir mit zwei sehr kleinen Kindern ein Haus gebaut haben.« Die Trennungsraten in der Truppe ist hoch. Die Poloczeks haben durchgehalten. Mit Familien, die sie im Zuge der Bundeswehr-Betreuung während der Afghanistan-Einsätze kennenlernten, pflegen sie bis heute Kontakt. »Anders als viele im Bekanntenkreis konnten sie mit den langen Abwesenheiten und den Unsicherheiten umgehen.«

Seit vier Jahren leitet Poloczek die Pressestelle des Landeskommandos Sachsen-Anhalt in Magdeburg. Er wohnt während der Woche in einer Mietwohnung im Stadtgebiet, das Wochenende gehört der Familie und dem Sport. Er verantwortet die Arbeit von vier Mitarbeitern, kümmert sich um die Präsenz der Bundeswehr in der Öffentlichkeit – ein wachsendes Thema seit dem Aussetzen der Wehrpflicht und dem damit verbundenen notwendigen Werben für eine Freiwilligenarmee – und organisiert bisweilen Filmdrehs auf Truppenübungsplätzen. »Kein Tag gleicht dem anderen«, sagt er. Die Abwechslung reizt ihn, die letzte Station seines Arbeitslebens soll Magdeburg gleichwohl nicht sein. Poloczek ist seit 1990 Berufssoldat, etwa acht Jahre liegen noch vor ihm. Zum Abschluss möchte er gern zurück nach Hannover, einmal wieder bei der Familie wohnen. Der älteste Sohn überlegt derzeit, ob er Soldat werden möchte. Poloczek ist sich nicht sicher, ob er das gut fände. »Beim Gedanken, dass das eigene Kind in den Einsatz geschickt wird, fängt man schon an, zu überlegen«, sagt er. **pez**



Oberstleutnant Thomas Poloczek

»Menschen brauchen Sicherheit für die Zeit nach der Bundeswehr«

ARBEITSMARKT Nur mit Perspektiven für das anschließende Berufsleben kann die Bundeswehr punkten, sagt Jürgen Görlich, Vize-Vorsitzender des Bundeswehrverbands

Herr Görlich, warum sollte ich mich als junger Mensch oder als Fachkraft bei der Bundeswehr bewerben wollen?
Aus meiner Sicht ist die Bundeswehr durchaus ein attraktiver Arbeitgeber. Allerdings wäre der Deutsche Bundeswehrverband ein schlechter Interessensverband, wenn wir nicht auf Verbesserungspotenziale eingingen. Die Bundeswehr bietet einer großen Anzahl von Menschen einen sicheren und interessanten Arbeitsplatz. Die ständigen Veränderungsmöglichkeiten, die finanzielle Vergütung und nicht zuletzt das Miteinander sind aus meiner Sicht – bei aller berechtigten Kritik – einzigartig.

Trotzdem stottert die Bundeswehr beim Ziel, die Zahl der Soldaten von derzeit 179.000 auf 198.000 anzuheben. Warum?
Neben dem demographischen Faktor vor allem deshalb, weil es an Sicherheiten für die Zeit nach der Bundeswehr fehlt. Die Bundeswehr muss sich mit anderen Sicherheitsberufen messen. Beim Zoll oder bei der Polizei haben die Menschen den Vorteil, dass sie einen Arbeitsplatz auf Lebenszeit und mit entsprechender Sicherheit erhalten. Bei der Bundeswehr verpflichtet man sich in der Regel für eine Spanne zwischen vier und 25 Jahren. Man muss deshalb die Menschen so absichern, dass sie bei Verlassen der Bundeswehr Rücklagen gebildet und eine berufliche Per-

spektive haben. Die jungen Menschen fragen: Wie lange darf ich bleiben? Was für Möglichkeiten habe ich? Und da ist die Bundeswehr nicht so gut aufgestellt wie etwa die Polizei.

Wäre es eine Option, aus der Bundeswehr eine Berufsmarine zu machen?

Wir beim Deutschen Bundeswehrverband verfolgen ein anderes Konzept. Zum Berufsbild des Soldaten gehört es, auch in den Einsatz zu gehen. Das heißt, Sie brauchen Menschen, die körperlich fit und einsatzfähig sind. Die Bundeswehr braucht eine junge Struktur, deswegen ist diese Mischung aus Zeit- und Berufssoldaten überhaupt erst eingeführt worden. Was deshalb gar nicht geht, ist eine pauschale Anhebung der Altersgrenzen, wie sie derzeit im Ministerium diskutiert wird. Wir haben deshalb das Versorgungsmodell »BS-Vario« in die Diskussion gebracht. Es sieht im Prinzip vor, dass man Zeitsoldaten schon früher quasi den Status von Berufssoldaten verleiht und vor allem eine vergleichbare Versorgung im Alter und nach einer schweren Verwundung mitgibt. Die entscheidende Frage ist: Wie sichert man den Soldaten so ab, dass er nach der Zeit bei uns keine Nachteile hat? Um einen flexiblen Personalkörper zu ermöglichen, soll es auch hierbei flexible Verpflichtungszeiten geben, aber im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Soldat und Personalführung.

Welche Resonanz erhalten Sie auf diese Forderungen?

Wir stehen im engen Austausch mit dem Verteidigungsministerium und mit Parlamentariern. Allerdings sind dicke Bretter zu bohren, weil es sich um einen kompletten Paradigmenwechsel handelt. Wir leben ja im Moment von den Zeitsoldaten. Das passiert alles nicht von heute auf morgen, da muss im Ministerium auch erst einmal die Einsicht wachsen.

Wenn ein junger Mensch zur Bundeswehr geht, denkt er nicht unbedingt an die Rente, sondern vielleicht eher an Rahmenbedingungen wie die ständige Bereitschaft zu pendeln.

Ich glaube, das ist nicht mehr nur in der Bundeswehr so, das gehört zum modernen Berufsalltag. Eher ist es die Planungssicherheit, die entscheidend ist: Wer dem Wechsel an einen neuen Standort zustimmt, möchte die Perspektive haben, sich dort etwas aufbauen zu können. Deshalb fordern wir, dass ein Karriereaufbau auch innerhalb einer Region, ohne ständigen Wechsel möglich ist. Dazu gehört die finanzielle Unterstützung, um stabile Strukturen in Familien aufrecht erhalten zu können. Die Zeiten, in denen man Menschen alle drei Jahre versetzen konnte, sind vorbei, weil auch die Lebenspartner Berufe ausüben.

Die Gesellschaft ist auch individueller geworden, mehr auf Selbstverwirklichung ausgerichtet. Wie wirkt sich das auf den Alltag in der Bundeswehr aus?

Ein Wandel der Gesellschaft ist natürlich auch ein Wandel der Bundeswehr. Das war schon immer so. Ich glaube nur, dass sich die Bundeswehr nun ganz anders um die Menschen kümmern muss, die zu uns kommen sollen. Früher gab es die Wehrpflicht, der Nachwuchs war automatisch da. Die jungen Menschen bekamen einen Einblick und konnten sich überlegen, ob sie bleiben

wollen. Die Wehrpflicht war unsere beste Werbung. Heute braucht die Bundeswehr eine andere Außendarstellung, sie muss aktiv auf Menschen zugehen.

Haben Sie es da schwerer als andere Berufe?

Ja, das kann man so sagen. Weil der Beruf als Soldat fordernd ist. Man muss bereit sein, sein Leben zu riskieren. Das müssen Polizisten zwar auch, und davor habe ich auch hohen Respekt. Aber ein Einsatz in einem Land wie Mali zum Beispiel unterscheidet sich von der Gefährdungslage, aber auch schon klimatisch und von der Distanz zur Heimat deutlich. Hinzu kommen die Strapazen der langen Trennungen von der Familie. Alleine schon deshalb fordern wir auch einen Ausnahmetatbestandszuschlag, der immer dann gezahlt wird, wenn sich der Soldat außerhalb des Grundbetriebs befindet.

Wie hat sich die Situation für Frauen entwickelt?

Auf dem Papier stehen ihnen alle Türen offen. Eigentlich funktioniert das auch, nur in manchen Bereichen braucht es noch Zeit, um Frauen auf allen Ebenen zu integrieren. Es braucht Zeit, Fördermöglichkeiten zu entwickeln. Dass es in Einzelfällen zu Schwierigkeiten kommt, hört und liest man



Jürgen Görlich

immer wieder. Das ist allerdings bei anderen Arbeitgebern ähnlich.

Wie ist es um die Qualifizierung von Bewerbern bestellt?

Das Heer möchte jetzt aktiver in die Sportausbildung investieren. Das ist ein Zeichen dafür, dass die körperliche Belastbarkeit beim Nachwuchs geringer ist als früher. Bei den anderen Anforderungen stellen wir weniger Veränderungen fest. Klar ist aber auch: Im Moment gibt es auf eine Stelle statistisch betrachtet etwa zweieinhalb Bewerber. Früher waren es etwa fünf. Die Auswahlmöglichkeiten sind damit geringer. Die Bundeswehr muss deshalb dringend die Defizite bei Personal, Ausrüstung und Infrastruktur aufarbeiten, um attraktiver zu werden.

Das Gespräch führte Kristina Pezzei

Jürgen Görlich ist stellvertretender Bundesvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbands. Der Oberstabsfeldwebel a.D. arbeitet seit 1983 bei der Bundeswehr.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

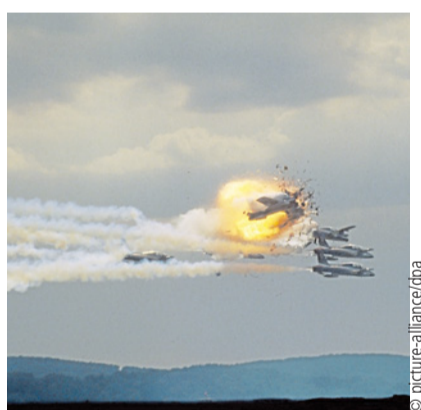
Sommerliche Farbenspiele

Der Sommer schlägt aufs Gemüt, den Bauern verbrennt's die Böden, dem Rest die Haut. Mattigkeit macht sich breit, ab zur Dauersiesta. Nicht so bei Daniel Günther, Ministerpräsident der vom Sommer eigentlich meist verschonten Nordlichter in Schleswig-Holstein. Voller sommerlicher Kreativität ließ sich der Christdemokrat gerade erst wieder auf Farbenspiele ein. Er überlegte, ob die Schwarzen von der Union nicht auch mit den Dunkelroten von den Linken reden sollten, falls es mit den Wahlen im Osten im nächsten Jahr nicht so rosig läuft. Das kennt man von ihm, schließlich hatte er schon eine Jamaika-Koalition eingetütet. Doch Schwarz-Dunkelrot? Das trieb dann doch manchem innerhalb der Union den Schweiß auf die Stirn und der Sonnenschein der Merkel-CDU aus Kiel musste zurückrudern, was in der Sonne echt anstrengend ist. Vielleicht hätte er sich lieber mal im Freibad abkühlen sollen. Dort hätte Günther vielleicht seine Parteifreundin Gitta Connemann treffen können. Auch sie treiben Farbenspiele um, allerdings nicht im Kabinett, sondern auf nackter, freibadtauglicher Haut. Connemann machte sich jüngst ob der ganzen vermeintlichen Körperkunst Sorgen: Denn fürs Tätowieren gelten im Grunde dieselben Zugangsvoraussetzungen wie für die Politik: Jeder und jeder darf ran, Fachkompetenz ist wünschenswert, aber optional. Demokratie par excellence. Geht's bei dem einen schief, sind Milliarden versenkt und ein Rücktritt steht an. Bei den anderen muss der Laser ran oder es wird drüber gemalt. Ein „Tattoo-Gipfel“ im November soll nun klären, ob es mehr Regeln bedarf. Immerhin ist es dann kalt. *Sören Christian Reimer* ||

VOR 30 JAHREN...

Ein Pfeil durchs Herz

28.8.1988: Flugtag-Katastrophe von Ramstein Pilot Ivo Nurarelli war vier Sekunden zu früh. Nachdem seine neun Kollegen der italienischen Kunstflugstaffel „Frece Tricolori“ mit ihren Kondensstreifen ein Herz in den Himmel gezeichnet hatten, sollte Nurarelli wie ein Pfeil durch selbiges fliegen – eine Flugfigur mit dem Namen „Durchstoßenes Herz“. Doch Nurarelli erfasste zwei andere Jets, die nahe des Rollfeldes abstürzten; seine Maschine schlug vor der Zuschauerabsperrung auf und raste in



Das Flugtag-Unglück im rheinland-pfälzischen Ramstein schockierte das Land.

die Menschenmenge. 70 Menschen – darunter die drei Piloten – starben, Hunderte wurden verletzt. Die Flugtag-Katastrophe auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein schockierte Deutschland und löste politische Diskussionen aus. Hat die Bundesrepublik ein Mitspracherecht bei Flugveranstaltungen auf den Stützpunkten alliierter Streitkräfte? Waren die Rettungsmaßnahmen schlecht koordiniert? Und welche Verantwortung trug Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU)? Der Bundestag setzte einen Untersuchungsausschuss ein, der sich auch nach 30 Sitzungen auf kein gemeinsames Ergebnis einigen konnte. Die schwarz-gelbe Koalition erklärte: „Der Flugunfall war unabwendbar.“ Die Genehmigung der Veranstaltung sei rechtens gewesen, „Vorbereitung und Durchführung (...) in keiner Beziehung zu beanstanden“ und der Rettungseinsatz sowie die „ergriffenen Maßnahmen“ des Verteidigungsministers angemessen. Die Katastrophe war „nicht unabwendbar“, meinte dagegen die SPD. Scholz habe sich zudem „als für die Bewältigung der Katastrophe unfähig erwiesen“. Das Ergebnis sei „fehlerhaft“. *Benjamin Stahl* ||



ORTSTERMIN: POLITISCHE BILDUNG IM IT-BATAILLON IN STORKOW



Das Informationstechnikbataillon 381 gehört zum Cyber-Infocentrum der Bundeswehr. Hier finden häufiger Aktionsprojekte der politischen Bildung statt. © HZF, Christian Gohr/picture-alliance/ZB

Auf die Diskussion kommt es an

Sterile Farben, wenig einladende Stühle, zugezogene dunkle Vorhänge, unter der Decke surrt ein Beamer. Hier im Lehrsaal der Kompanie, in der Kurmark-Kaserne am IT-Stützpunkt im brandenburgischen Storkow, findet normalerweise der Unterricht „Politische Bildung“ von Major Bodo Erler statt. Heute ist das anders: Fregatkapitän Thorsten Jacks ist mit dem mobilen Projekt „Legitimation von Einsätzen“, dem zentralen Projekt der politischen Bildung des Zentrums Innere Führung, zu Gast. „WRIML“ schreibt Jacks auf ein Flipchart. „Wofür riskieren Sie im Einsatz Ihr Leben?“, bedeutet das. „Auf diese Frage muss jeder Soldat früher oder später eine Antwort für sich finden“, sagt er. Darum wird es in dem Tagesseminar gehen. Die IT-Spezialisten und Kommunikationstechniker aus dem Bataillon sitzen in Sechsergruppen zusammen. Alle haben Tablets in der Hand. „Welche der Antwortmöglichkeiten fällt nicht unter den erweiterten Sicherheitsbegriff?“ poppt als Frage auf dem Bildschirm auf. Die Diskussionen beginnen: Vier Optionen stehen zur Auswahl bis ein Countdown erklingt und die Antwort eingeloggert werden muss. Nicht alle wissen die richtige und so dröseln Jacks den sicherheitspolitischen Begriff auf. „Innere und äußere Sicherheit sind nicht mehr trennscharf voneinander abzugrenzen“, erklärt er. Über das Grundgesetz, die

nationalen, supranationalen und internationalen Institutionen arbeitet er sich vor zum Begriff der vernetzten Sicherheit: „Alle arbeiten zusammen. Das werden Sie im Auslandseinsatz sehen“, sagt er. Seit zehn Jahren reist Jacks durch die Bundesrepublik, um Soldaten politische Inhalte spielerisch zu vermitteln. „Jede Gruppe ist anders, man muss immer wieder schauen, dass alle mitgenommen werden“, sagt er. Jacks wünscht sich noch mehr Gelegenheiten für politische Bildung: „Jeder Soldat sollte lernen, andere Sichtweisen zu verstehen und sich selbst eine Meinung zu bilden.“ Das versucht Major Erler in seinem wöchentlichen Unterricht. Er bricht politische Inhalte herunter auf die Lebenswelt der Soldaten, um sie zu befähigen, selbst kritisch zu denken. „In der Offizierschule bekommen wir das Handwerkszeug für den Unterricht beigebracht. Aber ich erwarte auch von mir selbst, dass ich aktuelle Geschehnisse und Prozesse erklären kann“, sagt Erler, der Politikwissenschaften bei der Bundeswehr studiert hat. Das koste aber auch Zeit und Energie, denn die politische Bildung sei nur eine seiner Aufgaben als Kompaniechef. In seiner Kompanie geht es um weltweite Übertragungen, Netzwerktechnik und die Servicebereitstellung in Einsätzen. „Es gibt einige Themen, die hier auf verstärkte Resonanz

stoßen“, sagt er. Wenn es Cyberattacken gibt, etwa ein Code für ein Virenprogramm geknackt wurde oder es um Wahlkampfmanipulationen durch Technik geht: „Da entstehen im Unterricht kontroverse Diskussionen über moralische Grenzen.“ Damit es nicht beim Frontalunterricht bleibt vergibt er auch Impulsvorträge. Der entscheidende Teil seines Unterrichts sei aber für die Diskussion reserviert: „Als Vorgesetzter ist man da oft herausgefordert sowohl objektiver Moderator zu sein als auch mal Widerstand zu provozieren“, sagt er. Politische Bildung findet von der Grundausbildung an statt. Jährlich festgelegte Rahmenthemen geben zudem Orientierung für den Unterricht. „Für mich gehören aber auch kleine Dinge dazu: Zum Beispiel, dass im Kaffeeraum im Fernsehen die Nachrichten laufen“, erzählt Erler. „Es freut mich jedes Mal, wenn ich höre, dass das Geschehen auf der Welt auch in der Pause zum Thema wird.“ Die politische Bildung hänge aber auch vom Engagement des Vorgesetzten ab. Für Ende des Jahres hat er deshalb etwas Besonderes geplant: Eine Exkursion nach Verdun. Dort will er über die Schlachtfelder gehen und die erste gemeinsame Gedenkstätte besuchen. „Ich möchte auch den jüngsten Geschichte und das Friedensprojekt EU bereifbarer machen“, sagt er. *Lisa Brüller* ||

LESERPOST

Zur Ausgabe 28-29 vom 9. Juli 2018: Die Grafik der Einzellets der Ministerien im Bundeshaushalt 2018 hat mir viel Raum zum Nachdenken gegeben. So hat das Verteidigungsministerium, wie schon die Jahre zuvor, immer einen „Löwenanteil“ für sich verbuchen können. Was haben wir eigentlich zu verteidigen, dass hier über elf Prozent der Haushaltsmittel in Anspruch genommen werden müssen? Bedienen wir hier die Forderungen des Herrn Trump, dass Deutschland endlich seinen Verpflichtungen in der Nato nachkommen und seinen Anteil von zwei Prozent des BIP zukünftig erfüllen solle? Das überzeugt doch nicht den Bürger! Es wird gesagt und überall geschrieben, dass die Militärtechnik in allen Waffengattungen völlig veraltet sei und schnellstens auf den modernsten Stand gebracht werden muss, um verteidigungsbereit zu sein. Da stellt sich doch die Frage: Was ist bislang mit den jährlichen Geldern gemacht worden? Die Ausgaben lagen doch immer über zehn Prozent der Haushaltsmittel. Auf diese Frage konnte ich keine Erklärung finden. Selbst der Beitrag zum Wehretat auf Seite 8 zeugt für mich mehr von einem Parteiengemurmel als von einer würdigen Rechenschaftslegung gegenüber dem Bundesbürger und Steuerzahler. *Heinz Böllmann, Neubrandenburg*

Zur Debattendokumentation der Ausgabe 28-29 vom 9. Juli 2018: Der Beitrag von Gesine Löttsch (Die Linke) in der Generaldebatte lässt sich verkürzen auf die paar Zeilen: Mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau, mehr Geld für Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und den ÖPNV. Der Rest ist irrlichternde Polemik und eine Unterschätzung der Komplexität gegenwärtiger internationaler Zwänge und ruinöses, illusionäres Wohlstandsdenken. Statt Eigeninitiative im Wohnungsbau zu entwickeln, wird immer anderen die Schuld an eigenen Versagen gegeben. Nur Geld soll die Lösung sein. Das Thema „Bauen“ ist oftmals keine Frage des Geldes, sondern von Ressourcen und Baukapazität. Viele Bürger bauen sich ihr Eigenheim nach Bedarf und Leistungsfähigkeit selbst. Das kann nicht jeder. Aber wenn sich einige unterhalten und gemeinsam bauen würden, könnten das weit mehr Menschen. Dadurch würde auch die Baukapazität stark erweitert werden. *Manfred Grabowski Rostock*

Zur Ausgabe 30-31 vom 23. Juli 2018: Aus meiner Sicht ist die Ausgabe zur Novemberrevolution 1918 nur zu begrüßen. Das Jahr müsste wegen seiner Aktualität häufiger im Fokus der Aufarbeitung demokratischer Ausgangspunkte und Erinnerungen stehen. Die stetigen Veränderungen im demokratischen Prozess – ausgehend von den geschichtlichen blutigen und kämpferischen Handlungen bis zu einer erkennbaren Struktur – bedürfen der aktiven Beteiligung. Der erkämpfte Status der demokratischen Bewegung darf nicht nur den Politikern und den oft liebedienerschen Medien überlassen werden. Andernfalls würden „einfache Antworten“ auf komplexe Problematiken oder extremistische Vereinigungen übergreifen und die bisherigen Opfer der demokratischen Bewegung wären vergeblich gewesen. *Manfred Mütter, Bad Lippspringe*

Zur selben Ausgabe, „Die vergessene Revolution“ auf Seite 1: Die Ereignisse von 1918/1919 dürfen, wie ich finde, nicht ohne die schrecklichen Geschehnisse im Ersten Weltkrieg und auch im Kontext der Ereignisse der russischen Oktoberrevolution gesehen werden. Dass sich Herr Ebert und die SPD damals von der russischen Autokratie bedroht fühlten, leuchtet mir heute nicht ein. Immerhin war Deutschland mit Kaiser Wilhelm II. als Staatsoberhaupt doch eigentlich auch eine Autokratie. Auch wenn er kein Verteidigungsexperte gewesen sein sollte, hätte Ebert als Abgeordneter wissen müssen, dass Russland damals mit Frankreich ein militärisches Bündnis geschlossen hatte. Frankreich war erstens eine westliche Demokratie, zweitens eine Republik und drittens ein Staat, an dem Sozialisten an der Regierung beteiligt waren. *Stefan Hilsa, Wiesbaden*

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Rolf Niese
Bundestagsabgeordneter 1987-2002, SPD
Rolf Niese vollendet am 21. August sein 75. Lebensjahr. Der promovierte Mathematiker und Wissenschaftliche Angestellte aus Hamburg trat 1962 der SPD bei, war von 1978 bis 1989 Unterbezirksvorsitzender in Hamburg-Bergedorf und von 1978 bis 1989 Mitglied des SPD-Landesvorstands Hamburg. Der dortigen Bürgerschaft gehörte er von 1978 bis 1986 an. Niese, Direktkandidat des Wahlkreises Hamburg-Bergedorf, engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen, im Verkehrsausschuss sowie im Haushaltsausschuss. Als Förderer der niederdeutschen Sprache hat sich der Hamburger Abgeordnete besondere Verdienste erworben.

>Dorothea Steiner
Bundestagsabgeordnete 2009-2013, Bündnis 90/Die Grünen
Am 21. August wird Dorothea Steiner 70 Jahre alt. Die Gymnasiallehrerin aus Osnabrück trat 1986 den Grünen bei und stand von 2007 bis 2010 an der Spitze ihrer Partei in Niedersachsen. Von 1992 bis 1999 gehörte sie dem Rat der Stadt Osnabrück und von 1998 bis 2008 dem Niedersächsischen Landtag an. Im Bundestag wirkte Steiner im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und war umweltpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. *bmh* ||

Bundestag öffnet seine Türen

EIN- UND AUSBLICKE Der Deutsche Bundestag lädt am Sonntag, den 9. September 2018 zum Tag der Ein- und Ausblicke ein. An diesem Tag können Besucher ihre Bundestagsabgeordneten am Ort ihres Wirkens in Berlin begegnen. An dem Ort, den viele nur aus dem Fernsehen kennen, können sich die Besucher über die Arbeitsweise des Parlamentes, den Arbeitsalltag der Abgeordneten und der Bundestagsverwaltung informieren. Eröffnet wird der Tag um 9 Uhr von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU). Geschlossen werden die Pforten um 19 Uhr. Der letzte Einlass findet um 18 Uhr statt. Im Reichstagsgebäude stellen sich auf der Fraktionsebene die im Bundestag vertretenen Fraktionen vor und beantworten Fragen. Auf den Besuchertribünen im Plenarsaal warten Einblicke der besonderen Art: Um 11 Uhr und um 14 Uhr erklären Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich (CSU) und Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) ihre Aufgaben und die Abläufe im Parlament. Auch dort soll ein Dialog mit den Politikern entstehen. Im Paul-Löbe-Haus können Sie mehr über die Arbeit der Ausschüsse, die Wissenschaftlichen Dienste und die Öffentlichkeitsarbeit des Parlamentes erfahren. Auch Podiumsdiskussionen und Bürgergespräche sowie ein Programm für Kinder finden dort statt. Zur Besichtigung offen steht auch das Marie-Lisabeth-Lüders-Haus. Bei Gruppenführungen kann man die Bibliothek, die eine der größten Parlamentsbibliotheken der Welt ist, das Parlamentsarchiv und die Pressedokumentation besichtigen. Auf einer Erkundungstour durch die Gebäude können auch Architektur und Kunst des Parlamentes und die Mauer-Mahmal-Dauerausstellung bestaunt werden. Am Tag der Ein- und Ausblicke sind auch Räume geöffnet, die sonst für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Bei der Führung „Von Porträts und Köpfen“ wird es innerhalb von 75 Minuten um politische Persönlichkeiten gehen. Eine weitere Führung nimmt die „geheimen Gärten und Höfe“ im Parlament (circa 30-45 Minuten) unter die Lupe und in einer 45 Minuten-Tour wird ein Einblick in die Arbeit der Ausschusse sekretariate möglich sein. Wer wissen möchte, was sich hinter den „Bienenstöcken“ verbirgt, kann das bei einer der Führungen, die zwischen 14 und 17 Uhr stattfinden, erfahren. Die Veranstaltung ergänzen ein Bühnenprogramm und verschiedene Musikcafés. Alle Programmpunkte im Detail und einen Übersichtsplan über die Orte finden sich auf der Webseite des Deutschen Bundestages unter: www.bundestag.de/tea *lbr* ||

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 3. September.

PANNENMELDER

Zur Ausgabe 32-33 vom 6. August 2018: Im Artikel „Austauschjahr in den USA“ auf Seite 14 wurde Wolfgang Schäuble (CDU) irrtümlich als Bundespräsident und nicht als Bundestagspräsident bezeichnet.

leicht
erklärt!

Wehr-Pflicht

Was wird gerade dazu besprochen?



Im folgenden Text geht es um die Bundes-Wehr.

Genauer: Es geht um die Wehr-Pflicht.

Um die Bundes-Wehr ging es auch schon in früheren Ausgaben von „leicht erklärt“.

Und zwar in Ausgabe Nummer 3/2015. Sie lag in „Das Parlament 6/2015“ bei.

Und in Ausgabe Nummer 77. Sie lag in

„Das Parlament 44-45/2017“ bei.



Was ist die Bundes-Wehr?

Die Bundes-Wehr ist die Armee von Deutschland.

Also alle deutschen Soldaten.

Es gibt sie seit dem Jahr 1955.

Die Wehr-Pflicht

Im Jahr 1956 hat man eine Wehr-Pflicht eingeführt.

Das bedeutet:

Deutsche Männer ab 18 Jahren mussten für eine bestimmte Zeit in der Bundes-Wehr dienen.

Das nannte man: Wehr-Dienst.



Von der Wehr-Pflicht gab es auch Ausnahmen.

Zum Beispiel:

- Ab einem bestimmten Alter war man von der Wehr-Pflicht befreit.
- Oder wenn man zu krank war.
- Verheiratete Männer mussten keinen Wehr-Dienst machen.

Man konnte sich auch weigern, zur Bundes-Wehr zu gehen.

Dafür brauchte man einen guten Grund.

Und man musste dann einen anderen Dienst machen.

Besonders häufig war das der Zivil-Dienst.

Den konnte man zum Beispiel an folgenden Orten erledigen:

- im Kranken-Haus
- in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung
- in einer Einrichtung für alte Menschen



Die Wehr-Pflicht wurde unterbrochen

Im Jahr 2011 hat der Bundes-Tag die Wehr-Pflicht unterbrochen.

Das heißt:

Es gibt die Wehr-Pflicht noch immer. Sie steht in einem Gesetz.

Aber: Seit dem Jahr 2011 wird sie nicht mehr genutzt.

Es muss niemand mehr zum Wehr-Dienst.



Warum hat man die Wehr-Pflicht unterbrochen?

Für viele Jahre hatte die Bundes-Wehr vor allem folgende Aufgaben:

- Sie sollte die Bundes-Republik Deutschland verteidigen. Und zwar, falls das Land von anderen Ländern angegriffen wird.
- Sie sollte andere Länder verteidigen. Zum Beispiel Länder, die Partner von Deutschland sind.

Die Bundes-Wehr ist also vor allem eine Verteidigungs-Armee.

In den letzten Jahr-Zehnten sind aber noch neue Aufgaben für die Bundes-Wehr dazugekommen.

Inzwischen erledigt sie zum Beispiel auch Aufgaben in anderen Ländern. Und dabei kann es auch zum Einsatz von Waffen kommen.



Darum hat man beschlossen: Die Bundes-Wehr muss sich verändern.

Es soll weniger Soldaten geben. Und die Soldaten sollen eine andere Ausbildung bekommen. Damit sie besser auf die neuen Aufgaben vorbereitet sind.

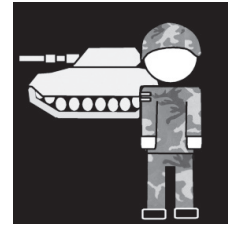
Dafür waren Wehr-Pflichtige nicht mehr nötig.

Mit jedem Jahr wurden weniger zur Bundes-Wehr geholt.

Darum hat der Bundes-Tag im Jahr 2011 beschlossen: Die Wehr-Pflicht wird unterbrochen.



Seitdem ist die Bundes-Wehr eine Berufs-Armee.



Alle Soldaten haben sich also für diesen Beruf entschieden. Und sie arbeiten meist längere Zeit für die Bundes-Wehr.

Außerdem kann man noch einen freiwilligen Wehr-Dienst machen.

Neue Gespräche über die Wehr-Pflicht



Seit ein paar Wochen wird in Deutschland über folgende Frage gesprochen: Soll es wieder eine Wehr-Pflicht geben?

Verschiedene Politiker haben dazu etwas gesagt. Und auch Experten für die Bundes-Wehr.

Warum wird darüber gesprochen?

Die Idee von der Wehr-Pflicht hängt eng mit einer anderen Idee zusammen.

Und zwar mit der Idee von einer Dienst-Pflicht für alle.

Das bedeutet:

Alle jungen Leute ab 18 Jahren müssten einen Dienst machen. Zum Beispiel für ein Jahr.

Diese Dienst-Pflicht würde für Männer und für Frauen gelten.

Den Dienst könnte man an verschiedenen Orten machen.

Zum Beispiel:

- im Kranken-Haus,
- in Pflege-Einrichtungen,
- bei der Feuer-Wehr,
- oder eben auch bei der Bundes-Wehr.

Über diese Idee wird nun immer wieder gesprochen.

Es gibt zu diesem Thema unterschiedliche Meinungen.

Und es gibt verschiedene Dinge, die man dabei beachten muss.





Was wäre an einer Dienst-Pflicht gut?

Im Folgenden einige Überlegungen, warum eine Dienst-Pflicht und eine Wehr-Pflicht gut wären.

1) Verantwortung übernehmen



Es tut jungen Menschen gut, eine gewisse Zeit lang einen Dienst für andere Menschen auszuführen. Und damit auch für ihr Land.

So lernen sie viele neue Dinge kennen.

Sie treffen vielleicht auf Menschen, die sie sonst nie getroffen hätten.

Sie bekommen das Gefühl, dass es wichtig ist, etwas für sein Land zu tun.

Durch diese Erfahrung halten alle Menschen in Deutschland besser zusammen.

2) Verbindung von Bürgern und Bundes-Wehr

Die Wehr-Pflicht rückt die Bundes-Wehr und alle anderen Menschen in Deutschland enger zusammen.

Denn: Durch die Wehr-Pflicht arbeiten viele junge Menschen wenigstens für kurze Zeit für die Bundes-Wehr.

Auch wenn sie sonst eigentlich nichts mit dem Soldaten-Beruf zu tun haben.

Dann kennt fast jeder jemanden, der in der Bundes-Wehr gedient hat.

So lernen die Menschen in Deutschland, wie die Bundes-Wehr funktioniert.

Und die Bundes-Wehr bleibt offen für neue Ideen.

Viele Menschen finden:

Die Bundes-Wehr ist eine wichtige Einrichtung für alle Menschen in unserem Land.

Also ist es auch wichtig, dass sich die Bundes-Wehr und alle anderen Menschen in Deutschland austauschen.



3) Mehr Mitarbeiter

Der Bundes-Wehr fehlen Mitarbeiter.

Und auch im Bereich Pflege und Gesundheit gibt es nicht genug.

Ein Grund für eine Dienst-Pflicht ist darum:

Wenn viele junge Menschen so einen Dienst machen, könnte das die Probleme verringern.



Was wäre schlecht an einer Dienst-Pflicht?

Im Folgenden einige Überlegungen, warum eine Dienst-Pflicht und eine Wehr-Pflicht schlecht wären.

1) Zu wenig Ausbildung



Die Aufgaben von Soldaten sind schwierig.

Vor allem, wenn sie ihre Arbeit in anderen Ländern machen.

Dafür braucht man Leute, die sehr gut ausgebildet sind.

Man muss viele Jahre dafür üben.

Menschen im Wehr-Dienst machen aber nur eine kurze Ausbildung.

Für viele Aufgaben von der Bundes-Wehr wären sie dann also nicht geeignet.

Die fehlenden Mitarbeiter könnte man so also nicht ersetzen.

2) Bundes-Wehr ist nicht bereit

Die Bundes-Wehr wäre für viele Wehr-Pflichtige wohl gar nicht bereit.

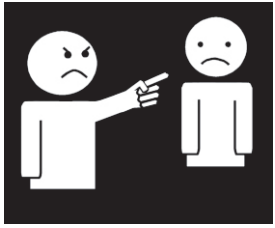
Denn diese jungen Menschen muss man ja versorgen.

Man bräuchte für die zum Beispiel:

- Unterkünfte
- Ausrüstung
- Ausbilder

Die könnte man vielleicht gar nicht so einfach bereitstellen.





3) Man darf niemanden zwingen

Einige Leute sagen:
Man darf nicht einfach so alle jungen Menschen zu einem Dienst zwingen.

Denn im Gesetz steht:
Es ist verboten,
jemanden zum Arbeiten
zu zwingen.

Die Wehr-Pflicht und der Zivil-Dienst
sind nur besondere Ausnahmen.

Wenn man also
eine allgemeine Dienst-Pflicht will,
muss man das Grund-Gesetz ändern.

Das Grund-Gesetz ist das wichtigste
Gesetz von Deutschland.
In ihm stehen die wichtigsten Regeln
für Deutschland.

Eine Änderung vom Grund-Gesetz ist
immer eine sehr große Sache.

Man sollte das nur aus einem sehr
guten Grund tun.

Und einige Menschen finden:
Eine allgemeine Dienst-Pflicht
ist als Grund nicht gut genug.

Mehr Freiwilligen-Dienst



Es gibt auch eine Idee,
was man statt einer Dienst-Pflicht
für alle machen könnte.

Und zwar folgende:

Seit dem Jahr 2011 gibt es die
Wehr-Pflicht und den Zivil-Dienst
nicht mehr.

Seitdem gibt es aber den
Freiwilligen-Dienst.

Das bedeutet:

Jeder kann freiwillig
für eine gewisse Zeit einen Dienst
übernehmen.

Zum Beispiel
in einer Pflege-Einrichtung.
Oder bei der Bundes-Wehr.



Manche Menschen sagen nun:

Man sollte nicht
über eine Dienst-Pflicht sprechen.

Man sollte lieber dafür sorgen,
dass mehr junge Leute
einen Freiwilligen-Dienst machen.

Man könnte ihnen dafür bestimmte
Dinge anbieten.

Zum Beispiel Vorteile,
wenn sie später auf eine Uni wollen.

Das Gute daran wäre:

- Es gäbe keine Probleme mit den Gesetzen.
Denn niemand wird zu einem Dienst gezwungen.
- Wer einen Dienst freiwillig macht, erledigt seine Arbeit wahrscheinlich besser.

Gespräche gehen weiter



Ob eine solche Dienst-Pflicht kommen
wird, kann man nicht sagen.

Im Moment sind die viele Politiker
eher dagegen.

Man muss also schauen,
wie die Gespräche darüber
weitergehen.

Weitere Informationen
in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde
in Leichte Sprache
übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / ZB, Fotograf: Stefan Sauer. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 34-35/2018
Die nächste Ausgabe erscheint am 3. September 2018.